

Die russischen Parlamentswahlen 2003

Pleines, Heiko (Ed.); Schröder, Hans-Henning (Ed.)

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H., & Schröder, H.-H. (Hrsg.). (2003). *Die russischen Parlamentswahlen 2003* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 52). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436002>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien**

Nr. 52 – Dezember 2003

Die russischen Parlamentswahlen 2003

**Herausgegeben von
Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 52: Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.):
Die russischen Parlamentswahlen 2003

Dezember 2003

ISSN: 1616-7384

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Telefon: +49 421-218-3687

Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
DER GESELLSCHAFTLICHE KONTEXT	
<i>Lilija F. Schewzowa</i> Die russische Staatsmacht vor den Wahlen	8
<i>Sabine Fischer</i> Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen	12
<i>Heiko Pleines</i> Russlands Wirtschaft im Aufwind	18
PARLAMENT UND PARTEIEN	
<i>Silvia von Steinsdorff</i> Die russische Staatsduma	24
<i>Angelika Nußberger</i> Die Grundlagen des russischen Wahlrechts	28
<i>Martina Glass</i> Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien	33
DER WAHLKAMPF	
<i>Jens Siegert</i> Wahlkampf zur Russischen Staatsduma	42
<i>Sabine Gladkov</i> Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür	48
<i>Hans-Henning Schröder</i> Die Jukos-Affäre	55
DAS WAHLERGEBNIS	
<i>Hans-Henning Schröder</i> Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma	64
Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	73
Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	74
Email-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	76

Vorwort

Russland ist ein wichtiger Partner deutscher und europäischer Politik. Die Parlamentswahlen im Dezember 2003 und die Präsidentenwahlen im März 2004 entscheiden, wer in den nächsten vier Jahren russische Politik bestimmen wird. Dabei ist nicht nur interessant, ob Russland den Weg weiterverfolgt, den es unter Putin eingeschlagen hat, und der innere Stabilisierung mit einer rationalen Außenpolitik verbindet. Es stellt sich auch die Frage, ob in den nächsten vier Jahren der Ausbau von Marktwirtschaft, die Demokratisierung des Systems und die Entfaltung der Zivilgesellschaft vorankommen.

Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Hintergrundanalysen heraus. Diese „Russlandanalysen“ sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik und Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind deutsche und russische Fachwissenschaftler. Die Russlandanalysen wenden sich an alle, die an den Ereignissen in Russland und an russischer Politik interessiert sind. Die Analysen werden auf Anforderung (an publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind außerdem auf der Homepage der Forschungsstelle Osteuropa (<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>) abrufbar.

Die Russlandanalysen der Monate Oktober bis Dezember 2003 (Nr. 1 bis 10) waren den Wahlen zum russischen Parlament gewidmet. Sie werden – mit einigen kleinen redaktionellen Korrekturen – im vorliegenden Arbeitspapier nachgedruckt. Die drei Beiträge des ersten Abschnitts analysieren den politischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Kontext, in dem die Wahlen standen. Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten politischen Parteien und ihre Rolle im Parlament beschrieben. Außerdem wird das Wahlrecht einer kritischen Würdigung unterzogen. Der dritte Abschnitt ist dann dem eigentlichen Wahlkampf gewidmet. Nach einem allgemeinen Überblick werden mit der Rolle der Medien und der Jukos-Affäre zwei zentrale Themen ausführlicher erfasst. Im abschließenden vierten Abschnitt wird dann das Wahlergebnis kommentiert.

Heiko Pleines & Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Der gesellschaftliche Kontext

Lilija F. Schewzowa

Die russische Staatsmacht vor den Wahlen

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen (7. Dezember 2003 bzw. 18. März 2004) geben Anlass, die Entwicklung des politischen Systems in der Amtszeit von Vladimir Putin zu analysieren und zu prüfen, mit welchen Herausforderungen sich Russlands Staatsmacht in naher Zukunft konfrontiert sieht.

Von Jelzin zu Putin: Der Wandel des politischen Systems

Putin ist es während seiner Amtszeit gelungen, das Jelzin-System zu reformieren. Eine Reihe von politischen Grundprinzipien hat er dabei aufgegeben. Der charakteristische Zug der „Macht“ in den Jelzin-Jahren war die gegenseitige Duldung der beteiligten Akteure, die einen politischen Pluralismus möglich machte. Oligarchen, d.h. politisch aktiven Großunternehmern, kam eine entscheidende Rolle zu. Die wirtschaftlichen und administrativen Ressourcen waren nicht in einer Hand vereinigt. Dazu kamen immer wieder neue fundamentale Reorganisationen des Staatsapparates, verbunden mit einem Austausch des Personals.

Putin wandte sich gegen Jelzins Herrschaftssystem, das Legitimation durch Wahl mit monarchischen Zügen verband, und baute stattdessen ein bürokratisches, semiautoritäres Führungssystem auf. Er stärkte die Rolle des Staatsapparates und der Machtstrukturen [d.h. Innen- und Verteidigungsministerium sowie die Geheimdienste (*Anmerkung des Übersetzers, AdÜ*)], rezentralisierte die administrativen Kontrollinstrumente und drängte den Einfluss des Big Business auf die Staatsführung zurück. Er sicherte sich die Loyalität des Parlaments und organisierte eine solide Präsidentenmehrheit. Die Möglichkeiten der Massenmedien zur Regimekritik schränkte er ein. Andererseits verstärkte Putin – entgegen manchen Prognosen – nicht die totalitäre Schräglage des Systems, sei es, weil das Zentrum hierfür nicht genügend Ressourcen besaß, sei es, weil er selbst nicht bereit war, diktatorisch oder auch nur offen autoritär zu regieren. Mehr noch, in den letzten Jahren der Präsidentschaft Putins ist sogar eine Rückkehr zur Jelzinschen Politik des „politischen Tauschhandels“ erkennbar: etwa wenn der Kreml immer häufiger regionalen Führern und Oligarchen Zugeständnisse macht, um ihre Loyalität zu erkaufen.

Das Wesen des „Russischen Systems“

Obwohl Putin das „System Jelzin“ reformiert hat, hat er doch das „Russische System“ im Kern nicht verändert. Dessen Wesen liegt einerseits in der Personalisierung der Macht, ihrem monolithischen Charakter und dem Fehlen einer Kontrolle durch die Gesellschaft. Andererseits wird diese Macht durch Wahlen legitimiert, da alle anderen Mittel der Legitimation (Gewalt, kommunistische Doktrin usw.) erschöpft sind. Insofern ist es ein gemischtes, ein hybrides System, das Elemente gegensätzlicher Herrschaftsformen in sich vereinigt.

Unter Putin erscheint die politische Realität nach außen hin relativ stabil. Der Präsident wird nicht von politischen Gegnern bedroht und hat alle Chancen, im Jahr 2004 wieder gewählt zu werden. Er kontrolliert die regierende Klasse und alle politischen Institutionen. Putin hat aber auch gezeigt, dass die Konzentration der Macht für ihn kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zur Modernisierung Russlands. Putin hat die unter Jelzin unterbrochenen wirtschaftlichen Reformen wieder erfolgreich in Gang gesetzt. Nach dem terroristischen Angriff auf die USA vollzog er einen Schwenk nach Westen. Die hohen Popularitätswerte des Präsidenten (75–83%) bezeugen, dass die Politik Putins in der Gesellschaft Zustimmung findet. Das von ihm reformierte politische System hat offensichtlich eine eigene Logik entwickelt und hat sehr gute Aussichten auf Fortbestand.

Die Suche nach dem Thronfolger als Kardinalfrage russischer Politik

Andererseits traten aber im Lauf des Jahres 2003 erste Anzeichen auf, dass die politische Stabilität Russlands fragil und kurzlebig sein könnte. Der Angriff des Kreml auf Chodorkowskij, einen der russischen Ölmagnaten, hat gezeigt, dass in Russland die Beziehungen zwischen *Big Business* und Staatsmacht weiterhin ungeregelt sind und eine Quelle möglicher Spannungen darstellen. Die regierende Klasse ist kurz vor den Wahlen gespalten. Zwei der wichtigsten Klans, die „Jelzinisten“ (jene Gruppe, die unter Jelzin Russland regierte) und die „Siloviki“ (die Vertreter der Machtstrukturen, die zusammen mit Putin in den Kreml einzogen) sind in einen Kampf eingetreten, in dem es nicht nur um Einfluss auf den Präsidenten geht, sondern auch um das Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen. Denn nach der Verfassung muss Putin 2008 seinen Posten aufgeben.

Ab sofort geht es im politischen Prozess hauptsächlich um die Anstrengungen der beiden im Kreml regierenden Klans, Grundlagen für ein eigenes Machtmonopol nach Putin aufzubauen. Das begrenzt wiederum den Spielraum für Putin selbst. Wenn – wie zu erwarten – die Bestimmung des Nachfolgers das Hauptthema der zweiten Amtszeit Putins ist, dann ist zweifelhaft, ob Putin ernsthafte Strukturreformen unternehmen wird. Wahrscheinlich wird er damit beschäftigt sein, die Machtbalance seiner Umgebung zu wahren. Er muss auf den Prozess der Amtsnachfolge Einfluss nehmen und darf ihn nicht außer Kontrolle geraten lassen. Die Tatsache, dass die russische politische Klasse im Vorfeld der Wahlen weder Entwicklungsstrategien ausarbeitet noch Prioritäten auswählt, sondern dass sie sich mit der Suche nach einem Thronerben befasst, weist auf einen gravierenden Systemfehler im russischen politischen Regime hin: die Kardinalfrage ist nicht wie das System funktioniert, sondern wer im Kreml sitzt.

Putins Dilemma: Die Systemreform, die seine Macht beschädigt

Am Vorabend der Wahlen steht Putin vor einer schwierigen Frage: Soll er die bisherige Politik der Stabilisierung fortsetzen, mit ihren chaotischen Zügen und den Reformschritten in unterschiedliche Richtungen, die Interessen der verschiedensten Gruppen befriedigen sollen, oder soll er es riskieren, die längst überfälligen Strukturreformen anzugehen. Dabei geht es um die Verwaltungsreform, die Deregulierung der Wirtschaft, den Ausbau der Unabhängigkeit der Justiz, die Bankenreform, die Reform von Gazprom, die Erweiterung der Rolle des Parlaments, usw.

Bisher verzichtet Präsident Putin darauf, seine Vorwahlagenda und die Richtpunkte für eine weitere Entwicklung zu definieren. Er versucht seine buntgescheckte Basis zu erhalten, die sich aus den verschiedensten politischen und sozialen Gruppen zusammensetzt. *De facto* verfolgt er eine Politik der Bewahrung des *Status quo*. Um längst überfällige Reformen zu verwirklichen, müsste der Präsident sich eine neue Basis schaffen, was aber unvermeidlich mit Widersprüchen und Destabilisierung einherginge. Offenbar will Putin noch nicht über eine grundlegende Systemreform nachdenken.

Dann aber steuert die russische Gesellschaft unweigerlich in eine Epoche der Stagnation und des Verfalls hinein. Trotz des Wirtschaftswachstums, das optimistisch stimmt, und trotz des festen Rückhalts, den der Präsidenten im Lande genießt, basiert die stabile Lage Russlands praktisch nur auf zwei Faktoren: auf dem hohen Ölpreis und auf den hohen Popularitätswerten des Präsidenten. Wenn beide Indikatoren sich negativ entwickeln, wird die Situation rasch instabil werden. Schon jetzt gibt es Anlass zu ernster Besorgnis: Bei einer neueren Umfrage hielten nur 20% der Respondenten, die Putin unterstützen und bei den nächsten Wahlen für ihn stimmen wollen, den Präsidenten für erfolgreich – und das bezogen sie vor allem auf die Außenpolitik. Die übrigen Pro-Putin-Respondenten glaubten, dass er weder in Tschetschenien Frieden schaffen, noch die Sicherheit seiner Bürger garantieren oder die Frage eines nachhalti-

gen Wirtschaftswachstums entscheiden könnte. Das heißt, der Präsident findet nicht wegen seiner Leistungen Unterstützung, sondern weil man immer noch hofft und weil es keine Alternativen gibt.

Verliert Putin die politische Elite?

Die Gouverneurswahlen in St. Petersburg im Oktober 2003 haben gezeigt, auch der direkte Einsatz des Präsidenten für eine Bewerberin, nämlich Valentina Matvienko, führte nicht dazu, dass diese im ersten Wahlgang gewählt wurde. Außerdem war die Wahlbeteiligung in Putins Geburtsstadt sehr niedrig und die Zahl derjenigen, die „gegen alle“ stimmten, war hoch. Die progressivsten Wähler bringen ihre Unzufriedenheit mit der Politik des Kreml und ihre Enttäuschung über den Kurs des Präsidenten schon jetzt offen zum Ausdruck. Natürlich ist die Mehrheit der russischen Wähler noch gehorsam und unterstützt den Präsidenten. Wenn Putin aber am Kurs des *Status quo* festhält, kann er die Unterstützung der dynamischsten und auf Fortschritt eingestellten sozialen Schichten verlieren, ja, er verliert sie jetzt schon.

Will der Kreml weiterhin alle Richtungen in seine Politik einbeziehen und so den *Status quo* bewahren, bedeutet das auch eine Fortsetzung des Schlingerkurses in der Außenpolitik. Gewiss hat der Kreml eine prowestliche Politik eingeschlagen, aber dieser Schwenk ist immer noch nicht durch die Zustimmung von Nation und Elite gesichert. Putins Außenpolitik wird von einer Mannschaft umgesetzt, die traditionalistisch eingestellt ist und noch in nicht allzu ferner Vergangenheit den Westen bekämpft hat.

Es gibt auch keinen nationalen Konsensus über andere fundamentale Fragen, wie zum Beispiel die der Legitimität der Privatisierung. Und man kann nicht völlig ausschließen, dass es Versuche geben wird, die heutige Ordnung zu revidieren, was zu einer Destabilisierung führen würde.

Eine kardinale Reform des Machtsystems wird es nicht geben

Der einzige Ausweg ist eine Politik der Strukturreformen, die auf eine Abschaffung des hybriden russischen Systems zielt und unabhängige Institutionen und neue Spielregeln schafft. Das würde eine Rückkehr in die Vergangenheit unmöglich machen. Mit einem Wort, es geht um eine kardinale Reform der Staatsmacht. Natürlich müssen eine ganze Reihe von Vorbedingungen erfüllt sein, um diese Reformen zu wagen – gesellschaftlicher Druck und die Unterstützung wenigstens eines Teils der politischen Klasse sind unabdingbar. Der Präsident muss seinerseits Entschiedenheit und politischen Willen zeigen und eine Entwicklungsstrategie formulieren. Bisher sind diese Bedingungen offenkundig nicht erfüllt.

Kleine Schritte in Richtung einer großen Reform

Andererseits gibt es in letzter Zeit auch einige positive Anzeichen, die darauf hindeuten, dass in Russland die Voraussetzungen für künftige Systemreformen entstehen. Bei einem Teil der Intellektuellen, der Wirtschaft und der Politiker setzt sich die Einsicht durch, dass ein Umbau des politischen Systems notwendig ist, insbesondere bezüglich der Rolle der Regierung, der Bildung der Regierung auf der Grundlage von Parlamentsmehrheiten und der Erweiterung der Verantwortlichkeit der einzelnen Institutionen. Es gibt hier Felder, auf denen Präsident und politische Erneuerer sich treffen könnten, etwa bei der Verwaltungsreform und der Entbürokratisierung. Putin selbst begreift offensichtlich, dass es notwendig ist, die Rolle des Staatsapparats zu beschneiden. Die Fähigkeit des Präsidenten, sich durchzusetzen, eine Reform des Staatsapparates in Angriff zu nehmen und die Geschäftswelt von der kleinlichen Bevormundung durch die Administration zu befreien, ist letztendlich der Indikator für die Reformfähigkeit Putins in seiner

zweiten Amtszeit. Man wird von ihm kaum eine ernsthafte Reform der Streitkräfte oder eine friedliche Lösung des Tschetschenienproblems erwarten können. Er kann aber einen Schritt zur Reform des Staatsapparates machen und damit die Tür für radikalere Reformen öffnen, die wegen des Widerstandes der Bürokratie noch unmöglich sind.

In jedem Fall wird Putin nach seiner Wiederwahl (und er ist der wahrscheinlichste Wahlsieger) mit ernststen Problemen konfrontiert. Es geht gar nicht darum, die verfeindeten Klans in seiner Umgebung miteinander zu versöhnen oder Partei für einen dieser Klans zu ergreifen – was nebenbei gesagt eine folgenschwere Verletzung des Gleichgewichtes der politischen Kräfte wäre. Er muss sich vielmehr zwischen der Rolle des Lotsen und der des Transformators entscheiden. Bisher gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass Putin seine Vorliebe für Kompromisse aufgibt. Er wird weiterhin Ecken und Kanten vermeiden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass er gezwungen sein wird, wenigstens gemäßigte Reformen zu wagen, falls die sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen, die den heutigen russischen *Status quo* nähren, erschöpft sind.

Und so wird die radikale Reform der Staatsmacht der wichtigste Punkt auf der Agenda des nächsten Präsidenten der Russischen Föderation sein – dem, der im Jahre 2008 das Amt antreten wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen

Als das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation im Jahre 2000 offiziell von Boris Jelzin auf Wladimir Putin überging, gaben die Außenbeziehungen ein äußerst ambivalentes Bild ab. Die politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten und den USA waren vor allem im Verlauf des Krieges der NATO im Kosovo 1999 merklich abgekühlt. Zwischen den USA und Russland schien die nach 1989/91 gewonnene Freundschaft in Frage zu stehen. Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO waren offiziell noch immer unterbrochen. Gleichzeitig hatte die EU trotz dieser Probleme zu keinem Zeitpunkt aufgehört, Russlands wichtigster Handelspartner zu sein. Die Beziehungen Russlands zu den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken waren auch Ende der 90er Jahre von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt. Russische Versuche jedoch, die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen neu-alten Integrationszusammenhang unter russischer Hegemonie zu bringen, schienen zum Scheitern verurteilt. Russisch dominierte internationale Organisationen auf post-sowjetischem Gebiet, wie beispielsweise die GUS, schienen eher der geordneten Auflösung alter Strukturen zu dienen.

Wladimir Putin wurde im Westen zunächst mit Argwohn betrachtet. Was konnte man von einem ehemaligen KGB-Offizier anderes erwarten als eine noch stärkere Hinwendung zu einer nationalistischen, auf internationale Gegenmachtbildung und Hegemonie im post-sowjetischen Raum ausgerichteten russische Außenpolitik? Die Tatsache, dass er für den zweiten Tschetschenienkrieg verantwortlich war und ihn für die Wahlkämpfe 1999/2000 instrumentalisierte, schien diese Vermutungen zu untermauern. Vieles kam jedoch anders, als die Debatten des Jahres 2000 es erwarten ließen.

Putin setzte sehr schnell außenpolitische Akzente. Seine selbstbewusste Erscheinung bildete einen scharfen Kontrast zu den oft peinlichen Auftritten seines Vorgängers Jelzin. Von Beginn an betonte er Russlands angestammtes Recht, die Position einer Großmacht in den internationalen Beziehungen zu beanspruchen und übte Kritik an den unipolaren Tendenzen der amerikanischen Außenpolitik. Putin verwahrte sich entschlossen gegen westliche Kritik am Tschetschenienkrieg, den er als innere Angelegenheit Russlands apostrophierte. Gleichzeitig setzte er jedoch auch von Beginn an deutliche Signale der Kooperationsbereitschaft. Die Beziehungen zu den westeuropäischen NATO-Staaten und zur NATO selbst wurden rasch intensiviert. Putin entfaltete zahlreiche diplomatische Aktivitäten, in denen die westliche Staatenwelt den zentralen Raum einnahm. Die Annäherung an den Westen gipfelte in der demonstrativen Solidarisierung Russlands mit den USA nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001. Russland wurde zum Teil der von den USA angeführten, westlich dominierten »Allianz gegen den Terror«.

Veränderte innenpolitische Determinanten der russischen Außenpolitik

Während der beiden Amtsperioden Boris Jelzins herrschte nicht nur im Ausland sondern auch in Russland selbst Unklarheit über die außenpolitische Orientierung des neu entstandenen Staates. »Liberales« politische Akteure traten für die vollständige Demokratisierung und Liberalisierung von Politik und Wirtschaft nach westlichem Modell sowie für die schnellstmögliche Integration in die westliche Staatengemeinschaft und die Weltwirtschaft ein. »Zentristische« bzw. »realistische« Positionen schlossen Demokratisierung, Marktwirtschaft sowie kooperative Beziehungen zu den westlichen Industrienationen nicht aus, verknüpften sie jedoch mit der Bedingung, dass Russland als Großmacht in einer multipolaren Welt anerkannt werden müsse. Eine schillernde Koalition roter und brauner Nationalisten schließlich erging sich in Forderungen nach internati-

onaler Isolation und Abschottung gegen schädliche Einflüsse von außen bei gleichzeitiger imperialer Reintegration des post-sowjetischen Territoriums unter russischer Hegemonie. Verwoben mit diesen Diskursen über die (außenpolitische) Identität des post-sowjetischen Russland waren die Auseinandersetzungen zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen, die unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Öffnung bzw. Isolation Russlands nach außen vertraten.

Bis Ende der 90er Jahre standen sich die genannten Positionen weitgehend unversöhnlich gegenüber und waren in formalen und informellen Strukturen und Institutionen präsent, die ihnen unterschiedlich großen Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess gewährten: Nationalisten und Kommunisten artikulierten sich – neben traditionell konservativen Strukturen wie den Militärs oder dem Verteidigungsministerium – vor allem über die Duma, eine bereits verfassungsrechtlich und erst recht im praktischen politischen Prozess der 90er Jahre ausgesprochen schwache Institution. Realistische bzw. zentristische Positionen fanden breites Echo in zentralen Institutionen des außenpolitischen Entscheidungsprozesses (Außenministerium, Verteidigungsministerium, Präsidialadministration etc.). Liberale Ideen schließlich wurden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zwar in der außenpolitischen Debatte marginalisiert. Gleichzeitig hatten viele ihrer Vertreter über informelle Beraterkreise direkten Zugang zu Präsident Jelzin, was ihnen einen vergleichsweise großen Einfluss gewährleistete. Diese Konstellation änderte sich nach 2000 in zweifacher Weise.

Lernprozesse und durch sie bedingte Annäherungen zwischen einzelnen Positionen im außenpolitischen Diskurs führten zu Interessenkoalitionen. Dies betraf vor allem die hier als realistisch bezeichneten Vorstellungen. Ihre Vertreter erkannten wirtschaftliche Globalisierungsprozesse, die ihnen Anfang der 90er Jahre noch als westliche bzw. amerikanische globale Herrschaftsstrategie gegolten hatte, zunehmend als »objektive« Rahmenbedingungen russischer wirtschaftlicher und politischer Entwicklung an. Durch diesen Perspektivwechsel verschob sich auch ihr Großmachtbegriff weg von rein militär-politischen Aspekten hin zu der Vorstellung, Russland müsse als internationale Wirtschaftsmacht sein Eigengewicht in der Weltwirtschaft geltend machen und bestimmend auf globale Wirtschaftsprozesse und -flüsse wirken.

Die Außenpolitik des neuen Präsidenten setzte genau bei dieser Verschmelzung ursprünglich liberaler und realistischer Ideen an und verfolgt die daraus sich ergebenden Strategieoptionen mit Abwandlungen bis heute. Damit deckte sie von Beginn an eine sehr viel breitere – wenn auch bei weitem nicht das vollständige – Spektrum der in den außenpolitischen Diskursen artikulierten Vorstellungen ab und ruhte so auf einer deutlich stabileren Basis als die Jelzinsche Außenpolitik. Darüber hinaus führten der rallying around the flag-Effekt des zweiten Tschetschenienkriegs, der überwältigende Wahlerfolg Putins und der von ihm unterstützten Parteien in den Wahlen 1999/2000, die in den folgenden Jahren gleichbleibend hohe Unterstützung des Präsidenten in der Bevölkerung und schließlich der zunehmend repressive Umgang der neuen Administration mit kritischen Medien und politischen Akteuren zur teilweisen Marginalisierung oppositioneller Stimmen auch in der Außenpolitik.

Die Veränderungen unter Putin sind häufig mit den Schlagwörtern »Pragmatismus« und »Ökonomisierung« charakterisiert worden. Ihre Auswirkungen lassen sich in alle Bereiche der russischen Außenpolitik hinein verfolgen.

Russland und die Allianz gegen den Terror

Der sogenannte »Westswenk«, die sofortige und weitgehende Solidarisierung des russischen Präsidenten mit den USA nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, kam für viele westliche Beobachter überraschend. Am naheliegendsten schien noch die Erklärung, dass die russische Regierung sich internationale Legitimität für ihren Krieg in Tschetschenien schaffen wollte, indem sie ihn im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terror interpretierte. Der Swenk basierte jedoch auch auf einer Akzentverschiebung, die von Beginn an die Putin-

sche Außenpolitik prägte. Putin betonte von Beginn an die Bedeutung, die die westlichen Industrienationen als Partner für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands haben sollten. Dem entsprachen die rasch reaktivierten Beziehungen zu westlichen Regierungen eine aktive Politik im Rahmen der G7/G8 sowie die Forcierung der Beitrittsverhandlungen zur WTO.

Diese Prioritätensetzung – und vor allem ihre stärkere Absicherung durch Putins innenpolitische Machtposition – machte sich in der Folge deutlich bemerkbar. Russland akzeptierte die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, einer Region, die zum selbstdefinierten traditionellen Einflussgebiet der russischen Großmacht gehört. Ein solcher Schritt wäre Ende der 90er Jahre noch völlig undenkbar erschienen. Den Krieg der Allianz in Afghanistan konnte die russische Regierung auch deshalb unterstützen, weil das Taliban-Regime die gesamte zentralasiatische Region destabilisierte. Insgesamt duldete Russland damit die offensichtliche Ausweitung westlichen, vor allem amerikanischen Einflusses in seiner unmittelbaren Umgebung.

Gleichzeitig wurde aber auch relativ früh zweierlei deutlich: Zum einen hatte die Neuordnung und Neudefinition russischer Interessen und Präferenzen sichtbare Grenzen. Die amerikanischen Bestrebungen, nach dem Sieg in Afghanistan auch den Irak anzugreifen, stießen von Beginn an auf heftige russische Kritik. Der Irak unter Saddam Hussein war nicht nur ein Verbündeter der Sowjetunion in den Zeiten der Blockkonfrontation gewesen sondern auch ein wichtiger Handelspartner in der Region und Russland hatte auch in den 90er Jahren immer an den wirtschaftlichen Beziehungen zu dem als »Schurkenstaat« geächteten Land festgehalten. Zum zweiten stellte sich bald heraus, dass die Putinsche Außenpolitik trotz des großen innenpolitischen Rückhalts des Präsidenten, in strittigen Fragen nicht unwidersprochen blieb. Dies machte sich bereits in den ersten Monaten nach dem 11. September 2001 bemerkbar. Offensichtlich wurden neuerliche innenpolitische Auseinandersetzungen über die Außenpolitik dann jedoch im Zusammenhang mit der Debatte über eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zum Irak-Krieg, die in Russland heftige Kritik am Westkurs des Präsidenten hervorrief. Erstmals seit Putins Amtsantritt kam es nun wieder zu widersprüchlichen Äußerungen unterschiedlicher Regierungsinstitutionen auf offizieller Ebene, ein Phänomen, das die internationale Öffentlichkeit in den 90er Jahren regelmäßig irritiert hatte.

Die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg relativierte einige Verschiebungen, die sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen abzuzeichnen begonnen hatten. Die neue russisch-amerikanische »strategische Freundschaft« erwies sich an einigen Stellen als brüchig (wenn auch, wie sich jetzt herausstellt, nicht als so brüchig, wie viele glauben wollten). Nachdem in den europäischen Hauptstädten bereits der Eindruck entstanden war, die russische Außenpolitik habe sich von Europa weg auf die USA orientiert, setzte Putin mit der russisch-deutsch-französischen Allianz gegen den Irak-Krieg plötzlich wieder auf ein Mittel der Gegenmachtbildung, das bereits Präsident Jelzin in den 90er Jahren – erfolglos – zu instrumentalisieren versucht hatte. Insgesamt zeigt die russische Politik im Zusammenhang mit der Allianz gegen den Terror, dass

- der Konzessionsbereitschaft vor allem gegenüber den USA auch jetzt noch Grenzen gesetzt sind;
- bei der Suche nach Bündnispartnern pragmatisch vorgegangen wird, dabei die grundsätzliche Priorität guter Beziehungen zu den westlichen Industrienationen jedoch nicht in Frage steht;
- die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwar noch existieren, jedoch deutlich schwächer geworden sind und Gegner des außenpolitischen Kurses der Exekutive weniger Möglichkeiten haben, in den außenpolitischen Entscheidungsprozesse einzugreifen.

Russland und Europa

Die Europäische Union – und in ihr die Bundesrepublik Deutschland – ist in den 1990er Jahren rasch zum wichtigsten und größten Handelspartner der Russischen Föderation aufgestiegen. (siehe Grafik auf Seite 16) An der prioritären Ausrichtung der russischen Außenwirtschaftspolitik auf Europa hat sich unter Präsident Putin nichts geändert. Die Osterweiterung der EU barg in den Augen der außenpolitischen Elite keinen vergleichbaren politischen Sprengstoff wie die NATO-Osterweiterung – auch das Problem der zukünftigen Enklaven-Existenz der russischen Region Kaliningrad konnte durch eine entsprechende Visa- und Transferregelung relativ ruhig gelöst werden. Insofern lässt sich hinsichtlich der Beziehungen zur EU eine gewisse Kontinuität der Putinschen Politik mit den 90er Jahren feststellen.

Dennoch gibt es auch hier Veränderungen: Während in den 1990er Jahren immer wieder von verschiedenen russischen Akteuren angeregt oder gar gefordert wurde, Russland müsse oder solle mittelfristig in die EU aufgenommen werden, so ist dieser Gedanke aus der russischen Politik ebenso wie aus den sie anleitenden Strategiepapieren verschwunden. Die offizielle russische Position beschränkt sich auf die Feststellung, dass die EU als wichtigster Handels- und Kooperationspartner in den Außenbeziehungen der Russischen Föderation eine zentrale Position einnimmt. In strittigen Fragen, wie z.B. dem von europäischer Seite (wenn auch immer schwächer) kritisierten Krieg Russlands in Tschetschenien, verweist die russische Regierung ebenso knapp und deutlich darauf, dass dies eine interne Angelegenheit des russischen Staates sei, in die sich kein externer Akteur einzumischen habe. Gleichzeitig scheint Russland die EU zunehmend nicht nur als wirtschaftlichen, sondern auch als politischen und sicherheitspolitischen Akteur auf der internationalen Bühne wahrzunehmen und hat in der Zwischenzeit angeregt, dass diese Dimensionen in die Neuformulierung der mit dem Ende 2003 ausgelaufenen gegenseitigen Strategiepapiere aufgenommen werden solle.

Die Beziehungen Russlands zur NATO haben sich seit der schweren Krise im Zusammenhang mit dem Krieg des Militärbündnisses im Kosovo deutlich entspannt. Auch hier machte sich die klarere Prioritätensetzung der Administration Putin bald bemerkbar. Im Zuge der gemeinsamen Allianz gegen den Terror und vor dem Hintergrund der zweiten Erweiterungsrunde des Bündnisses begründeten Russland und die NATO beim NATO-Gipfel in Rom im Mai 2002 den Rat der 20, in dem Russland erstmals gleichberechtigt mit den 19 NATO-Staaten über sicherheitspolitische Fragen diskutiert und bestimmt. Die russische Kritik ist zwar nicht vollständig verstummt, gegen die fortschreitende Erweiterung der NATO gab es von russischer Seite aber kaum mehr nennenswerten Widerstand.

Russland und die GUS

Ebenso wie im Falle der Allianz gegen den Terror spiegeln sich auch in der russischen Politik gegenüber den übrigen GUS-Staaten die Veränderungen der russischen Außenpolitik ebenso wie ihre Grenzen. Sowohl die »Ökonomisierung« als auch das Festhalten an traditioneller Großmachtspolitik prägen – manchmal direkt nebeneinander – die russische Politik in der Region.

Die »Ökonomisierung« macht sich dort bemerkbar, wo Russland sich aus Positionen zurückzieht, die in den vergangenen Jahren eingenommen wurden, um den eigenen Status der Groß- und Hegemonialmacht auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aufrecht zu erhalten. So hat die russische Seite den Entstehungsprozess der Union Russland-Belarus in den vergangenen Jahren immer wieder verzögert. Die ist als deutliches Zeichen für das schwindende russische Interesse an einer Union mit dem von dem autoritären und unkalkulierbaren Aleksandr Lukaschenka beherrschten Belarus zu werten. In der Zwischenzeit hat dies zu gegenseitigen Verstimmungen geführt, so dass die Zukunft des Unionsprojekts immer ungewisser wird.

Auch in den Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan lassen sich leichte Akzentverschiebungen beobachten. In den 90er Jahren unterstützte Russland im Nagorno-Karabach-Konflikt meist die armenische Seite und setzte auf diese Weise das aus dem russischen Einflussbereich herausstrebende Aserbaidschan unter Druck. In den vergangenen Jahren gab es jedoch immer wieder vorsichtige Signale in Richtung einer Verbesserung der Beziehungen zu Aserbaidschan, das als Anrainerstaat des ressourcenreichen kaspischen Meeres und wichtiges Transportterritorium zum Tummelplatz für ausländische Energiekonzerne geworden ist.

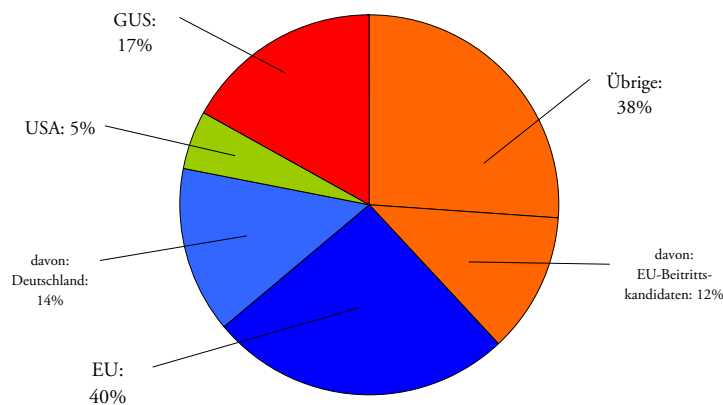
In den Beziehungen zu dem sich ebenfalls nach Westen orientierenden Georgien hingegen tritt die traditionale russische Großmachtpolitik deutlicher zu Tage. Dies hat vor allem mit dem Übergreifen des Tschetschenienkrieges auf georgisches Territorium zu tun. Mehrmals sah sich Georgien russischen Vorwürfen ausgesetzt, es unterstütze die tschetschenischen Unabhängigkeitskämpfer, indem es ihnen auf seinem Staatsgebiet (Pankisi) Rückzugs- und Regenerationsmöglichkeiten gewähre. Diese Vorwürfe waren zum Teil von massivem politischen und auch militärischem Druck begleitet.

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass die russische Außenpolitik im Verhältnis zu den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken die größten Ambivalenzen aufweist. Zwar machen sich auch hier deutliche Tendenzen hin zu einer »Ökonomisierung« bemerkbar, doch scheint die russische Politik dort, wo man russische Sicherheitsinteressen direkt betroffen sieht, doch auf Elemente traditionaler Großmachtpolitik zurückzugreifen.

Resümee

Während der ersten Amtszeit von Präsident Putin zeichneten sich in der russischen Außenpolitik deutliche Veränderungen und Akzentverschiebungen ab. Sowohl in den Beziehungen zu den westlichen Industrienationen als auch zu den GUS-Staaten schien eine an der ökonomischen Modernisierung Russlands ausgerichtete, pragmatische Politik die Großmachtrhetorik der 90er Jahre abgelöst zu haben. Gleichzeitig setzte Moskau dort, wo es seine unmittelbaren Sicherheitsinteressen bedroht sah, weiterhin auf die Hebel traditioneller Großmachtpolitik. Die Außenpolitik der – so gut wie sicheren – zweiten Amtszeit Präsident Putins wird Kontinuität sowohl bei den Akzentverschiebungen als auch bei den Ambivalenzen dieser Politik bringen.

Russische Exporte 2003 (Schätzung)



Quelle: Russisches Wirtschaftsministerium, <http://www.economy.gov.ru>

Russische Außenpolitik: Eine Chronologie 1999–2003

Juni 1999	Die EU veröffentlicht ihre „Gemeinsame Strategie“ für die Beziehungen zu Russland (gültig bis 2004)
August 1999	Vladimir Putin wird russischer Ministerpräsident
Oktober 1999	Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien
November 1999	Russland veröffentlicht seine „Mittelfristige Strategie“ gegenüber der EU
September 2001	Nach dem 11. September erklärt Putin die Solidarität Russlands mit den USA im Kampf gegen den Terror
September 2001	Putins Rede vor dem Deutschen Bundestag
Mai 2002	Russisch-amerikanischer Gipfel in St. Petersburg; Unterzeichnung des „Vertrages über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen“ und der „Gemeinsamen Erklärung über neue strategische Beziehungen“
Mai 2002	NATO-Gipfel von Rom; Bildung des Rates der 20
Juni 2002	Russisch-weißrussischer Gipfel in St. Petersburg: Putin weist Lukaschenkas Vorschläge zur Ausgestaltung der gemeinsamen Union brüsk zurück und schlägt die Bildung eines einheitlichen Staates auf der Grundlage der russischen Verfassung vor
Juni 2002	endgültige Aufnahme Russlands in die G8 auf dem Gipfel in Kananaskis
Sommer 2002	Russisch-georgische Beziehungen werden durch die von Russland vermutete Präsenz tschetschenischer Kämpfer stark belastet; Moskau droht mit der Entsendung russischer Soldaten in das georgische Pankisi-Tal
November 2002	EU-Russland-Gipfel in Kopenhagen, Einigung über den Personenverkehr zwischen Russland und Kaliningrad; gleichzeitig Auseinandersetzung über die Auslieferung des Vertreters des tschetschenischen Präsidenten Maschadow, Achmed Sakajew, der sich kurz vor dem Gipfel in Dänemark aufhält – Russland droht mit dem Boykott des Gipfels
Ende 2002 – Frühjahr 2003	Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg
Mai 2003	Russisch-amerikanischer Gipfel und anschließende Jubiläumsfeierlichkeiten in St. Petersburg; erste Wiederannäherung zwischen dem russischen und dem amerikanischen Präsidenten
September 2003	GUS-Gipfel in Jalta: Russland, Ukraine, Kasachstan und Belarus unterzeichnen Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums
Oktober 2003	Ukrainisch-russische Regierungskrise im Zusammenhang mit dem russischen Dammbauprojekt in der Meerenge von Kertsch (Tuzla): Russland beginnt mit dem Bau eines Damms von der russischen Küste zur Insel Tuzly im Asowschen Meer, was die Ukraine zu der Befürchtung veranlasst, die russische Seite erkenne die ukrainisch-russischen Grenzen nicht an; nationalistische russische Politiker, z.B. Dmitrij Rogozin, drohen mit militärischen Maßnahmen
November 2003	Beim EU-Russland-Gipfel in Rom lobt der italienische Ministerpräsident die russische Politik in Tschetschenien und die Durchführung »demokratischer Wahlen«

Zusammenstellung: Sabine Fischer

Russlands Wirtschaft im Aufwind

Seit 1999 erlebt Russland einen beachtlichen Wirtschaftsaufschwung. Das russische Bruttoinlandsprodukt ist im Zeitraum 1999-2003 im Durchschnitt um 6,5% pro Jahr gewachsen. Auch im Jahre 2003 wurde ein Wachstum von über 6% erreicht. Die russische Wirtschaft hebt sich damit beeindruckend von der schwachen Wirtschaftsentwicklung in der EU und den USA ab.

Das starke Wirtschaftswachstum ist im russischen Fall mit einer deutlichen Verbesserung fast aller makroökonomischen Indikatoren verbunden. Die Inflationsrate ist von 84% im Jahre 1998 auf derzeit nur noch 13% gesenkt worden. Der Staatshaushalt wird seit 2000 mit einem positiven Saldo abgeschlossen. Die Staatsverschuldung konnte dementsprechend in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden. Einen Überblick über die Entwicklung zentraler Wirtschaftskennzahlen gibt Tabelle 1 auf Seite 20.

Auch die soziale Lage hat sich aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung deutlich verbessert. Der durchschnittlichen Monatslohn eines abhängig Beschäftigten (umgerechnet in US-Dollar) hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Er ist mittlerweile auf dem höchsten Stand seit Ende der Sowjetunion. Einen Überblick über Indikatoren der sozialen Lage gibt Tabelle 2 auf Seite 21.

Finanzkrise und Erdölpreise

Viele Russen verbinden den Wirtschaftsaufschwung mit Wladimir Putin, der im Sommer 1999 Ministerpräsident und zum Jahresanfang 2000 Präsident Russlands wurde. Die damalige Wirtschaftspolitik hatte aber keinen erkennbaren Anteil an der positiven Entwicklung. Die primären Ursachen waren vielmehr zwei extrem vorteilhafte Entwicklungen im Bereich der Außenwirtschaft.

Erstens stiegen Ende der 1990er Jahre auf den internationalen Märkten die Preise für Rohstoffe deutlich an, die mehr als die Hälfte der russischen Exporte ausmachen. Die Preise für Erdöl und Erdgas, den zentralen russischen Exportgütern, verdreifachten sich. Auch die Preise für Metalle, einer weiteren zentralen Branche der russischen Industrie, zogen deutlich an. Die Nachfrage aus der Rohstoffindustrie nach moderner Fördertechnik führte schnell zu Wachstum im Maschinenbau.

Der zweite zentrale Faktor für den russischen Wirtschaftsaufschwung war die drastische Abwertung des Rubel in Folge der Finanzkrise vom August 1998. Bis Ende 1999 verlor der Rubel gegenüber dem US-Dollar etwa 75% seines Wertes. Diese Abwertung erhöhte den Rubelwert der in ausländischer Währung verrechneten russischen Exporte entsprechend. Die finanzielle Situation der Exporteure verbesserte sich dadurch erheblich. Gleichzeitig verteuerte die Rubelabwertung Importe aus dem Ausland. Hiervon profitierte vor allem die Leichtindustrie und Teile der Nahrungsmittelindustrie, die sich nun auf dem russischen Markt gegen ausländische Konkurrenz besser behaupten konnten.

Bereits 2001 verloren diese zwei Faktoren aber weitgehend ihre wachstumsfördernde Wirkung. Die internationalen Rohstoffpreise waren leicht rückläufig und stabilisierten sich letztendlich (wenn auch auf einem vergleichsweise hohen Niveau). Die Stabilitätspolitik der russischen Zentralbank führte gleichzeitig dazu, dass der Abwertungseffekt weitgehend egalisiert wurde. Erste Folge war ein deutlicher Rückgang des BIP-Wachstums von 10% im Jahre 2000 auf 5% im Jahre 2001.

Die großen Reformen

Im Folgenden verstetigte sich der Aufschwung aber mit Wachstumsraten von 4% im Jahre 2002 und wahrscheinlich 7% 2003. Eine wesentliche Ursache hierfür dürften die konsequenten Wirtschaftsreformen der russischen Regierung gewesen sein, die seit 2001 in Kraft getreten sind. Das Steuerrecht wurde deutlich vereinfacht und die Steuerlast gleichzeitig gesenkt – symbolisiert im einheitlichen Einkommenssteuersatz von nur 13%. Ein modernes Bodenrecht etablierte erstmals in der russischen Geschichte einen freien Bodenmarkt. Der bürokratische Dschungel für Unternehmer wurde deutlich gelichtet. Auf diese Weise sparen Unternehmer nicht nur Zeit, sondern auch Bestechungszahlungen. Es wurden erste Schritte unternommen, um die corporate governance russischer Unternehmen zu verbessern. Parallel dazu wurde der Einfluss von Großunternehmern auf die Politik zurückgedrängt. Die Reform des maroden Sozialversicherungssystems wurde in Angriff genommen. Die Wachstumseffekte dieser Reformen sind nicht eindeutig bestimmbar. Sie schufen aber auf jeden Fall ein Klima wachsenden Vertrauens in die russische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung sowohl bei russischen Unternehmern als auch bei ausländischen Investoren.

Weitere Reformen sind geplant und sollen die Etablierung eines stabilen Rahmens für eine funktionierende Marktwirtschaft vorantreiben. Zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Reformprojekte, die Putin in seiner zweiten Amtsperiode ab dem nächsten Frühjahr zu realisieren verspricht, sind die Liberalisierung des Strom-, Gas- und Telekommunikationsmarktes, die Stärkung des Finanzsektors, die Umstellung des Sozialversicherungssystems, die Reform der kommunalen Dienstleistungen und die Neuordnung des regionalen Finanzausgleichs.

Ein weiterer Faktor, der vor allem in der konsumentennahen Leicht- und Nahrungsmittelindustrie eine Verstetigung des Wachstums bewirkt, ist der kontinuierliche Anstieg der Reallöhne der russischen Bevölkerung. Die wachsende Kaufkraft hat vor allem in den Großstädten auch zu einer dynamischen Entwicklung im Dienstleistungssektor geführt.

Aufschwung ohne Ende?

Während anfangs Skepsis vorherrschte und die Mehrheit der Analysten auf die Kurzfristigkeit der zentralen Wachstumsfaktoren verwies, ist mittlerweile Optimismus weit verbreitet. Die konsequente Fortsetzung der Wirtschaftsreformen unter Putin und die Stabilisierung des Ölpreises auf hohem Niveau werden als Garanten für andauerndes Wirtschaftswachstum gesehen. Ein deutlicher Indikator hierfür ist die Aktienbörse. Nachdem die Moskauer Börse 2001 und 2002 von allen größeren Weltbörsen die höchsten Kursgewinne verzeichnen konnte, ist der zentrale Börsenindex 2003 erneut um etwa 60% gestiegen. Konservative Analysten, wie etwa die Moskauer United Financial Group, rechnen für 2003 und 2004 mit jeweils etwa 5% BIP-Wachstum.

Diese Prognose steht sicher im Einklang mit den derzeit verfügbaren Daten. Es sollte aber auch auf wesentliche Risikofaktoren hingewiesen werden. Erstens ist eine längerfristige Prognose des Ölpreises kaum möglich. Ein deutlicher Rückgang würde vor allem den russischen Staatshaushalt aber auch die Gesamtwirtschaft erheblich belasten. Zweitens ist die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen nicht nur abhängig von der (allgemein erwarteten) Wiederwahl Putins als Präsident im Frühjahr 2004 und von einer stabilen Mehrheit im Parlament, sondern auch von der machtpolitischen Konstellation innerhalb der Exekutive. Hier können Konflikte auftreten, wie die Jukos-Affäre gezeigt hat. Drittens zielen die nun anvisierten Wirtschaftsreformen vorrangig auf eine Verbesserung der institutionellen Bedingungen für Wirtschaftsaktivitäten. Sie schaffen damit den Rahmen für eine langfristig positive Wirtschaftsentwicklung, setzen aber – im Gegensatz etwa zu deutlichen Steuerentlastungen – nur begrenzt kurzfristige Wachstumsimpulse.

Weiterhin großer Abstand zu EU-Europa

Trotz des starken Wirtschaftsaufschwungs der letzten fünf Jahre liegt Russland in seiner Wirtschaftsentwicklung immer noch weit hinter der EU und auch hinter den osteuropäischen Beitrittsländern zur EU zurück. Das russische BIP ist mit einem Wert von etwa 350 Mrd. US-Dollar noch etwas niedriger als das der Niederlande. Das deutsche BIP liegt bei fast 2.000 Mrd. US-Dollar. Die russische Wirtschaftskraft ist also vergleichsweise gering (Siehe auch die Grafik auf Seite 21).

Auch der Lebensstandard der russischen Bevölkerung ist dementsprechend niedrig. Da die Preisniveaus sich zwischen Staaten stark unterscheiden können, wird hier nicht einfach der Dollarwert des BIP durch die Bevölkerungszahl geteilt, sondern es wird festgestellt, wie viele Güter mit dem pro-Kopf Wert in einheimischer Währung gekauft werden können und es wird dann der Dollarwert dieser Güter bestimmt. Dieser Wert für das BIP pro Kopf in Kaufkraftparität liegt in der Regel deutlich über dem reinen Wert für das BIP pro Kopf. Im russischen Fall sind die BIP-Werte gemessen in Kaufkraftparität etwa dreimal größer als die reinen BIP-Werte.

Aber selbst das BIP pro Kopf gemessen in Kaufkraftparität liegt in Russland nur knapp über 7.000 US-Dollar. Der entsprechende Wert für Polen ist fast 10.000 und für die Tschechische Republik sogar fast 15.000 US-Dollar. Der niedrigste Wert eines aktuellen Mitgliedlandes der EU ist der Griechenlands mit immerhin 17.000. Deutschland erreicht einen Wert von 25.000 US-Dollar.

Der niedrige Lebensstandard zeigt sich in Russland vor allem auf dem Land. Von ländlichen Haushalten sind derzeit zwei Drittel ohne fließendes Wasser, 85% ohne Warmwasserversorgung und drei Viertel ohne Zentralheizung. Probleme gibt es auch im Bereich der Infrastruktur. Von Straßen über Ölpipelines bis zu Stromleitungen herrscht dringender Modernisierungsbedarf.

Wirtschaftsdaten 1999–2003

Tabelle 1: Zentrale Wirtschaftskennzahlen

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 8,7	-12,6	- 4,2	- 3,6	1,4	-5,3	6,4	10,0	5,0	4,3	6,8
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	-14,2	-20,9	-3,3	-4,5	2,0	-5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	6,8
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	842	224	131	22	11	84	37	20	19	15	13
Außenhandelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	k.A.	10,7	10,0	10,8	-0,1	0,2	24,6	46,8	35,0	32,8	21,3 [28,4]
Staatshaushaltsbilanz (in %)	-6,5	-11,4	-5,4	-8,4	-7,1	-5,9	-1,4	1,2	2,9	1,4	3,0

Anmerkung: Zahlen für 2003 mit Stand Oktober 2003 (Hochrechnung für Gesamtjahr in Klammern)

Quelle: Russisches Staatliches Komitee für Statistik

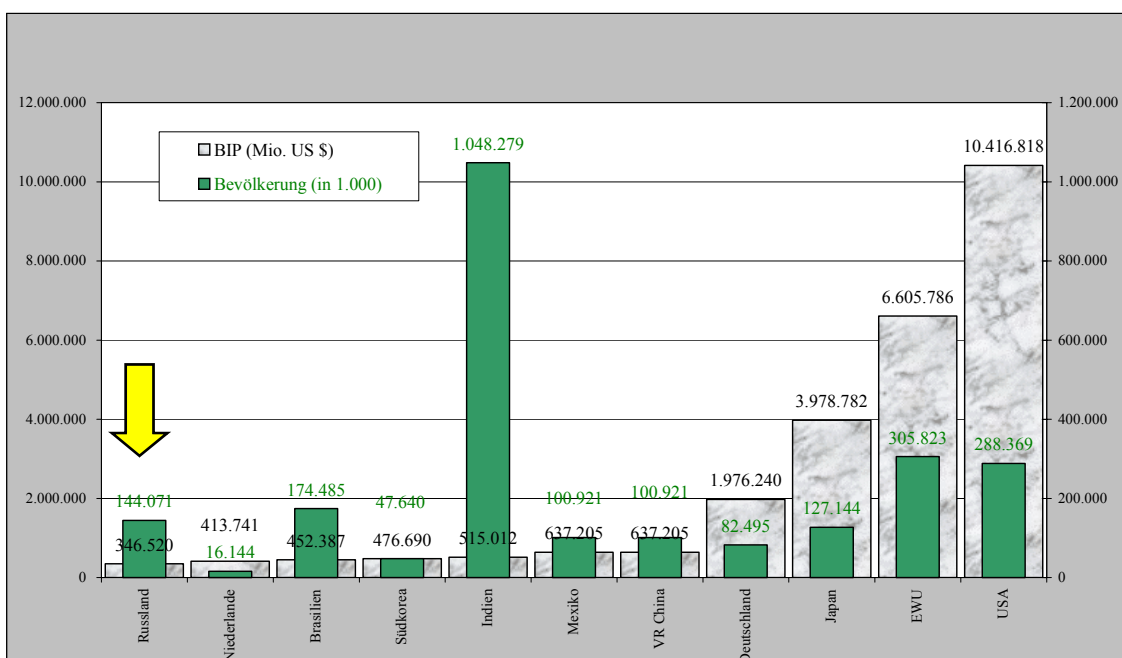
Tabelle 2: Zentrale Kennzahlen zur sozialen Lage

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	5,5	7,5	8,2	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,1	7,8
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	113	100	104	154	164	108	62	79	111	142	186

Anmerkung: Zahlen für 2003 mit Stand Oktober 2003

Quelle: Russisches Staatliches Komitee für Statistik

Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2002 im internationalen Vergleich



Parlament und Parteien

Die russische Staatsduma

Die russische Verfassung, die Ende 1993 per Referendum verabschiedet wurde, weist dem Parlament eine vergleichsweise schwache Stellung zu. Ähnlich wie in Frankreich – an dessen Beispiel sich die russischen Verfassungsväter orientierten – steht im Zentrum des konstitutionellen Machtgefüges der vom Volk gewählte Staatspräsident, der nicht nur die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik vorgibt, sondern auch bei der Regierungsbildung und -entlassung weitgehend freie Hand hat. Die Staatsduma, das „Unterhaus“ des 1994 neu geschaffenen Zweikammerparlaments, muss den vom Präsidenten vorgeschlagenen Premierminister zwar mehrheitlich im Amt bestätigen. Widersetzt sie sich diesem Vorschlag jedoch drei Mal in Folge, riskiert sie ihre vorzeitige Auflösung. Diese Gefahr droht den Abgeordneten auch im Falle eines Misstrauensvotums gegen die Regierung.

Ungeachtet dieser verfassungsrechtlichen Kompetenzbeschränkungen kann die Staatsduma indes durchaus wirkungsvollen Einfluss auf die Politik der Exekutive nehmen. Unter bestimmten politischen Voraussetzungen wäre sogar eine den Abgeordneten gegenüber verantwortliche parlamentarische Regierung denkbar. Dazu ist allerdings eine dauerhaft stabile und disziplinierte Abstimmungsmehrheit in der ersten Parlamentskammer nötig. Zudem muss diese Mehrheit sowohl personell als auch programmatisch ein eigenständiges Profil entwickeln, um der doppelten Dominanz von Regierung und Präsidentialadministration Paroli bieten zu können. Während der ersten drei Legislaturperioden ist es den Abgeordneten der Staatsduma (noch) nicht gelungen, beide Bedingungen zu erfüllen.

Rückblick auf die ersten beiden Legislaturperioden der Staatsduma

Zur großen Enttäuschung des damaligen Staatspräsidenten Boris Jelzin gingen die „demokratischen Kräfte“ aus der ersten Staatsdumawahl im Dezember 1993 nicht als eindeutige Sieger hervor. Sie stellten zwar die größte Gruppe der 450 Abgeordneten, sahen sich jedoch zwei annähernd gleichstarken Lagern gegenüber: den Kommunisten (KPRF) und der – zumindest rhetorisch – extrem nationalistischen Fraktion des „Politclowns“ Wladimir Schirinowski. Im Lauf der Zeit etablierten sich zudem die programmatisch kaum profilierten, heterogenen „Zentristen“ als vierte Kraft. (siehe auch die Tabelle auf Seite 27) Während der auf zwei Jahre verkürzten Wahlperiode waren die Abgeordneten in erster Linie damit beschäftigt, die parlamentsinterne Organisation und Ressourcenverteilung zu regeln. Angesichts ständig wechselnder, unberechenbarer Abstimmungsmehrheiten verlegte sich Präsident Jelzin bald darauf, seine Politik möglichst unter Umgehung des Parlaments umzusetzen.

Diese weitgehende Ignorierung der Staatsduma ließ sich nach der Wahl vom Dezember 1995, aus der die Kommunisten als relative Sieger hervorgegangen waren, nicht fortsetzen. Denn obwohl die KPRF nicht die absolute Mehrheit der Abgeordneten stellte, konnte sie doch gemeinsam mit ihren Verbündeten von der Agrarpartei jede Mehrheitsbildung ohne ihre Beteiligung verhindern. (siehe auch die Tabelle auf Seite 27) Diese negative Mehrheit nutzten die Kommunisten systematisch, um ihren Einfluss auf die russische Politik auszuweiten. Folgerichtig wandelte sich die KPRF von einer Anti-System-Kraft in eine parlamentarische Partei, die die Spielregeln der ungeliebten neuen Institutionen für ihre eigenen Zwecke zu nutzen lernte.

Auf die Stellung der Staatsduma im politischen Machtgefüge wirkte sich die relative Dominanz der Kommunisten zwischen 1996 und 1999 negativ aus. Das Parlament wurde in die Rolle einer destruktiven Vetomacht gedrängt. Da es die Regierungspolitik nicht aktiv in seinem Sinne beeinflussen oder gar kontrollieren konnte, verlegte es sich häufig darauf, Maßnahmen der Exekutive zu verhindern oder zu verwässern und sie in den Parlamentsdebatten einer rhetorischen

Radikalkritik zu unterziehen. Die Exekutive reagierte darauf mit einer Doppelstrategie aus Zuckerbrot und Peitsche, um zumindest in existenziellen Fragen die Mehrheit der Dumaabgeordneten auf ihre Seite zu ziehen.

Die Domestizierung der Staatsduma unter Putin

Die dritte postsowjetische Parlamentswahl im Dezember 1999 beendete das mühsame Ringen um Abstimmungsmehrheiten. Obwohl es rein rechnerisch wiederum keinen absoluten Wahlsieger gegeben hatte, kristallisierte sich bereits in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode eine stabile Mehrheit heraus. Deren Kern bildet die nach den Kommunisten zweitstärkste Dumafraktion „Jedinstwo“ (Einheit). Dieses Wahlbündnis war erst kurz vor dem Abstimmungstermin nach Anleitung der „spin doctors“ in der Präsidentschaftsverwaltung gegründet worden, um dem neuen Premierminister und designierten Staatspräsidenten Wladimir Putin eine loyale Gefolgschaft im bis dato widerspenstigen Parlament zu sichern. Nach einer kurzen Phase wechselnder Bündnisse schloss sich „Einheit“ mit drei weiteren „zentristischen“ Fraktionen zur so genannten „Koalition der Vier“ zusammen, die über eine rechnerische Mehrheit von rund 52% verfügt. (siehe auch die Tabelle auf Seite 27)

Unter der Ägide der seit Frühjahr 2001 auch organisatorisch koordinierten Koalition, die Anfang 2002 durch den Zusammenschluss der zwei größten Koalitionspartner zur formal neuen Partei „Einiges Russland“ noch enger zusammenrückte, hat sich die Staatsduma zu einer straff organisierten Zustimmungsmaschine entwickelt, die das ehrgeizige Gesetzgebungsprogramm des Staatspräsidenten diszipliniert umsetzt. Das jahrelang von den Kommunisten im Parlament blockierte Gesetz über den Erwerb von Grundeigentum wurde nun ebenso zügig auf den Weg gebracht wie die Justizreform, ein neues Steuerrecht und ein Parteiengesetz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die neue Effizienz in der Gesetzgebung wirkt allerdings weitgehend „ferngesteuert“. Die so genannte Kremlmehrheit verfügt bislang weder personell noch programmatisch über die notwendige Eigenständigkeit, um nennenswerten politischen Einfluss auf die legislative Agenda der Regierung oder gar auf den politischen Kurs der Exekutive zu nehmen. Insbesondere die Abgeordneten von „Einheit“ beschränken ihren Ehrgeiz vorwiegend darauf, mit Hilfe der organisatorischen und finanziellen Ressourcen der Putin-Administration die eigene Wiederwahl zu sichern.

Im Ergebnis ist die von Putin domestizierte Staatsduma noch weiter davon entfernt, die in der Verfassung angelegte Funktion einer parlamentarischen Regierungskontrolle zu erfüllen, als die zwar weniger effiziente, aber politisch eigenständigere Duma zwischen 1996 und 1999.

„Parteien der Macht“ statt mächtiger Parteien

Der Hauptgrund für die fortdauernde Marginalisierung des Parlaments liegt im unterentwickelten russischen Parteiensystem. Es ist von hoher Fluktuation und einer entsprechend instabilen Organisation der meisten politischen Vereinigungen gekennzeichnet. Während das von Putin initiierte Parteiengesetz, das im Juli 2001 in Kraft trat, zumindest in dieser Beziehung eine gewisse Konsolidierung forciert, lässt sich die fehlende gesellschaftliche Verankerung der meisten Parteien nicht gesetzlich erzwingen. Lediglich die Kommunisten und die liberale Partei „Jabloko“, die beide seit 1994 kontinuierlich im Parlament vertreten sind, konnten bislang eine mehr oder weniger stabile Wählerbindung aufbauen. Im Vergleich zu den so genannten Parteien der Macht ist ihr politisches Gewicht jedoch – zumal seit 1999 – gering.

Die russischen Parteien der Macht, wie etwa „Einheit“ bzw. „Einiges Russland“, haben mit den westlichen Vorstellungen von Programm- oder Volksparteien nichts gemein. Es handelt sich um

vor den Wahlen jeweils ad hoc kreierte lose Bündnisse, die ausschließlich den Zweck verfolgen, eine möglichst große Zahl von Mandaten mit Personen zu besetzen, die dem Präsidenten und/oder dem Regierungschef gegenüber bedingungslos loyal sind. Die Kandidaten rekrutieren sich vorwiegend aus den zentralen oder regionalen Bürokratien, und auch der Wahlkampf wird von den Administrationen in Moskau und in den Regionen organisiert und finanziert. Es gehört zu den bezeichnenden Eigenschaften dieser künstlichen Gebilde, dass sie nur so lange existieren, wie sie dem Präsidential- bzw. Regierungsapparat von Nutzen sind. So zerfiel etwa die während der zweiten Wahlperiode relativ einflussreiche Bewegung „Unser Haus Russland“ sofort, als Wiktor Tschernomyrdin, dem sie als parlamentarische Machtbasis diente, 1998 sein Amt als Regierungschef verlor.

Auch der gegenwärtigen Partei der Macht im Dienste Putins und seines Apparats ist es bislang nicht gelungen, sich aus ihrer instrumentellen Rolle einer ferngesteuerten Mehrheitsbeschafferin zu lösen. Ihr Schicksal bei der bevorstehenden vierten Parlamentswahl am 7. Dezember ist folglich untrennbar mit der Person und dem politischen Kalkül des Staatspräsidenten sowie mit den Interessen der mächtigen Staatsbürokratie verbunden. In jüngster Zeit gab es allerdings erste zaghafte Versuche der Parteiführung, eine stärkere Einbindung in die Regierungsarbeit zu fördern. Auch wenn es gegenwärtig wenig wahrscheinlich anmutet, dass sich Putin auf dieses Ansinnen einlassen könnte, ist eine derartige Entwicklung unter bestimmten Umständen nicht ausgeschlossen. Voraussetzung hierfür wäre neben einem guten Abschneiden des „Einigen Russland“ bei der Wahl im Dezember eine Schwächung der präsidentialen Allmacht angesichts neuer wirtschaftlicher oder politischer Turbulenzen, die Putin in seiner – so gut wie sicheren – zweiten Amtszeit zu Zugeständnissen zwingen könnte.

Tabelle: Fraktionen und Gruppen in der Staatsduma 1994–2003

Fraktionen / Gruppen	Parlamentssitze					
	1. Wahlperiode 1994–95 (Ende)		2. Wahlperiode 1996–99 (Ende)		3. Wahlperiode 2000–03 (Ende)	
	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Kommunistisches Lager						
KPRF	46	-	119	-	82	-
AP /Agrarier/Agrar-Industrielle Gruppe**	50	-	34	-	43	-
„Volksmacht“	-	-	43	-	-	-
Summe	96	21,3	196	43,5	125	27,8
Nichtkommunistische Nationalisten						
LDPR	55	12,2	40	8,8	13	2,9
Demokratisches Lager						
Jabloko	20	-	44	-	17	-
Wybor Rossii („Wahl Russlands“)	49	-	-	-	-	-
Sojuz Pravych Sil („Union der Rechten Kräfte“)	-	-	-	-	32	-
Summe	69	15,3	9,8	-	49	10,9
Zentristen						
Frauen Russlands	20	-	-	-	-	-
Demokratische Partei Russlands	11	-	-	-	-	-
PRES	12	-	-	-	-	-
Neue Regionale Politik / Russische Regionen / Regionen Russlands**	67	-	36	-	47	-
Russland	36	-	-	-	-	-
Stabilität	37	-	-	-	-	-
Nasch Dom Rossija („Unser Haus Russland“)	-	-	52	-	-	-
Edinstwo („Einheit“)	-	-	-	-	82	-
Otetschestwo – Wsja Rossija („Vaterland – Ganz Russland“)	-	-	-	-	54	-
Volksdeputierte	-	-	-	-	53	-
Summe	183	40,7	88	19,6	236	52,4
Unabhängige Abgeordnete	34	-	71	-	18	-

* Über Direktmandate wurden insgesamt 35 Vertreter von 15 Splitterparteien gewählt, die die 5%-Hürde nicht überspringen konnten.

** Die Abgeordnetengruppen änderten in jeder Legislaturperiode ihren Namen, die programmatische Zuordnung blieb jedoch in etwa gleich.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Angaben des analytischen Dienstes der Staatsduma

Die Grundlagen des russischen Wahlrechts

Verfassungsrechtliche Vorgaben

In der Russischen Verfassung aus dem Jahr 1993 ist das Demokratieprinzip an prominenter Stelle festgehalten. Nach Art. 1 Abs. 1 der Verfassung ist die Russische Föderation ein demokratischer föderativer Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform. Das multinationale Volk wird als „Träger der Souveränität“ und „einzige Quelle der Gewalt“ bezeichnet. Dementsprechend kommt den Wahlen eine Schlüsselfunktion bei der Konstituierung der Macht zu. Sie sind, ebenso wie die Referenden „höchster unmittelbarer Ausdruck der Volksgewalt“ (Art. 3 Abs. 3 der Verfassung).

Nun gibt es in der Russischen Föderation aber nicht nur Wahlen zur gesetzgebenden Körperschaft, auch das Staatsoberhaupt, der Präsident, wird unmittelbar vom Volk gewählt. Beide Wahlen stehen, zeitlich nur wenig versetzt, in Kürze bevor: die Parlamentswahlen sind auf den 7. Dezember 2003, die Präsidentenwahlen auf den 18. März 2004 anberaumt.

Einzelne der in der Verfassung niedergelegten Wahlgrundsätze betreffen beide Wahlen gleichermaßen. So wird das Recht der Bürger der auf Teilnahme und Kandidatur bei den Wahlen zu den Organen der staatlichen Gewalt im Rahmen des Grundrechtekatalogs allgemein garantiert. Kein Wahlrecht haben die gerichtlich für geschäftsunfähig Erklärten sowie die Inhaftierten. Im Übrigen sind die verfassungsrechtlichen Regelungen zu den Parlaments- und Präsidentenwahlen aber unterschiedlich. Besonders überrascht, dass die Wahlrechtsgrundsätze, die sich im Laufe der Parlamentsgeschichte durchgesetzt haben und die mittlerweile universell anerkannt sind – d.h. die Vorgabe, dass Wahlen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim zu sein haben – in der Russischen Verfassung nur im Hinblick auf die Präsidenten- (Art. 81 Abs. 1 der Verfassung), nicht aber im Hinblick auf die Parlamentswahlen explizit normiert worden sind. Eine entsprechende Regelung findet sich nur auf einfachgesetzlicher Ebene im Gesetz „Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatlichen Duma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation“ aus dem Jahr 2002 (im Folgenden WahlG).

Anders als die Weimarer Reichsverfassung, aber vergleichbar mit dem Grundgesetz regelt die Russische Verfassung nicht, welches Wahlsystem zur Anwendung kommen soll. Dies wird dem Gesetzgeber überlassen (Art. 96 Abs. 2 der Verfassung). Über diese grundlegende Frage ist denn auch heftiger Streit entbrannt: das Gesetzgebungsverfahren bei der Ausarbeitung des ersten Wahlgesetzes 1995 war äußerst kontrovers und konnte nicht zu einer dauerhaft akzeptierten Lösung führen, so dass das Verfassungsgericht mehrfach mit der Problematik befasst wurde. In den Jahren 1999 und 2002 wurden zwei weitere neue Fassungen des Gesetzes ausgearbeitet, die Regelung der hauptsächlich strittigen Punkte allerdings grundsätzlich beibehalten.

Neben dem Wahlgesetz ist die gleichermaßen aus dem Jahr 2002 stammende Neufassung des Gesetzes „Über die grundlegenden Garantien der Rechte der Wähler und des Rechts der Bürger der Russischen Föderation auf Teilnahme am Referendum“ (im Folgenden WahlrechtsgarantieG) von Bedeutung. Das gesamte Rechtsgebiet ist stark in Bewegung und erfährt fortlaufend Umgestaltungen.

Grundlegende Charakteristika des russischen Wahlsystems

Das russische Wahlsystem kombiniert Mehrheits- und Verhältniswahl und ist als so genanntes „duales System“ oder „Grabensystem“ ausgestaltet. Die Wahlberechtigten verfügen über zwei

Stimmen. Mit der ersten Stimme können sie nach dem relativen Mehrheitswahlrecht Einzelkandidaten wählen. Über dieses System wird die eine Hälfte der 450 Parlamentssitze vergeben. Mit der zweiten Stimme wird über die Zuteilung der anderen Hälfte der Sitze entschieden. Sie werden nach einem modifizierten Verhältniswahlrecht über eine föderale Liste an Parteien und Wahlblöcke (freiwillige Zusammenschlüsse von Parteien) vergeben. Der entscheidende Unterschied zum deutschen Wahlsystem ist, dass beide Bestandteile des Gesamtwahlverfahrens unabhängig voneinander bestehen, d.h. die Sitze der direkt gewählten Kandidaten nicht auf den prozentualen Stimmanteil der Partei oder des Wahlblocks, dem sie angehören, angerechnet werden. Dieses System impliziert einen deutlich geringeren Stellenwert der Parteien bei der Entscheidung über die Zusammensetzung der Duma: 225 Sitze werden unmittelbar von Personen, nicht von Parteien errungen. Dies erklärt auch, warum Prominente sowie regional starke Gruppierungen – unabhängig von Parteizugehörigkeit und konsistenten Programmen – vergleichsweise leicht politischen Einfluss in der Duma gewinnen können.

Asymmetrien im gemischten Wahlsystem

Die Kombination zweier verschiedener Wahlsysteme in Form eines Grabenwahlsystems erscheint in verschiedener Hinsicht als problematisch. Können Wahlbewerber unmittelbar kandidieren und zugleich auch noch von den Parteien bzw. Wahlblöcken aufgestellt werden, so bedeutet dies, dass sie eine zweifache Chance haben, einen Sitz im Parlament zu erringen. Zudem wird die „Zugpferdwirkung“ populärer Kandidaten verdoppelt, da sie sowohl Stimmen für die Partei und als auch für sich selbst erringen können. Als Verstoß gegen den Gleichheitssatz kann auch die Ungleichheit der Vertretungswerte angesehen werden, da durch die Direkt- und Listenkandidaten jeweils unterschiedlich viele Wähler durchschnittlich vertreten werden. Aufgrund dessen wurde die entsprechende Regelung bereits vor sowie unmittelbar nach der zweiten Wahl zum russischen Parlament im Jahr 1995 vor dem russischen Verfassungsgericht angegriffen. Dies verneinte aber eine Verfassungswidrigkeit. Es sah die beiden Teile des kombinierten Wahlsystems als selbständige Säulen an. Den Anforderungen des Gleichheitssatzes müsse nur innerhalb der beiden Säulen, aber nicht im Gesamtsystem entsprochen werden.

Einschränkungen des Gleichheitssatzes durch das Föderalismusprinzip

Für die Wahl der Einzelkandidaten wird das gesamte Land in 225 Wahlkreise eingeteilt. Pro Wahlkreis wird jeweils ein Abgeordneter gewählt. Ausreichend ist dabei die relative Mehrheit der Stimmen. Die Wahlkreise umfassen eine jeweils annähernd gleiche Zahl von Wählern; Abweichungen von 10% bzw. 15% in entlegenen Gebieten werden akzeptiert (Art. 19 Abs. 3 Wahlgarantiengesetz). Zugunsten der bevölkerungsarmen föderalen Subjekte der insgesamt 89 Subjekte umfassenden Russischen Föderation gibt es eine als „Kleinststaatenklausel“ bezeichnete Sonderregelung: Hier können auch dann eigenständige Wahlkreise gebildet werden, wenn die Anzahl der Wähler die vorgegebene Richtzahl nicht erreicht. Im Übrigen aber ist die Bildung der Wahlkreise nicht an die Grenzen der Föderationssubjekte gebunden, sondern subjektübergreifend möglich.

Diese Regelung widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, versteht man ihn streng mathematisch, da Kandidaten aus den bevölkerungsarmen Subjekten weniger Stimmen für einen Sitz in der Duma benötigen als die Kandidaten aus den anderen Wahlkreisen. Das Verfassungsgericht argumentiert aber, die Garantie des gleichen Wahlrechts sei im Lichte des Prinzips des Föderalismus auszulegen. Die Notwendigkeit einer adäquaten Repräsentanz auch der dünn besiedelten Gebiete mache eine Sonderregelung erforderlich. Eine ansonsten bestehende Unterrepräsentation werde auch durch die Zusammensetzung des Föderationsrats als zweiter Kammer nicht ausgeglichen.

Voraussetzungen für die Aufstellung von Direktkandidaten

Die Kandidaten für die Direktwahl können sich selbst benennen oder durch eine Partei oder einen Wahlblock aufstellen lassen. Sie müssen sich bei der Zentralen Wahlkommission registrieren lassen. Voraussetzung dafür ist ein Unterschriftenquorum von mindestens einem Prozent der Stimmen der Wähler des jeweiligen Wahlkreises (Art. 42 WahlG) – die Einzelregelungen im neuen Gesetz von 2002 zur Überprüfung der Unterschriftenlisten sind sehr detailliert, um Missbräuche zu verhindern. Alternativ sind Sicherheitsleistungen in Höhe von 15 % der maximalen Ausgaben aus dem Wahlfonds zu hinterlegen (Art. 45 Abs. 5 iVm Art. 68 WahlG).

Einschränkung der Repräsentanz des Wählerwillens durch die 5%-Klausel

Die 5%-Klausel ist ein allgemein akzeptiertes Instrument zur Verhinderung einer Zersplitterung der Parteien im Parlament, die bei einem Verhältniswahlrecht grundsätzlich zu erwarten ist. Sie soll der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Parlaments und damit der Stabilisierung der Legislative dienen. Nach einer intensiven Auseinandersetzung in der Gesetzesdebatte wurde sie auch in die erste Fassung des russischen Wahlgesetzes aus dem Jahr 1995 aufgenommen. In der Russischen Föderation führte diese Regelung bei den Wahlen 1995 aber dazu, dass eine große Zahl von Parteien, die insgesamt fast die Hälfte (49,5%) der Wählerstimmen auf sich vereinigten, nicht in die Duma einziehen konnten. Dies wurde durch zwei besondere Faktoren bedingt: zum einen gab es kein historisch gewachsenes und klar strukturiertes Parteiensystem, vielmehr trat eine große Zahl neu gebildeter politischer Formationen zur Wahl an. Zum anderen galt das gesamte Territorium der Russischen Föderation als ein einziger Wahlkreis (Art. 13 WahlG).

Auch diese Regelung wurde vor dem Verfassungsgericht angegriffen, gleichermaßen aber nicht für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht argumentierte zum einen rechtsvergleichend und betonte, dass eine derartige Regelung zum Fundus von gemischten Wahlsystemen gehöre. Weder werde das Prinzip der Wahlfreiheit noch das Prinzip der proportionalen Repräsentation verletzt. Allerdings leitete das Gericht aus den „allgemein anerkannten Prinzipien der Volksherrschaft“ ab, dass die Anwendung der 5%-Sperrklausel dann unzulässig wäre, würde sie dazu führen, dass die im Parlament vertretenen Parteien insgesamt weniger als 50% der Wählerstimmen repräsentierten. Eine zweite Grenze ist nach Meinung des Verfassungsgerichts insofern zu ziehen, als mehr als eine Partei im Parlament vertreten sein muss. Der Gesetzgeber stellt mit seiner Neuregelung diese beiden Voraussetzungen sicher (Art. 84 Abs. 3 WahlG).

Die Wahl ist nur gültig, wenn mindestens 25% der Wahlberechtigten sowohl föderationsweit als auch in den Einzelwahlkreisen zu den Urnen gehen. Angesichts des allgemein zu beobachtenden Desinteresses an den Wahlen in der Russischen Föderation kann auch diese niedrige Quote Probleme bereiten. Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung ist es möglich, „gegen alle“ zu stimmen – eine Option, für die die Wähler in der Praxis nicht selten votieren.

Regelungen zur Finanzierung der Wahlen

Der Finanzierung der Wahlen ist ein ganzes Kapitel des Wahlgesetzes gewidmet. Bemerkenswert ist, dass die Kandidaten ihre Vermögensverhältnisse (Höhe und Quellen des Einkommens, Eigentumsverhältnisse, Bankguthaben und Wertpapiere) durch Vorlage der letzten Steuererklärung offen legen müssen.

Als Höchstsumme für die im Wahlkampffonds eines Kandidaten zusammengefassten Gelder wird der Betrag von 6 Millionen Rubel festgelegt. Parteien wird ein Betrag von 250 Millionen Rubeln zugestanden. Höchstbeträge von Spenden werden im prozentualen Verhältnis zu diesen

Obergrenzen festgelegt. Inwieweit diese Regelungen die Geldflüsse im Zusammenhang mit den Wahlen beeinflussen können, ist allerdings fraglich.

Regelungen zum Einfluss der Medien auf die Wahlen

Die staatlichen und kommunalen Medien haben den registrierten Einzelkandidaten sowie den Listen der politischen Parteien und Wahlblöcke Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen sowie in der Druckpresse kostenlos zur Verfügung zu stellen, wobei der Grundsatz der Gleichbehandlung zu beachten ist (Art. 59 Abs. 3 WahlG). In nicht-staatlichen Medien, die mindestens ein Jahr bestehen, kann Sendezeit käuflich erworben werden. Auch hier sind allen Kandidaten die gleichen Konditionen zu gewähren. Die entsprechenden Daten sind vor den Wahlen zu veröffentlichen

Diejenigen Parteien, die nicht gewählt werden, müssen die Kosten für die ihnen während des Wahlkampfes vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellten Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen erstatten (Art. 71 Abs. 2 WahlG); die Teilnahme an der Wahl wird damit zu einem finanziellen Risiko.

Strenge Regeln wurden getroffen, um einen missbräuchlichen Einsatz der Massenmedien vor den Wahlen zu verhindern – Friktionen mit der Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit sind hier unverkennbar. Allgemein wird gefordert, dass die Informationen, die über die Massenmedien verbreitet werden, objektiv und verlässlich sein müssen und die Gleichheit der Kandidaten und Parteien nicht verletzen dürfen. Äußerst problematisch sind aber die Regelungen zur „Agitation“ im Wahlkampf im WahlG sowie auch im WahlrechtsgarantieG, mit denen versucht wird, zwischen objektiver Information und Beteiligung am Wahlkampf zu unterscheiden. Letzteres wird für eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen wie etwa religiöse Vereinigungen und Wohltätigkeitsorganisationen überhaupt untersagt.

In den Massenmedien dürfen Informationen über den Wahlkampf der einzelnen Kandidaten nur zusammenhängend und „ohne Kommentare“ gegeben werden. Es erscheint schon als sehr schwierig, objektive Berichte über Wahlkampfauftritte klar von Kommentaren abzugrenzen. In der Sache aber handelt es sich um eine gravierende Einschränkung der in Art. 29 der Verfassung garantierten „Freiheit der Masseninformatiön“. Einschränkungen sind nach Art. 55 Abs. 3 der Verfassung durch Bundesgesetz nur in dem Maß zulässig, in dem „dies für den Schutz der Grundlagen der Verfassungsordnung, der Moral, der Gesundheit, der Rechte und der rechtmäßigen Interessen anderer Personen sowie für die Sicherung der Landesverteidigung und der Staatssicherheit notwendig ist“.

Nun ist bei der hier vorzunehmenden Rechtsgüterabwägung in Rechnung zu stellen, dass die objektive Information der Wähler einen hohen Stellenwert hat. Allerdings ist es als grundlegende Aufgabe der Massenmedien zu erachten, Informationsvermittlung mit Kommentaren zu verbinden. Der Einzelne kann selbst entscheiden, ob er die Kommentare für sachgerecht hält oder nicht. Hier das Wort zu verbieten kommt einer unsachgemäßen Bevormundung der Wähler gleich und verhindert die Entstehung eines kritisch-offenen Dialogs über die Kandidaten und ihre Programme. Dieser aber ist essentielle Voraussetzung für Wahlen, die ihrer Funktion, der Legitimation der Ausübung staatlicher Macht im demokratischen Staat, gerecht werden.

Dennoch hat das russische Verfassungsgericht die fraglichen Regelungen in einer Entscheidung vom 30.10.2003 im Wesentlichen für verfassungsmäßig erklärt und hält es für gerechtfertigt, in den Massenmedien Kommentare nicht allgemein, aber Kommentare, die darauf abzielen, die Wähler in ihrer Entscheidung zu beeinflussen, zu verbieten und Zuwiderhandlungen zu ahnden. Diese Auslegung des Gesetzes durch das Verfassungsgericht zwingt die Medien zu einer Gratwanderung, bei der der Absturz vorprogrammiert ist: Meinungen sind erlaubt, aber nicht, wenn sie mit der Intention geäußert werden, andere von etwas zu überzeugen. De facto reduziert das Verfassungsgericht damit die Meinungsfreiheit der Massenmedien im Wahlkampf auf „objekti-

ve“ Stellungnahmen und opfert sie einer illusionären „Informationssicherheit von Wahlen“. Dass eine derartige Grundrechtseinschränkung notwendig und verhältnismäßig ist, wird in der Entscheidung vorausgesetzt, nicht aber im Einzelnen geprüft.

Die Akribie, mit der in den umfangreichen neuen russischen Wahlgesetzen die Durchführung der Wahlen und die Rechte der Beteiligten in allen kleinsten Details geregelt werden, kann so nicht darüber hinwegtäuschen, dass mehr denn je ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Konstituierung von Macht auf der Grundlage eines freien Meinungsbildungsprozesses besteht.

Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien

Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Gründung	1993 (Nachfolgepartei der KPdSU, Neugründung nach anderthalbjährigem Verbot)
Mitgliederzahlen	547.000 (nach Parteienangaben)
Spitzenkandidaten	G. Sjuganow, N. Kondratenko, N. Charitonow
Regionale Organisationen	In 85 Regionen, mehr als 20.000 lokale Organisationen
Stimmenanteil bei der letzten Dumawahl 1999	24%
Sitze im Parlament	125, davon 58 Direktmandate
Im Internet	www.kprf.ru

Entwicklung

Nach dem Verbot der KPdSU am 29. August 1991 wurde die Partei 1993 unter neuem Namen wieder gegründet. Sowohl in der politischen Programmatik wie beim Parteaufbau gibt es Kontinuitäten. Die führenden Organe sind das Zentralkomitee (ZK) der KPRF, mit dem Vorsitzenden Gennadij Sjuganow und seinem ersten Stellvertreter Walentin Kupzow sowie das Präsidium des ZK. Die Partei kämpft derzeit mit Hilfe einer auf die Jugend und die Frauen ausgerichteten Strategie gegen ihr Überalterungsproblem. Von ca. 547.000 Mitgliedern sind nur 12% unter 40 Jahren.

Politische Ausrichtung

Nach ihren eigenen Worten sieht sich die KPRF der großen Aufgabe gegenüber, Russland wieder auf den richtigen, nämlich den kommunistischen Weg zu führen (aus dem Programm der Partei: „Kommunismus als historische Zukunft des Menschen“). Die Partei ist sozialistischen Maximen treu geblieben, was z.B. an Forderungen nach kostenloser medizinischer Versorgung, Erholung und Ausbildung, aber auch nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel deutlich wird. Allerdings wird auch einer „dem Zeitgeist entsprechenden“ Erneuerung des Sozialismus das Wort geredet. Unklar ist, was in der Partei darunter verstanden wird. Die KPRF scheint eher einer Entwicklung zuzustreben, in der neben dem sozialistischen Gedanken patriotische bzw. nationalistische Elemente eine Rolle spielen. U.a. setzt sie sich für eine Stärkung der Rolle Russlands in der internationalen Politik ein.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Gennadij Sjuganow (geb. 1944), Ausbildung als Mathematiklehrer. 1966 trat er der KPdSU bei. Seit 1967 Tätigkeit als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes und der Partei. 1978–1981 Ausbildung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der KPdSU, danach Arbeit im ZK der KPdSU, zuletzt als Leiter der ideologischen Abteilung. 1992/1993 beteiligt an der Neugründung der KP. 1993 Abgeordneter in der Duma, wo er seit 1999 Fraktionsvorsitzender der KPRF ist. Seit 1995 ist er Vorsitzender des ZK der KPRF.

Nikolaj Kondratenko (geb. 1940), Ausbildung am Agrarinstitut in Krasnodar, seit 1966 Agronom in einer Kolchose und Rayonsekretär der Partei. 1982 Generaldirektor des Nordkaukasischen Zuckerindustriekonzerns und Gebietssekretär der KPdSU. 1987 Vorsitzender des Exekutivkomitees im Krasnodarer Gebiet, 1991 wegen „verfassungsfeindlicher Tätigkeit“ abgelöst. 1993 Abgeordneter des Föderationsrates. Generaldirektor von OAO „Krasnodarglawnab“. Seit 1996 Gouverneur der Region Krasnodar.

Nikolaj Charitonow (geb. 1948) beendete 1972 das Landwirtschaftsinstitut in Nowosibirsk, danach Agronom in einer Kolchose. 1976 Direktor einer Sowchose im Gebiet Nowosibirsk. 1993 in die Duma gewählt. Ab 1996 Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der Agrarpartei in der Duma. Wechselte im Frühjahr 2003 zu den Kommunisten.

Einiges Russland (Jedinaja Rossija)

Gründung	2002 durch Vereinigung der Blöcke „Vaterland-Ganz Russland“ und „Einheit“
Mitgliederzahl	257.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	B. Gryslow, J. Luschkow, S. Schojgu
Regionale Organisationen	In 89 Regionen
Stimmenanteil bei der letzten Dumawahl 1999	Einheit: 23%; Vaterland – Ganz Russland: 13%
Sitze im Parlament	Einheit: 64, davon 9 Direktmandate; Vaterland-Ganz Russland: 69, davon 33 Direktmandate
Im Internet	www.edinros.ru

Entwicklung

„Einiges Russland“ ist der Zusammenschluss der Organisationen „Vaterland-Ganz Russland“ und „Einheit“, die beide im Laufe des Jahre 1999 gegründet wurden. Nach den Parlamentswahlen von 1999 entschieden sich die ursprünglich konkurrierenden Vereinigungen zusammenzugehen, um ihre Position gegenüber der Kommunistischen Partei zu stärken. Einiges Russland wurde so die stärkste Fraktion.

Die leitenden Organe der Partei sind der Parteitag, der Zentrale Politische Rat und der Generalrat. Der Parteitag ist die höchste politische Instanz der Partei, die über Parteiaufbau und Programm entscheidet. Der Zentrale Politische Rat übernimmt die Leitung der Partei zwischen den Parteitagungen. Die Mitglieder des zentralen politischen Rates sind zugleich Mitglieder des Generalrates, der die Parteitage einberuft und die Leitung des Exekutivkomitees wählt.

Politische Ausrichtung

„Einiges Russland“ sieht sich selbst als Regierungs- bzw. Präsidentenpartei. Es gilt als typische, von oben gegründete „administrative Partei“. U.a. wird es dafür kritisiert, dass es kein echtes politisches Programm hat, sondern eher allgemeine Positionen propagiert wie „Wir sind für das Wohl des Volkes“. Insgesamt vertritt die Partei eine zentristische Position, denn es geht ihr – so argumentiert sie – um den einfachen Menschen und seine Probleme, und dies könne man nur durch eine zentrale Position erreichen. Darauf basiert ihr Programm. U.a. fordert sie die Entwicklung der Wirtschaft mit einer stärkeren Position des Staates in derselben, die Verbesserung der Lebensbedingungen und der sozialen Sicherung, freie Wahlen, eine Stärkung und Professionalisierung der Armee und die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Boris Gyslow (geb. 1950), studierte an der Leningrader Hochschule Radiotechnik. 1977–1996 im Leningrader Unternehmen Elektronpribor mit der Entwicklung von Kommunikationstechnologie für die Raumfahrt beschäftigt. 1996–1999 baute er eine Hochschule für Fachleute der Kommunalwirtschaft auf. 1999 Wahlkampfleiter des (erfolglosen) Gouverneurskandidaten Viktor Subkow in Petersburg und der neu gegründeten Vereinigung „Einheit“. 1999 in die Duma gewählt. Seit 2001 russischer Innenminister.

Juri Luschkow (geb. 1936), studierte bis 1958 am Institut für Erdöltechnik und Gasindustrie. 1958–1974 Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Kunststoffe, steigt bis zum Abteilungsleiter auf. 1974–80 Direktor des Konstruktionsbüros für Automatisierung beim Ministerium für Chemieindustrie, 1986 Abteilungsleiter für Forschung bei demselben Ministerium. 1977–90 Abgeordneter des Moskauer Stadtsowjets. 1990 zum Bürgermeister von Moskau gewählt (Wiederwahl 1996 und 1999). Eine der Führungsfiguren von Vaterland-Ganz Russland. 2001 Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung „Einiges Russland“.

Sergej Schojgu (geb. 1955), Bauingenieurstudium in Krasnojarsk. 1977–1988 Tätigkeit in der Bauindustrie, zum Schluss als Leiter von Großbauunternehmen. 1989–1990 2. Sekretär des Abakaner Stadtkomitees der KPdSU. 1990 Stellvertretender Vorsitzender des Regierungskomitees für Architektur und Bauwesen. 1991 übernimmt er das neu gegründete Staatskomitee für Zivilschutz, Ausnahmesituationen und Beseitigung von Katastrophenschäden (seit 1994 Ministerium), das er zu einer leistungsfähigen Behörde macht, die allgemein hohes Ansehen genießt. Übernimmt 1999 nach der Gründung von „Einheit“ dessen Leitung und wird anschließend Stellvertretender Vorsitzender von „Einiges Russland“.

Union der rechten Kräfte (SPS)

Gründung	1999 (anlässlich der Dumawahlen)
Mitgliederzahlen	20.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	B. Nemzow, I. Chakamada, A. Tschubajs
Regionale Organisationen	In 81 Regionen
Stimmenanteil bei der letzten Dumawahl 1999	8,6%
Sitze im Parlament	29, davon 5 Direktmandate
Im Internet	www.sps.ru

Entwicklung

Die Partei steht in der Tradition der demokratischen Reformbewegung und schließt personell und politisch an die Bewegungen „Russlands Wahl“ (1993: 15,5%) und „Demokratische Wahl“ (1995: 3,8%) an. Sie entstand 1999 durch Zusammenschluss der 1998/99 gegründeten Organisationen „Neue Kraft“ des Ex-Ministerpräsidenten Sergej Kirijenko und „Junges Russland“ seines ehemaligen Stellvertreters Boris Nemzow zum Block „Die Rechte Sache“, dem sich weitere kleine Parteien anschlossen und der später in „Union der rechten Kräfte“ umbenannt wurde.

Höchstes Organ der Partei ist der Parteitag. Er wählt die Revisionskommission und den Föderalen Politischen Rat. Außerdem bestimmt er den Präsidentschaftskandidaten. Der Föderale Politische Rat trifft Personalentscheidungen. und kontrolliert die Arbeit der Ausschüsse.

Politische Ausrichtung

Die Partei bezeichnet sich selbst als liberal und demokratisch. Sie sieht ihre Aufgabe darin, Russland vor der wiederauflebenden kommunistischen Bedrohung zu schützen und die erreichte demokratische Ordnung zu bewahren. Die liberale Position ist am deutlichsten in der Wirtschaftspolitik zu erkennen, die auf Entstaatlichung und Entbürokratisierung abzielt und eine weitere Privatisierung befürwortet. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ein rigoroser Privatisierungspolitiker wie Tschubajs in der Führung der Partei vertreten ist. Die SPS befürwortet eine Armereform mit Übergang zu einer Berufsarmee. Politisch fordert sie eine „reale“ Demokratie mit Mehrparteiensystem und bürgerlichen Freiheiten, insbesondere Meinungs- und Pressefreiheit.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Boris Nemzow (geb. 1959), Studium der Radiophysik in Gorkij (Nishnij Nowgorod). Seit 1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsinstitut für Radiophysik, 1988–90 Beteiligung an Protestaktionen gegen den geplanten Bau eines KKW in der Nähe von Nishnij Nowgorod. Wird Mitglied des Blocks „Demokratisches Russland“. 1990 in den Russischen Obersten Sowjet gewählt, der ihn in den Obersten Sowjet der UdSSR delegiert. 1991 von Jelzin zum Vertreter des Präsidenten, dann zum Gouverneur in Nishnij Nowgorod ernannt. Bemüht sich um regionale Reformen. 1995 in den Regionalwahlen als Gouverneur bestätigt. April–November 1997 russischer Energieminister und Erster Stellvertretender Ministerpräsident. 1999 über die Parteiliste von SPS in die Duma gewählt. Seit 2001 Vorsitzender der Partei.

Irina Chakamada (geb. 1955), 1978 Abschluss des Wirtschaftsstudiums an der Lumumba-Universität in Moskau, 1984 Promotion an der Moskauer Staatsuniversität. 1981–1989 wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Institut der Staatsplanbehörde sowie Dozentin für politische Ökonomie. Gründet 1989 mit K. Borowoj die russische Rohstoffbörse, eine Bank sowie eine Reihe anderer Unternehmen. 1993 und 1995 als Direktkandidatin in Moskau in die Duma gewählt. Verlässt 1997 die Duma, um das Regierungskomitee zur Unterstützung von Kleinunternehmen zu leiten (bis 1998). 1999 in Petersburg als Direktkandidatin in die Duma gewählt. Seit 2001 Stellvertretende Vorsitzende der SPS.

Anatolij Tschubajs (geb. 1955), absolviert das Leningrader Ingenieurökonomische Institut, dort von 1982–90 Dozent. 1984–1987 informeller Leiter eines halblegalen Kreises junger Ökonomen, aus dem zahlreiche wichtige Reformpolitiker hervorgingen. 1990–1991 führende Position in der Leningrader Stadtverwaltung. November 1991 Vorsitzender des Komitees für Staatseigentum, das für die russische Privatisierungspolitik verantwortlich ist. 1992 qua Amt Stellvertretender Ministerpräsident. 1993 für „Russlands Wahl“ in die Duma gewählt. 1994–Januar 1996 Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Organisiert Jelzins Wahlkampf 1996 und wird nach dessen Wahl 1996–97 Chef der Präsidialadministration. März 1997 Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister. Im März 1998 aus den Regierungämtern entlassen. Seit April 1998 Vorstandsvorsitzender des Strommonopolisten „JeES Rossii“.

JABLOKO

Gründung	1993 erste Zusammenschlüsse, 1995 offizielle Gründung der „Gesellschaftlichen Vereinigung JABLOKO“
Mitgliederzahl	26.500 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	G. Jawlinskij, W. Lukin, I. Artemjew
Regionale Organisationen	In 54 Regionen
Stimmenanteil bei der letzten Dumawahl 1999	6%
Sitze im Parlament	21, davon 4 Direktmandate
Im Internet	www.yabloko.ru

Entwicklung

Jabloko wurde 1993 als Wahlblock gegründet, der mehrere demokratisch orientierte Parteien zusammenschloss, die in Opposition zur Regierungspolitik standen. Die Mischung war sehr bunt und so kam es zu mehreren Abspaltungen kleinerer Organisationen, bis 1995 die „Gesellschaftliche Vereinigung Jabloko“ gegründet wurde, die zunächst ein lockeres Bündnis darstellte.

Nach einer umfassenden Reorganisation im Jahr 1998 stellt sich die Partei deutlich gestrafft dar. Führende Organe sind der Parteitag und der Zentralrat. Der Parteitag ist das höchste Organ. Er bestimmt das Programm der Partei, wählt den Zentralrat und entscheidet über Kandidaturen zu den Wahlen. Zwischen den Parteitagen übernimmt der Zentralrat die leitende Funktion. Unter Führung des Parteivorsitzenden behandelt er alle Fragen die die Partei betreffen und nicht in die ausschließliche Zuständigkeit des Parteitags fallen.

Politische Ausrichtung

Jabloko verfolgt liberale und sozialdemokratische Ziele. Zu den liberalen Zielen gehören die Forderung nach einer Steuerreform, der Entbürokratisierung der Wirtschaft, der Förderung des freien Wettbewerbs und eines verstärkten Schutzes für die Unternehmer. Die sozialdemokratische Tendenz spiegelt sich vor allem in der Forderung nach einem neuen Rentensystem und einer aktiven Sozialpolitik wider, die die Familie unterstützt und fördert. Jabloko macht sich im Gegensatz zu anderen Parteien auch für den Umweltschutz stark.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Grigorij Jawlinskij (geb. 1952), absolviert das Moskauer Plechanow-Wirtschaftsinstitut und promovierte dort 1976. 1976–1984 Tätigkeit in einem Forschungsinstitut der Kohleindustrie. 1984 Abteilungsleiter im Staatskomitee für Arbeit. 1989 Abteilungsleiter der Staatskommission für Wirtschaftsreform. Legt 1990 das „400-Tageprogramm“ zum Übergang zur Marktwirtschaft vor. 1990–91 Stellvertretender Ministerpräsident der russischen Republik. Danach gründete er das Institut für ökonomische und politische Forschung (EPIcentr) das er bis heute leitet. Mitbegründer von Jabloko 1993. Seit 1993 Dumaabgeordneter, Fraktionsvorsitzender von Jabloko.

Wladimir Lukin (geb. 1937), Historiker, 1961–1965 Promotionsstudium am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. 1965–68 Redakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. 1968–87 Leiter des Sektors Fernost am Moskauer Amerikainstitut, 1987–1989 Leiter des Planungsstabes im Außenministerium. 1992/93 russischer Botschafter

in den USA. Seit 1993 Dumaabgeordneter. 1996–1999 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Igor Artemjew (geb. 1961) studierte bis 1983 an der Leningrader Staatsuniversität Agrarbiologie und war danach dort als Dozent beschäftigt. 1990–93 Abgeordneter des Leningrader Stadtsowjets und Leiter der Kommission für Ökologie und kommunale Angelegenheiten. 1994 Leiter der Petersburger Abteilung von Jabloko. 1996 zum Vizegouverneur von Petersburg gewählt und zugleich Leiter der Finanzabteilung. Seit 1999 Dumaabgeordneter und Stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Kreditinstitutionen und den Finanzmarkt sowie Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion von Jabloko.

Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)

Gründung	1989 als LDPSU, 1992 umbenannt in LDPR
Mitgliederzahl	600.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	W. Schirinowski, A. Ostrowskij, I. Lebedew
Regionale Organisationen	In 55 Regionen
Stimmenanteil bei der letzten Dumawahl 1999	6%
Sitze im Parlament	19, davon 2 Direktmandate
Im Internet	www.ldpr.ru

Entwicklung

Die Partei wurde 1989 in Moskau als Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion (LDPSU) unter maßgeblicher Beteiligung von Wladimir Schirinowski gegründet. 1992 in LDPR umbenannt. Bei den Wahlen 1993 die Partei mit 23% der abgegebenen Stimmen der Überraschungssieger. Die Spitzengremien der Partei sind der Parteitag und der Oberste Rat. Der Vorsitzende der Partei ist gleichzeitig Mitglied des Obersten Rates. Gewählt wird er vom Parteitag, der alle 4 Jahre vom Obersten Rat einberufen wird.

Politische Ausrichtung

Offiziell ist die LDPR eine Partei der Mitte, die sich selbst als demokratisch bezeichnet. Ihr Ziel ist es, laut Parteiprogramm, ein reiches und blühendes Russland zu schaffen, in dem jeder einzelne Bürger ein gutes Leben führen kann. Die proklamierten Ziele der Partei sind Schaffung eines demokratischen Systems, Liberalismus und Patriotismus. Patriotismus misst die LDPR – unter Verweis auf die heutige Lage Russlands – eine besondere Rolle zu. Mit Liberalismus tut sich die Partei allerdings schwer. Während sie einerseits Chancengleichheit aller, unabhängig von Herkunft, Religion oder Ethnie propagiert, tritt sie andererseits für eine Stärkung der Position von Russen gegenüber nicht-russischen Ethnien in Russland und in der GUS ein. Ferner propagiert die LDPR eine Befreiung der russischen Medien von ‚antipatriotischer und ausländischer Propaganda‘. In der Tat ist der Begriff Patriotismus Deckmantel für einen Rechtspopulismus, der extrem nationalistische, teilweise auch antisemitische Züge aufweist.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten:

Wladimir Schirinowski (geb. 1946), absolvierte zunächst das Lomonossow-Institut für östliche Sprachen (MGU), und erwarb nach seinem Militärdienst im Fernstudium 1972–77 ein Juradiplom. 1973–75 Mitarbeiter im sowjetischen „Komitee zum Schutz des Friedens“. In den Folge-

jahren verschiedene Tätigkeiten als Jurist. Seit 1990 in der Führung der LDPR, deren Präsidentschaftskandidat er 1991, 1996 und 2000 war. Pfllegt seit 1992 enge Kontakte zu Le Pen, G. Frey und Saddam Hussein. Seit 1993 Abgeordneter in der Duma und Fraktionsvorsitzender der LDPR, seit 2000 stellvertretender Dumavorsitzender.

Aleksej Ostrowskij (geb. 1976) studierte in Moskau Jura und Wirtschaftswissenschaft. Promoviert gegenwärtig am MGIMO, der Elitehochschule des Außenministeriums. Seit seinem 18. Lebensjahr Mitglied der LDPR und enger Mitarbeiter Schirinowskis. In der Duma nach eigenen Angaben mit internationalen Fragen und den sozialen Problemen der Jugend befasst.

Igor Lebedew (geb. 1972), Sohn von Wladimir Schirinowski und Galina Lebedewa, studierte 1990–1996 an der Moskauer Staatlichen Juristischen Akademie. 1994 persönlicher Referent Schirinowskis in der Duma. Seit 1997 leitet er den Apparat der Fraktion der LDPR. 1998–1999 kurzfristig Mitarbeiter im Arbeitsministerium. 1999 in die Duma gewählt, nach der Wahl Schirinowskis zum stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden wird Lebedew Fraktionsvorsitzender. Er ist Mitglied des Ausschusses für Informationspolitik.

Liste aller zur Dumawahl am 7. Dezember zugelassenen Parteien und Wahlblöcke
(in der Reihenfolge, in der sie auf dem Stimmzettel erscheinen)

1	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“
2	Union der Rechten Kräfte (SPS)
3	Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit
4	Jabloko
5	„Für die heilige Rus“
6	Vereinigte Russische Partei „Rus“
7	Neuer Kurs – Automobiles Russland
8	Volksrepublikanische Partei Russland
9	Russische ökologische Partei „Die Grünen“
10	Agrarpartei Russlands
11	„Wahre Patrioten Russlands“
12	Volkspartei der Russischen Föderation
13	Demokratische Partei Russlands
14	Wahlblock „Großes Russland – Eurasische Union“
15	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft
16	„Vaterland“ (volkspatriotische Union)
17	Russische politische Partei für Frieden und Einheit
18	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)
19	Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei Leben
20	Vereinigtes Russland
21	Russische Konstitutionell-demokratische Partei
22	Entwicklung des Unternehmertums
23	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?

	Januar 2003	Februar 2003	März 2003	April 2003	Mai 2003	Juni 2003	Juli 2003	August 2003	Sept. 2003	Oktober 2003
„Einiges Russland“	14%	23%	21%	21%	23%	26%	27%	23%	28%	26%
KPRF	24%	24%	31%	28%	28%	27%	26%	28%	23%	26%
Union der Rechten Kräfte	5%	6%	6%	6%	5%	3%	4%	5%	5%	4%
Jabloko	8%	7%	5%	6%	8%	8%	6%	6%	5%	5%
LDPR	6%	6%	7%	7%	10%	6%	5%	9%	5%	5%
Agrarier	1%	2%	1%	1%	1%	1%	3%	4%	2%	2%
Wiedergeburt Russlands	2%	1%	1%	1%	2%	2%	3%	3%	1%	–
„Die Grünen“	3%	2%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	2%	2%
Heimat	–	–	–	–	–	–	–	–	2%	3%
Andere	11%	4%	4%	7%	5%	6%	4%	4%	3%	2%
Gegen alle	6%	7%	6%	4%	4%	3%	5%	5%	4%	5%
Weiß nicht	20%	18%	17%	18%	13%	16%	16%	12%	20%	20%

Nach Angaben des VCIOM zusammengestellt von Hans-Henning Schröder

Der Wahlkampf

Wahlkampf zur Russischen Staatsduma

Der Wahlkampf zur 4. Russischen Staatsduma begann bereits im Herbst 2002 mit einer von der Präsidentialadministration initiierten Änderung des Wahlgesetzes. Die Änderungen hatten, wie das schon früher beschlossene neue Parteiengesetz, im Sinne der „lenkbaren Demokratie“ zwei Ziele: Sie sollten zum einen kleinere Parteien zwingen, sich zusammen zu schließen und so ein aus Kremlsicht berechenbareres und damit auch besser kontrollierbares Parlament schaffen. Zum zweiten hoffte man auf diese Weise die Chancen für die kremlnahe „Partei der Macht“ Jedinaja Rossija (Einiges Russland) zu verbessern. „Einiges Russland“ sollte auf jeden Fall stärker als die Kommunistische Partei Russlands (KPRF) werden und, falls nötig gemeinsam mit anderen von der Präsidentialadministration kontrollierbaren Parteien oder Wahlbündnissen, mindestens eine relative, besser noch eine absolute Mehrheit in der neuwählenden Duma erhalten.

Frühstart im Vorwahlkampf

Das Wahljahr begann dann im Spätwinter 2002/2003. In einer Art Frühstart griffen Pro-Putin-Parteien, allen voran „Einiges Russland“ die Kommunistische Partei (KPRF) an. Diese Angriffe waren nicht zufällig, sondern folgten der in der Präsidentialadministration formulierten Aufgabe, aus „Einiges Russland“ in der neuen Duma die größte Fraktion zu machen. Doch die Kampagne zeigte kaum Wirkung. Die Umfrageergebnisse veränderten sich bis zur Sommerpause kaum: weiterhin wechselten sich KPRF und „Einiges Russland“ an der Spitze der Ratings ab. Beide lagen – mit kleinen Abweichungen nach Umfragezeitpunkt und Meinungsforschungsinstitut – konstant zwischen 20 und 25 Prozent. Den dritten Platz belegte die rechtsradikale Schirinowskij-Partei LDPR mit 7 bis 10 Prozent, dahinter hielten sich die beiden demokratischen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) stabil zwischen 4 und 6 Prozent.

Der vom damaligen Leiter der Präsidentialadministration, Alexander Woloschin, initiierte Versuch, die zentristischen Kräfte in der 3. Staatsduma („Einheit“, „Heimat“, „Russische Regionen“, „Volkspartei“) in einem Wahlblock zu vereinigen, scheiterte. Innerhalb der Kremladministration konnten sich die beiden Hauptgruppen, also die „ökonomischen Modernisierer“ oder „Jelzinfamilie“ um Woloschin auf der einen und den „Silowiki“ aus den „Machtministerien“, um seinem Stellvertreter Wiktor Iwanow auf der anderen Seite, nicht auf eine gemeinsame Strategie für die Wahlen einigen. Dabei dürfte die Frage, wer die Kontrolle über die künftige „Partei der Macht“ erlangt, eine wesentliche Rolle gespielt haben. Mit Unterstützung der „Silowiki“ versagte die linksnationalistische „Volkspartei“ unter Gennadij Rajkow sich dem Vereinigungsprojekt und trat selbständig zu den Wahlen an. Doch weder ihr, noch den ideologisch ähnlich ausgerichteten und mit Kremlunterstützung operierenden Wahlblöcken des aus der kommunistischen Partei kommenden Dumavorsitzenden Gennadij Selesnjow (Block Selesnjow) und des populären Ökonomieprofessors Sergej Glasjew (Rodina) gelang ein nachhaltiger Einbruch in das Wählerpotential der KPRF. Umgekehrt zeigten Umfragen, dass sie sogar Wähler von „Einiges Russland“ abzogen.

Bis zur Sommerpause wurde also trotz erheblicher Anstrengungen auch unter Zuhilfenahme „administrativer Ressourcen“ keines der Ziele erreicht. Es gelang weder, einen einzigen, präsidientreuen Wahlblock um Jedinaja Rossija aufzubauen, noch in nennenswertem Umfang kommunistische Wähler abzuwerben. Im Herbst sprach sich der bis dahin zurückhaltende Präsident Putin öffentlich für die Wahl von „Einiges Russland“ aus. Mit der Verhaftung Michail Chodorkowskij's Ende Oktober und der fast gleichzeitigen Aufdeckung einer Reihe von kriminellen Vereinigungen innerhalb der Sicherheitsorgane wurde versucht in großen Bevölkerungs-

teilen bestehende Ressentiments gegen die sogenannten Oligarchen zu mobilisieren. Gleichzeitig begann eine massive öffentliche Kampagne gegen die KPRF.

„Einiges Russland“ gegen Kommunisten

Die Versuche, durch linksnationalistische Neugründungen in das Wählerreservoir der KPRF vorzudringen, mussten im Herbst als weitgehend gescheitert gelten. Die Kommunisten blieben in Umfragen gleichauf mit „Einiges Russland“. Der Angriff auf die KPRF wurde aber fortgesetzt. Anfang November beschuldigte ein Abgeordneter aus der Dumafraktion von „Einiges Russland“ in einem Brief an die Generalstaatsanwaltschaft, den Chef des Konzerns „Rosagropromstroj“, Wiktor Widmanow, der auch auf der Liste der KPRF kandidiert, staatliche, seinem Konzern für Baumaßnahmen in ländlichen Gebieten überlassene Gelder veruntreut zu haben und damit den Wahlkampf seiner Partei zu finanzieren. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete umgehend ein Ermittlungsverfahren ein. Zudem warf man Widmanow Kontakte mit dem im Londoner Exil lebenden Unternehmer Boris Beresowskij vor. Beresowskij, so Presse- und Fernsehberichte, gebe der KPRF Geld für den Wahlkampf. In landesweit zur *prime time* ausgestrahlten Wahlkampfspots einer weitgehend unbekanntenen „Partei der Rentner – Partei der sozialen Gerechtigkeit“ wird eine Linie zwischen der KPRF, Beresowskij und tschetschenischen Terroristen gezogen, die Beresowskij angeblich ebenfalls finanziere.

Jabloko gegen SPS

Schwierig stellte sich auch die Lage der beiden demokratischen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) dar. Gespräche über eine Vereinigung oder zumindest eine gemeinsame Liste zu den Wahlen waren spätestens im Sommer gescheitert. Laut Umfragen umfasst das gemeinsame, sich teilweise überschneidende Wählerpotential nicht mehr als 10 bis 12 Prozent. Die Chance, dass beiden Parteien der Sprung über die 5-Prozent-Hürde gelingt, ist demzufolge klein. In erster Linie die SPS begann daraufhin einen aggressiven Wahlkampf gegen Jabloko. Jabloko beschuldigte SPS, sogenannte „schwarze Wahlwerbung“ zu finanzieren, wie beispielsweise im Spätsommer in der St. Petersburger Presse erscheinende Berichte über eine Aktion „Jabloko ohne Jawlinskij“. Diese angeblich von Jabloko-Anhängern initiierte Kampagne suggerierte, Jawlinskij sei aufgrund persönlicher Ambitionen Schuld daran, dass kein Wahlbündnis zustande gekommen war. Der dauerhaft schwelende Konflikt spitzte sich nach der Verhaftung Chodorkowskij's Ende Oktober weiter zu. Anatolij Tschubais von SPS forderte Jabloko angesichts der, wie er sagte, „Gefahr einer totalitären Entwicklung“ ultimativ öffentlich auf, doch noch einem Wahlbündnis zuzustimmen, um eine Duma ohne liberale Fraktion zu verhindern. Jabloko wies dies als rein wahltaktischen Schritt zurück. Eine gemeinsame Liste war wegen abgelaufener Fristen rechtlich bereits nicht mehr möglich.

Zwei Tage vor der Verhaftung von Chodorkowskij durchsuchten Staatsanwälte und Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB die Räume einer PR-Agentur, die für den Chodorkowskij-Konzern JUKOS arbeitete, zugleich aber auch die Wahlkampagne von Jabloko konzipiert hatte. Dabei wurden Computer mit sämtlichen Wahlkampfunterlagen von Jabloko und der vollständigen Liste aller Wahlkampfbüros beschlagnahmt.

Die Zentrale Wahlkommission und die Verrenkungen der Wahlgesetzgebung

Der Zentralen Wahlkommission (ZIK) werden durch das Wahlgesetz weitreichende Vollmachten einräumt. Sie registriert nicht nur Kandidaten und Wahllisten und organisiert die Wahlen, sondern überwacht auch die Einhaltung der Wahlgesetzgebung. Ein großer Teil der darin nie-

dergelegten Regeln ist jedoch sehr ungenau formuliert und daher weit interpretierbar. So durften die Kandidaten mit ihrer Wahlwerbung nicht eher als einen Monat vor dem Wahltermin beginnen. Doch es ist praktisch unmöglich, zu entscheiden, wann eine Äußerung zu aktuellen politischen Fragen eine Wahlwerbung darstellt und wann nicht. Dies führte zu zahlreichen Anzeigen und Klagen. Der Auftritt von Präsident Putin auf dem Parteitag von „Einiges Russland“ im September blieb dagegen ohne Rüge, obwohl Putin sich in einem Grußwort dazu bekannte, vor vier Jahren für Jedinstwo gestimmt zu haben und seine Wahl nicht zu bereuen. Eine Klage gegen Putin wies das Oberste Gericht Ende November mit Hinweis auf die Immunität des Präsidenten ab.

Absurd erscheinen auch die Verrenkungen, zu der die vier Spitzenkandidaten von „Einiges Russland“ gezwungen werden, um der Wahlgesetzgebung Genüge zu tun. Alle vier Politiker, Innenminister Boris Gryslow, Katastrophenschutzminister Sergej Schoigu, Moskaus Bürgermeister Jurij Luschkow und der tatarische Präsident Mintemir Schaimijew, mussten als Staatsbeamte, so will es das Gesetz, für den Wahlkampf „Urlaub“ nehmen. Eigentlich soll auf diese Weise verhindert werden, dass Beamte „administrative Ressourcen“ im Wahlkampf nutzen. Die Vorschrift hielt Gryslow aber keineswegs davon ab, am offiziellen „Tag der Milizionäre“ neben Präsident Putin als Redner aufzutreten und sich als Kämpfer gegen Korruption in den Reihen der Miliz feiern zu lassen. Ähnliches ließe sich auch über seine Kandidatenkollegen berichten. Gryslow, Schoigu und Schaimijew wollen, wie im übrigen auch Luschkow, ihr Abgeordnetenmandat nicht antreten und auf ihrem bisherigen Posten bleiben. Luschkow kandidiert bei den am gleichen Tag stattfindenden Moskauer Bürgermeisterwahlen.

Die Wahlen im Fernsehen: Werbespots und Livedebatten

Nach dem Gesetz muss allen zur Wahl zugelassenen Parteien und Wahlbündnissen zu gleichen Bedingungen kostenlose und bezahlte Sendezeit zur Verfügung gestellt werden. In einer Auslosung wurde am 4. November die kostenlose Sendezeit verteilt. Die drei staatlich kontrollierten, landesweit empfangbaren Fernsehsender senden täglich eine Stunde Live-Debatten und Wahlwerbespots.

„Einiges Russland“ verzichtete jedoch auf die Teilnahme an diesen Livediskussionen. Ihr Spitzenkandidat, Innenminister Gryslow, begründete diese Weigerung damit, dass sich „ein Fußballclub aus der ersten Liga“ ja auch nicht im Wettbewerb mit „Drittligavereinen“ messe. Diese Arroganz ist offensichtlich wohlbedacht. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VZIOM-A rund zwei Wochen vor dem Wahltermin landete „Einiges Russland“ bei der Frage, welche Partei sich in diesen Debatten am besten schlage, mit rund 30 Prozent auf dem ersten Platz – wohlgernekt ohne teilgenommen zu haben. Doch so sehr geirrt haben sich die Befragten nicht. Politiker von „Einiges Russland“ sind in den staatlich kontrollierten Kanälen auch außerhalb der Wahlwerbezeiten ständig präsent. Die OSZE-Wahlbeobachtermission drückte in ihrem zweiten Zwischenbericht ihre Besorgnis über „ungleiche Möglichkeiten“ der Wahlbewerber aus. Es gäbe bestätigte Berichte für die Nutzung „administrativer Ressourcen“ durch „Einiges Russland“. Zudem rügte die Mission, dass „‘Einiges Russland‘ und andere die Politik des Präsidenten unterstützende Parteien in den staatlich kontrollierten Massenmedien bevorzugt werden“. Nur die drei Staatskanäle sind aber landesweit zu empfangen.

Aufrufe zum Wahlboykott...

Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen ist eher gering. Nach den Umfrageergebnissen wird die Wahlbeteiligung aber trotzdem zwischen 50 und 60 Prozent liegen, also weit höher als bei verschiedenen Regionalwahlen früher in diesem Jahr. Mit zwischen 6 und 10 Prozent ist der Anteil derjenigen, die „gegen alle“ stimmen wollen recht hoch. In zahlreichen Regionen haben

sich, meist auf Nachbarschaft- oder Stadtteilebene Wahlboykottinitiativen gebildet. Deren Forderungen beziehen sich zumeist auf grundlegende Probleme wie nicht gezahlte Löhne, abgeschalteten Strom oder ungeheizte Wohnungen. Trotz des verständlichen Medieninteresses dürften die Auswirkungen dieser Initiativen auf den Wahlausgang aber gering bleiben.

... und die Prognose einer Wahlfälschung?

Das Meinungsforschungsinstitut VZIOM führte drei Wochen vor dem Wahltermin in drei ausgewählten Städten eine „Probewahl“ durch. Das Ergebnis erstaunte, weil es stark von den bisherigen Umfrageergebnissen abwich. Jedinaja Rossija kam auf über 30 Prozent, die KPRF sank auf unter 15. Die LDPR erhielt 8, SPS 6, Jabloko und, neu, das linksnationalistische Wahlbündnis Rodina rund 5 Prozent. Genau dieses Ergebnis, so behauptet die liberale Wochenzeitung „Nowaja Gaseta“, habe die Präsidentialadministration in Auftrag gegeben. In Moskau und St. Petersburg, so der Artikel, sei es möglich, die tatsächlichen Ergebnisse um 2–2,5% manipulieren. In einigen praktisch autoritär geführten Republiken wie Tatarstan, Baschkirien oder Tschetschenien liege die Spanne bei bis zu 40% der Stimmen. Die Zentrale Wahlkommission hat die Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert, zu untersuchen, ob derartige Wahlmanipulationen tatsächlich geplant seien.

Die Präsidentenwahlen in Tschetschenien Anfang Oktober mit ihren gut dokumentierten Manipulationen haben gezeigt, wie bei einer Wahl in Russland heute, wenn auch dort unter extremen Bedingungen, das „wünschbare“ Resultat zu erzielen ist. Die Methoden bei der Dumawahl sind feiner und zumindest in den europäischen Zentren weniger direkt. Aber auch ohne zentral in Auftrag gegebene und gesteuerte Wahlmanipulationen zu unterstellen, kann von einer freien und vor allem gleichen Dumawahl leider nicht die Rede sein.

Die Wahrnehmung des Wahlkampfes in der Bevölkerung

Das Interesse an Wahlwerbung und Fernsehdebatten (13.–16. November 2003)

<i>Interessiert Sie die Wahlwerbung (Plakate, Flugblätter, Kandidatenauftritte, Debatten)</i>	
Sehr	6%
In gewissem Maße	23%
Nicht besonders	28%
Überhaupt nicht	42%
Weiß nicht	1%
	100%

Schauen Sie sich die Fernsehdebatten zwischen den Parteivertretern an?

Regelmäßig	12%
Von Zeit zu Zeit	31%
Selten	26%
Überhaupt nicht	31%
	100%

Zusammengestellt nach Angaben des VCIOM-A (<http://www.vciom-a.ru>)

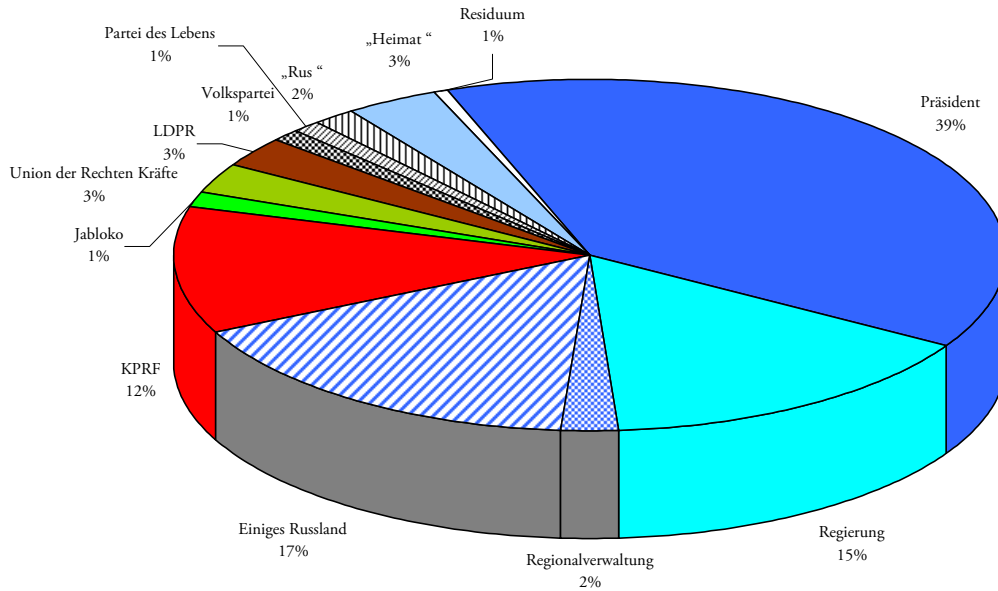
Einstellung zu den Dumawahlen

	10.–14. Oktober	13.–16. November
<i>Interessieren Sie die Dumawahlen in diesem Jahr?</i>		
Ja, eher ja	48%	53%
Nein, eher nein	49%	44%
Weiß nicht	3%	3%
	100%	100%
<i>Was meinen Sie, werden die Dumawahlen in diesem Jahr Ihr Leben und das Ihrer Umgebung zum besseren ändern?</i>		
Ja, eher ja	21%	28%
Nein, eher nein	70%	63%
Weiß nicht	9%	9%
	100%	100%
<i>Was meinen Sie, werden die Dumawahlen in diesem Jahr ...</i>		
im Großen und Ganzen ehrlich, gesetzesgemäß sein	17%	23%
Eher „schmutzig“ sein (mit Verleumdung, Druck auf Wähler, Manipulation mit Stimmzetteln usw.)	59%	54%
Weiß nicht	24%	23%
	100%	100%

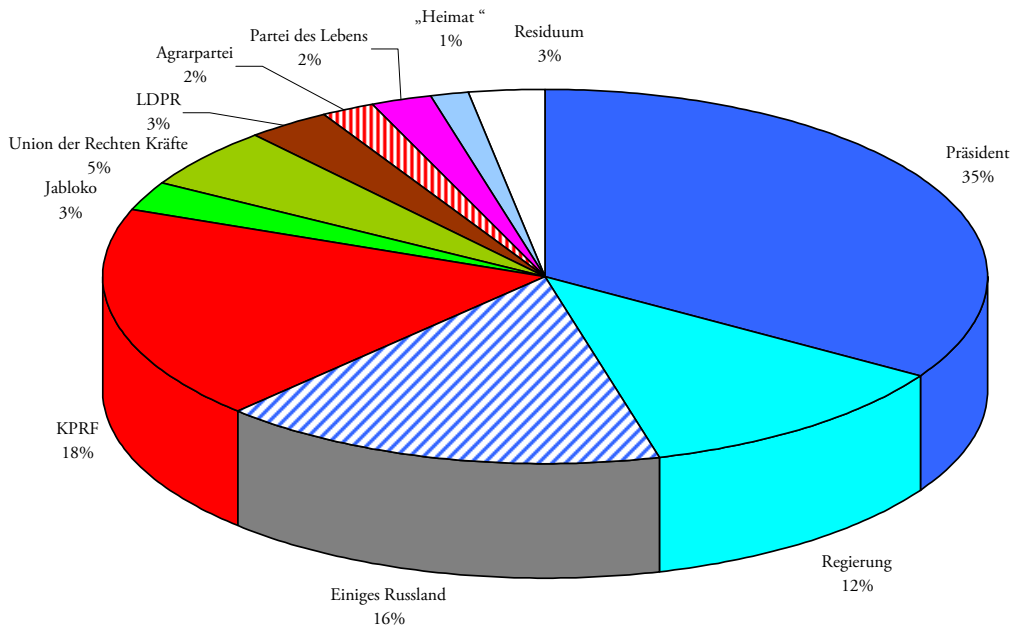
Zusammengestellt nach Angaben des VCIOM-A (<http://www.vciom-a.ru>)

Politik in den Fernsehnachrichtensendungen im November 2003

Fernsehberichterstattung „Erster Kanal“: Anteile an den Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit (7.11.–21.11.2003)



Fernsehberichterstattung „Kanal Rossija“: Anteile an den Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit (7.11.–21.11.2003)



Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür

Medienmacht wurde in Russland zu allen Zeiten als missliebige Konkurrenz zu politischer Macht betrachtet, die mit verschiedenen Mitteln unter Kontrolle zu halten war. Gewiss wurde mit der einsetzenden Demokratisierung die Zensur abgeschafft. Indes hat die zunehmende Verrechtlichung zwar zu einer Modifikation der einschlägigen politischen und administrativen Kontrollmittel geführt, doch verbesserte das meist nicht die Lage der Journalisten. Besondere Schärfe erhält diese Problematik im Wahlkampf, der auch im heutigen Russland als Medienspektakel ausgetragen wird. Am Vorabend der beiden Urnengänge (am 7. Dezember 2003 zum Parlament und am 18. März 2004 zum Präsidentenamt) muss man sich daher die Frage stellen, ob die russische Medienlandschaft einem demokratischen Wettbewerb eine Chance verschafft – oder ob nicht die restriktive Medienpolitik der Ära Putin längst als zwangsharmonisierende Partitur das öffentliche Meinungskonzert vorherbestimmt. Immerhin kämpfen die Medien, die ohnehin unter ihrer Hypertrophierung, ökonomischen Zwängen und dem Zerfall des einheitlichen Informationsraums leiden, erbittert wie nie um Sponsoren und gegen einen Paragraphendschubel, der gerade in Wahlkampfzeiten für schier ausweglos scheinende Verstrickungen sorgt.

Die Medienlandschaft im Wandel

Der einheitliche Informationsraum Russlands ist seit Mitte der 90er Jahre in Auflösung begriffen. Aus verschiedenen Gründen schrumpften Auflagen und Quoten der landesweit agierenden Medienorgane zugunsten der Verbreitung regionaler und lokaler Publizistik. So lag etwa im Printbereich die Gesamtauflage der örtlichen Organe auch im vergangenen Jahr um 11 Millionen Exemplare höher als die der nationalen Presse. Auf der Provinzebene dominieren allerdings, aufgrund der noch relativ schwachen Investitionsbasis der örtlichen Wirtschaft sowie der stark moskauorientierten Ausrichtung der in- und ausländischen Werbeetats, die Einflüsse der regionalen und örtlichen Machtorgane, die sich als Sponsoren, Werbekunden, Vermieter und Dienstleister bei Sende- und Druckeinrichtungen breite Mitspracherechte über die redaktionellen Inhalte zu sichern verstanden.

Auf nationaler Ebene trat demgegenüber zumindest eine Handvoll kommerzieller Investoren als Konkurrenz zu den staatlich vereinnahmten Organen auf, wenngleich der Einfluss der „Oligarchen“ der journalistischen Unabhängigkeit nicht immer förderlich war. Seit Beginn der Ära Putin wurde die Wirtschaft aber beständig zurückgedrängt. Allzu intensives privatwirtschaftliches Medienengagement wurde nicht selten mit Hilfe juristischer Hilfskonstruktionen abgestraft – wie zuletzt auch im Fall Michail Chodorkowskijs, der noch jüngst nach dem Kauf der Wochenzeitung *Moskowskie Nowosti* Interesse an den Tageszeitungen *Kommersant* und der *Novaja Gaseta* angemeldet hatte. Dennoch bilden auch heute Fusionen, Übernahmen und undurchsichtige Debitorenverhältnisse sowie die Abhängigkeit von Distributions- und Produktionsstrukturen ein engmaschiges Netz oft mehrfacher Abhängigkeiten, in das sich selbst die renommiertesten russischen Medienorgane verstrickt sehen (vgl. Tabelle Medienimperien in Russland, Seite 53).

Im Bereich der elektronischen Medien sind die beiden Hauptakteure fest in der Hand des Staates. Am öffentlichen, ersten Programm *ORT*, welches Russland zu über 98% und darüber hinaus auch noch eine Reihe von GUS-Staaten abdeckt, hält der Kreml die Aktienmehrheit, der zweite Kanal *Rossija (RTR)* ist staatlich und kann von über 96% der russischen Bevölkerung direkt empfangen werden. Die ihm nachgeordneten *VGTRK*-Regionalprogramme verfügen zudem über die maßgeblichen TV- und Radio-Ressourcen in der Provinz. Der größte Privatkanal *NTV*, der zumindest nicht ohne Billigung Putins kurz nach dessen erfolgreicher Wahl Anfang 2000

seinen Besitzer wechselte und einer feindlichen Übernahme durch den Hauptkreditor, dem staatsnahen Erdgaskonzern „Gazprom“, anheimfiel, liegt zwar mit einer Abdeckung von knapp 80% technisch hinter Rossija, nimmt aber auf der Beliebtheitsskala der Fernsehzuschauer seit langem den zweiten Platz ein. Übertrifft er dadurch nur noch von seiner regionalen Schwester, dem TV-Netzwerk *TNT*, das erst Ende der 90er Jahre ebenfalls unter dem Dach der Media-Most-Holding entstanden und dann im Jahr 2000 an Gazprom übergegangen war. *TNT* gilt als schärfster Konkurrent der ebenfalls mit zahlreichen Partnern im ganzen Land kooperierenden, privaten Netzwerke *STS*, *AST*, *Ren-TV* und *Mus-TV*, die zum Teil bis zu 30 Prozent der russischen Fernsehkonsumenten anziehen. Dem nach CNN-Vorbild konzipierten und bis zu 100 Millionen Zuschauer erreichenden Privatkanal *TV-6*, der 1991 vom Vorsitzenden des russischen Journalistenverbandes gegründet worden war, war Anfang des Jahres bis auf Weiteres die Lizenz entzogen worden – auf weithin strittiger rechtlicher Grundlage.

Als das am wenigsten politisierte und dabei weitgehend unabhängigste Medium hat der in Russland nach wie vor sehr beliebte Hörfunk zu gelten. Im Äther tummeln sich weit über 900 landesweite und regionale Stationen, denen vor Putin von politischer Seite deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde als dem Fernsehen und dem Printsektor, was zu einer günstigen, an die Erfordernisse des Marktes angepassten Entwicklung beitrug. Seitdem Putin allerdings die wirtschaftlichen Hürden für den Erwerb von Sendelizenzen deutlich höher gelegt hat, hat sich die Situation auch hier eher nachteilig entwickelt. Die größte Abdeckung erreichen nach wie vor die drei staatlichen Stationen *Radio Rossii*, das von knapp 70% der Hörer bevorzugt wird, *Radio Majak* (dt. Leuchtturm) sowie die 95 regionalen *VGTRK*-Sender, die jeweils gemeinsam mit den beiden ersten über das Drei-Kanal-Sendernetz der „Radiopunkte“ ausgestrahlt werden. Dabei handelt es sich um kleine, fest installierte Kofferradios, die in praktisch allen Haushalten vorhanden und ausschließlich zum Empfang der drei staatlichen Sender befähigt sind. Die Verbreitung des Hörfunks über UKW spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle und wurde längst von der potentiell weltweiten Abdeckung durch die Einspeisung ins Internet an Bedeutung überholt.

Ihr Angebot wird ergänzt von regional und überregional operierenden Stationen und Sender-Netzwerken, die hauptsächlich kommerziell orientiertes Unterhaltungsprogramm senden, so *Radio Ewropa Plus*, *Serebrjannyj Doschd* oder *Russkoe Radio*. Das für seine politische Kompetenz geschätzte Radio *Echo Moskwy* ist in den letzten Jahren unter starken politischen Druck geraten und seine lokalen Partner geben allmählich auf, so Anfang dieses Jahres unter heftigem Hörerprotest die Tochter von Echo Moskwy in Nowosibirsk. Mit Spannung erwartet werden kann daher die staatliche Antwort auf das in diesem Jahr stark angewachsene Engagement zweier Giganten aus der Werbewirtschaft: *Prof-Media*, die zur ehemaligen *Onaksim-* (heute *Ros-*) *Bank* gehört, und *Video International*. Bei Letzteren handelt es sich um eine Vermarktungsstruktur, deren undurchsichtige Praktiken und rigorose Geschäftsmethoden sie vor allem im Zusammenhang mit Mordanschlägen auf Medienverantwortliche, wie den auf Wladimir Listjew im Frühling 1995, in die Schlagzeilen brachten. Sie bemüht sich derzeit nicht nur um eine Wiederbelebung des eingestellten *TV-6*, sondern hat über ihre Marktstellung als Quasi-Monopolist beim Einkauf von Werbezeiten die Mehrzahl der regionalen und überregionalen Sender auf ihre weltanschauliche Linie verpflichtet. Weitere Großinvestitionen im Printsektor runden das Engagement der neuen Medien-Großholdings ab.

Die drei auflagenstärksten Zeitungen des Landes sind nach wie vor *Argumenty i fakty* (ca. 3 Mio.), das offiziell allein durch Werbung finanziert sein will, das Boulevardblatt *Soverschenno sekretno* (2,3 Mio.) sowie die ehemalige Gewerkschaftszeitung *Trud* (1,2 Mio.), die heute zur *Gazprom Media-Holding* gehört. Quality broadsheets wie die *Literaturnaja Gazeta* (54.000), die *Nezavisimaja Gazeta* (47.000) oder der *Kommersant* (100.000) erreichen über die Hauptstadt hinaus keine nennenswerte Verbreitung, über Abonnements werden heute nur noch ca. 2 % des Zeitungsverkaufs abgewickelt. Das bei rund zwei Dritteln der Russen vorrangige Interesse an lokalen Nachrichten befriedigt daher landesweit eine rund fünfstellige Anzahl von kleine-

ren und kleinsten Periodika, die in aller Regel massiv von den örtlichen Machtstrukturen abhängig sind. Rühmliche Ausnahmen, wie die Preisträgerin eines Presse-Wettbewerbs des Europarates, die Nowosibirsker *Sibirskaja Gazeta*, haben Mühe, sich mit vierstelligen Auflagen, Werbung und Spenden finanziell über Wasser zu halten.

„Die Jagdsaison ist eröffnet“

Nach wie vor ist also praktisch kein Medienorgan imstande, sich von ökonomischen Einflüssen frei zu machen. Dazu kommt die konsequent auf weitere Reglementierung der Pressefreiheit ausgerichtete Medienpolitik Putins, die in den letzten Jahren eine Flut neuer, widersprüchlicher Gesetze hervorgebracht hat. Zwar nahm eine Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts vom 30. Oktober dieses Jahres zumindest einem pressefeindlichen Paragraphen die Spitze, an der verworrenen und wenig liberalen Rechtslage auf dem russischen Medienterrain hat dies jedoch nicht grundlegend etwas geändert.

In den meisten russischen Redaktionen herrscht angespannte Stimmung. Schon seit Jahren tritt in der hitzigen Atmosphäre von Wahlkämpfen und Kampagnen journalistisches Können in den Hintergrund, Rechtsberatung hat dagegen Konjunktur. Allein elf verschiedene Rechtsnormen regeln die obligatorische mediale Beteiligung am politischen Wettbewerb, jedes Jahr kommen neue hinzu, und die Zahl der Rechtsstreitigkeiten wächst. Dazu kommen die Vorlieben der Investoren, Empfindlichkeiten der Kandidaten und vieles andere mehr, das beachtet sein will. Eine bekannte sibirische Fernsehjournalistin verglich daher bereits Ende der 90er Jahre den Beginn eines Wahlkampfes mit der Eröffnung der Jagdsaison, und die *Glasnost Defense Foundation* weist gerade in diesen Tagen wieder besorgt darauf hin, dass sich an dieser Parallele seither leider gar nichts geändert hat.

Dabei ist der Wahlkampf für russische Medienorgane eigentlich ein einträgliches Geschäft. Zwar haben Gesetzesänderungen Ende der 1990er Jahre eine kostenlose „mediale Grundversorgung“ für alle Kandidaten vorgeschrieben, aber die obligatorischen Umfänge an Gratis-Seiten und -minuten sind noch immer gering genug, um die Wahlkämpfer zu finanziellem Eigenengagement zu motivieren. Und das hält nicht wenige Redaktionen auch in schwierigen Zeiten wirkungsvoll über Wasser: Während der Rubelkrise im August 1998 bekannten zahlreiche Chefredakteure anlässlich einer Konferenz in Moskau, dass sie ohne die Aussicht auf bevorstehende Wahlkampf-Budgets keinerlei Überlebenschancen hätten.

Verurteilt zum Rechtsbruch?

Diese bezahlen sie aber mit einem hohen Risiko. Der Teufel steckt hier im Detail der zahlreichen, teilweise widersprüchlichen rechtlichen Regelungen, die eigentlich eine gerechte und transparente Verteilung medialer Ressourcen auf alle wählbaren Kandidaten und Parteien gewährleisten sollten, wie etwa das föderale Gesetz über die Wahlrechts-Garantien. So verbot der am 30. Oktober 2003 vom Verfassungsgericht revidierte Unterpunkt „ž“ aus Artikel 48 Abs. 2 „unzulässige Wahlagitation“, definiert unter anderem als „andere Tätigkeiten, welche mit dem Ziel ausgeübt werden, die Wähler zur Stimmabgabe für bestimmte Kandidaten zu bewegen“. Medienvertreter, Staatsrechtler und sogar die Wahlkommissionen beklagten, dass mit dieser Bestimmung praktisch die gesamte Wahlkampfberichterstattung zum Eiertanz geriet. Zulässige und unzulässige Publikationen waren praktisch kaum voneinander zu scheiden und kritischere Journalisten sahen sich beständig allein dem richterlichem Ermessen ausgeliefert. Die Revision der Rechtsnorm wurde einhellig begrüßt.

Bestehen blieben aber andere, folgenschwere Ungereimtheiten, etwa die Pflicht aller Redaktionen zur Veröffentlichung von Material, das von den Kandidaten im Rahmen ihrer Wahlwerbung geliefert wird. Diesen steht dafür zwar nur ein begrenzter Umfang zur Verfügung, in diesem

Rahmen aber dürfen die Redaktionen keinerlei Kürzungen oder Verbesserungen vornehmen. Das bedeutet, dass Medienorgane keine Möglichkeit der Einflussnahme auf das zu publizierende Material haben, ohne dadurch jedoch von der rechtlichen Verantwortung für den Inhalt freigestellt zu sein. Zwar spricht Artikel 57 des russischen Mediengesetzes von einer solchen Befreiung bei „zwingenden Veröffentlichungen“, die gängige Rechtsprechung hat davon jedoch bisher in vielen Fällen kaum Notiz genommen. Dabei häufen sich in der Praxis die Fälle, in denen erbitterte Wahlkämpfer redaktionelle Beiträge einreichen, welche Beleidigungen, unbewiesene Behauptungen oder Schmähungen ihrer Konkurrenten enthalten und teilweise sogar den Tatbestand strafrechtlicher Vergehen wie Volksverhetzung oder Gewaltverherrlichung erfüllen. Die geknebelten Redaktionen haben in solchen Fällen die Qual der Wahl: Publizieren oder ablehnen. In beiden Fällen drohen ihr schwerwiegende Konsequenzen.

Als Organ der öffentlichen Meinungsbildung übernehmen sie im Veröffentlichungsfall nach gängiger Rechtsprechung die Verantwortung für das von ihnen verbreitete Material. Im günstigeren Fall müssen die Journalisten nur auf eigene Kosten umfangreiche Gegendarstellungen drucken – ein ausgesprochen beliebter Weg zu kostenloser Wahlwerbung für vermeintlich beleidigte politische Gegner und daher immer einen Versuch wert. Bei weitem schlimmer ist jedoch die Bedrohung durch die, wegen nicht selten millionenschwerer Abstandssummen gefürchteten, Rufmordklagen, welche sich *nota bene* in aller Regel nicht an den Verfasser streitbarer Schmähschriften, sondern an die veröffentlichende Redaktion richten. Schließlich verlangt Artikel 1100 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Russischen Föderation einen Ausgleich moralischen oder finanziellen Schadens unabhängig von einer bewiesenen Absicht des Schädigers. In besonders schweren Fällen interessiert sich mitunter sogar die Staatsanwaltschaft für die Aufnahme eines Strafverfahrens.

Einmal ist keinmal – für die Kandidaten

Für die betroffenen Redaktionen ein schwacher Trost: Auch den Urhebern streitbarer Agitationstexte droht Strafe, beim ersten Verstoß eine förmliche Abmahnung, im Wiederholungsfall eine Anklage durch die Staatsanwaltschaft und erst beim dritten Verstoß der Ausschluss aus dem Wahlkampf. Im Unterschied zu den Kandidaten haben aber die Medienorgane meist keine drei Versuche frei. Schon die zweite Verwarnung wegen erwiesenen Missbrauchs der Pressefreiheit kann gemäß Artikel 16 des russischen Mediengesetzes eine richterliche Verfügung zur Einstellung des betreffenden Organs zur Folge haben.

Weigert sich die Redaktion, das angebotene Material zu veröffentlichen, erwarten sie freilich kaum geringere Schwierigkeiten. Ein Klage des Betroffenen bei der örtlichen Wahlkommission führt automatisch zu empfindlichen Geldstrafen wegen eines Verstoßes gegen die gesetzlichen Regelungen für die Durchführung von Wahlkampagnen. Die Höhe der Strafe kann dabei bis zur Höhe des 50fachen gesetzlichen Mindestlohnsatzes gehen – für die meist wenig liquiden Redaktionen ein gewaltiges Problem. Darüber hinaus droht dem verantwortlichen Chefredakteur auch Strafanzeige wegen der Behinderung eines Bürgers bei der Ausübung seines aktiven Wahlrechts unter missbräuchlicher Anwendung der Dienststellung – ein Vergehen, bei dem das Strafmaß bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug reicht. Damit bleibt einer betroffenen Redaktion im Falle inhaltlich bedenklicher Wahlwerbung eigentlich nur die Wahl zwischen Strick und Fallbeil.

Guter Rat ist billiger

Juristisches Know-how und Sicherheit in Vertragsfragen gehört angesichts der immer komplizierter werdenden Rechtslage und der immer ausgeklügelteren Repressionsmechanismen von außen längst zu den unverzichtbaren Schlüsselkompetenzen russischer Journalisten – manchmal noch vor der flotten Schreibe und der gründlichen Recherche. Organisationen wie die *Glasnost*

Defense Foundation, der Journalistenverband oder die Beratungsagentur Internews versorgen ihre Klientel am Telefon, bei Sprechstunden, per Rundbrief und Internet ständig mit den aktuellsten Rechts-Tipps und ausführlichen *To-do*-Listen zum Abarbeiten. Sie haben auch einen Ausweg aus dem Wahlwerbungs-Dilemma gefunden, der die meisten Redaktionen zwar erst einmal etwas Geld kostet, ihnen dafür aber auch auf lange Sicht den Rücken freihält: Vertragsschlüsse. Es gäbe keine rechtliche Bestimmung, die Vertragsschlüsse von Redaktionen mit Wahlkampfkandidaten verbietet, klärt etwa Jurist Krawtschenko hilfeschuchende Journalisten auf, und er sagt ihnen, worauf es vor allem ankommt: Eine siebentägige Einreichungsfrist vereinbaren, die Spielraum für eine richterliche Expressentscheidung oder einen Bescheid von der Wahlkommission bietet, und eine Klausel, welche den Verfasser zur Übernahme sämtlicher finanzieller Folgen einer anfechtbaren Veröffentlichung verpflichtet.

Fallstricke bleiben trotz allem genug – und wenn nur dem besten Sponsor der Leitartikel über einen anrühigen Kandidaten nicht gefällt und dieser dem Organ deshalb den Geldhahn zudreht. Die Pressefreiheit in Russland bleibt ein schwaches und bedrohtes Pflänzchen, und wenn der Gegner auch nicht mehr so klar auszumachen ist, wie zu Sowjetzeiten, ist es für die meisten Redakteure dennoch nicht einfacher geworden. Anfechtungen drohen heute beinahe von allen Seiten, und der Wahlkampf ist heute mehr denn je eine Jagdsaison – mit Journalisten als Jäger und vor allem als Gejagte.

Auflagen ausgewählter Zeitungen und Magazine mit landesweiter Verbreitung

Periodikum	Kategorie	Gedruckte Auflage	Verkaufte Auflage	Untersuchungsmonat	Erscheinungsweise
<i>Zeitungen</i>					
Izvestija	Tageszeitung	236.558	191.707	März 2003	5–6x pro Woche
Kommersant	Tageszeitung	90.346	70.480	Juli 2003	5–6x pro Woche
Komsomolskaja Pravda	Tageszeitung	706.716	623.243	August 2003	Di, Mi, Do, Sa
Komsomolskaja Pravda „Tolstuschka“	Wochenmagazin	2.687.144	2.478.003	August 2003	1x pro Woche
Komsomolskaja Pravda v Moskve	Wochenmagazin	142.426	109.101	August 2003	1x pro Woche
Nezavisimaja gazeta	Tageszeitung	35.938	30.843	September 2003	5x pro Woche
Novaja gazeta	Wochenzeitung	134.258	112.411	November 2003	2x pro Woche
<i>Zeitschriften/Magazine</i>					
Kommersant Vlast‘	Politisches Magazin	49.430	37.047	Juli 2003	1x pro Woche
Kommersant Dengi	Wirtschaftsmagazin	72.470	58.245	Juli 2003	1x pro Woche
Expert	Wirtschaftsmagazin	76.880	60.370	September 2003	1x pro Woche

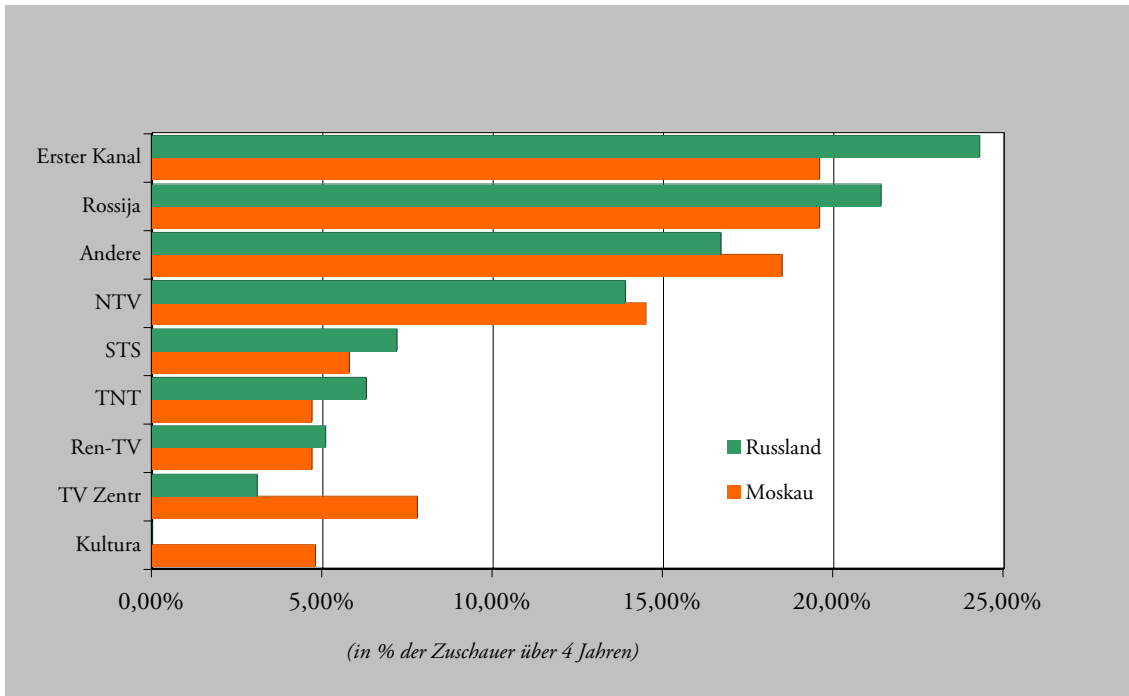
Angaben des Nationalen Auflagedienstes, November 2003 <www.pressaudit.ru>

Medienimperien in Russland

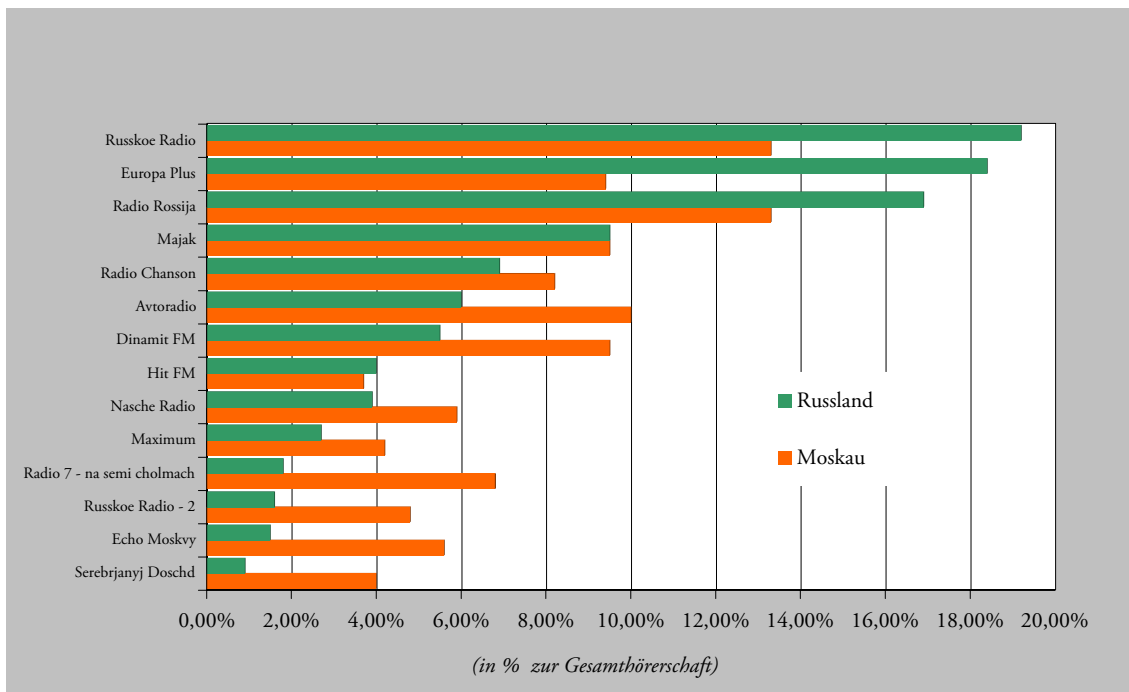
Eigentümer/ Hauptaktionär	Printmedien	Hörfunk	Fernsehen
<i>Staatliche Institutionen</i> (Regierung, Präsidentverwaltung, Gouverneure, Bürgermeister)	Rossijskaja Gaseta, Rossijskie Westi, Rossija, ITAR-TASS, Prime TASS, RIA Westi, Interfax (Kontrollpaket), Literaturnaja Gaseta, Wetschernjaja Moskwa, unzählige Lokal- und Regionalblätter, Moskowskij Komsomolez (Subventionen)	Radio Rossija, Majak, VGTRK, Radio Orfej	ORT, Rossija (RTR), VGTRK, Kanal Kultura, TV Zentr
<i>Gazprom-Media</i> (mehrheitlich in Staatsbesitz)	Trud (Aktienanteil), Rabotschaja Tribuna, Selskaja Schisn, Kompanija, Profil, über 100 regionale Blätter	Echo Moskwy, Regionale Anstalten, in Ölförderstädten z.T. zu 100%, vermutliche Querfinanzierungen über Video International (siehe dort)	NTV, TNT, AST, ORT-Anteile, TV-Netz Prometej, regionale Anstalten
<i>Prof-Media / Interros</i> (Wladimir Potanin)	Iswestija, Independent Media (35%), Komsomolskaja Prawda, Ekspert (40%), Nedelja, Zakon, über 40 regionale Medien	Radio Ewropa Plus	Agentur Prime, Telesfera
<i>Lukoil</i> (Wagit Alekperow)	Iswestija (11%)		Ren-TV, TV-Agentur TSN, Aktien von TV-6
<i>Media-Invest-Fonds</i>	Iswestija (38%), Russkaja Mediagruppa (31%), Smena (76%)		
<i>Promswjasbank</i>	Argumenty i fakty (Kontrollpaket), Metropress, Trud (Kontrollpaket)		
<i>Video International</i> (u.a. Alfred Koch)	v.a. lokale Zeitungen und Zeitschriften, Fernsehprogrammzeitschrif- ten, Ogonjok	Lokal- und Regionalradios (Franchise-Modell Radio Uniton)	Zahlreiche regionale und lokale TV-Sender (NTN4 Nowosibirsk u.a.), MNVK – ehem. TV-6 (75%)
<i>Kommunistische Partei der Russischen Föderation</i>	Prawda, Sowjetskaja Rossija, Prawda Rossii, Sawtra		

Zusammenstellung: Sabine Gladkov

Durchschnittlicher Zuschaueranteil der Fernsehsender 18.–24. August 2003



Durchschnittlicher Höreranteil der Radiostationen Mai–Juni 2003



Angaben des Ministeriums für Presse, Funk, Fernsehen und Massenmedien <www.mprr.ru>

Die Jukos-Affäre

Als der Firmenjet des Jukos-Konzerns am Samstag, dem 25. Oktober 2003, von Saratow kommend auf dem Flughafen von Nowosibirsk landete, wurde er von einer Spezialeinheit des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB umstellt, einer seiner Passagiere, der Jukos-Chef Michail Chodorkowskij, wurde verhaftet und umgehend nach Moskau verbracht. Diese spektakuläre Festnahme war der vorläufige Höhepunkt eines Untersuchungsverfahrens, das russische Finanz- und Strafverfolgungsbehörden gegen Russlands zweitgrößten Mineralölkonzern Jukos eingeleitet haben. Das Vorgehen gegen Jukos ist aber mehr als ein bloßes Wirtschaftsstrafverfahren, es berührt das schwierige Verhältnis von Staat und Wirtschaft, von politischer Führung und „Oligarchen“.

Putin und die „Oligarchen“

In Russland hat sich in den neunziger Jahren ein tiefgreifender sozialer Wandel vollzogen. Im Zuge der Einführung von Marktwirtschaft spaltete sich die Gesellschaft: Große Bevölkerungsteile erfuhren den Umbruch als Verschlechterung ihrer Lebenssituation, für sie war er mit sozialem Abstieg verbunden. Eine Minderheit aber profitierte von der neuen Ordnung und nahm die Chancen wahr, die Privatisierung und Freigabe der unternehmerischen Tätigkeit boten. Einer Handvoll von ihnen gelang es, sich regelrechte Finanz- und Industrieimperien zu schaffen. Diese „Oligarchen“ erwarben, gedeckt und gefördert von der Jelzinschen Führung, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre große Vermögen und eigneten sich bedeutende Teile der lukrativen, exportorientierten Industrien an, vor allem im Buntmetall- und im Erdölsektor. Sie unterstützten ihrerseits die Jelzin-Administration und organisierten 1996 Jelzins Wiederwahl. Das „System Jelzin“ basierte im Kern auf dieser Symbiose von politischer Führung und Wirtschaftseliten. Auch Putin verdankte seine Wahlsiege 1999 und 2000 der Unterstützung durch dieses Machtkartell.

Mit dem Amtsantritt Putins änderten sich die Verhältnisse allerdings. Im Frühjahr und im Sommer des Jahres 2000 begannen Justizorgane und Steuerpolizei, die finanziellen Missbräuche der großen Industrie- und Finanzgruppen schärfer zu verfolgen. Die Mehrzahl der Verfahren konnte ohne Aufsehen – und ohne gravierende Folgen für die betroffenen Unternehmen – abgeschlossen werden. Nur in zwei Fällen gingen die Behörden mit aller Härte vor. Der Medienmagnat Wladimir Gusinskij und der Finanzspekulant Boris Beresowskij, die bis in das Jahr 2000 hinein die wichtigsten Fernsehkanäle kontrolliert hatten, waren gezwungen, Russland zu verlassen, um der Strafverfolgung zu entgehen. Präsident Putin unterstrich die politische Dimension dieses Konfliktes, als er im Oktober 2000 in der französischen Zeitung „Le Figaro“ erklärte, in den Fällen Gusinskij und Beresowskij stehe der Staat gegen die „Oligarchen“ – und der Staat habe einen Knüppel, mit dem er nur einmal zuschlage – „aber auf den Kopf“.

Dem Präsidenten und seiner Umgebung ging es um zwei Dinge: um die Kontrolle über die elektronischen Medien, die sie mit der Vertreibung Gusinskijs und Beresowskijs auch erreichte, und um die Einschüchterung der Kräfte, die unter Jelzin an der Macht partizipiert und Politik unmittelbar beeinflusst hatten. Um die negativen Auswirkungen seines Vorgehens abzuschwächen, suchte Putin das Gespräch mit den wichtigsten Unternehmern, denen er signalisierte, dass er generell auf Kooperation mit der Wirtschaft setze, und diese ohne Sorge vor staatlicher Verfolgung agieren könne. In der Tat räumte die Putin-Administration in der Folge den großen Kapitalgruppen Freiräume ein, vorausgesetzt sie strebten keine eigenständige politische Rolle an. Die Allianz zwischen politischer Führung und Wirtschaftselite blieb insofern bestehen –

allerdings mit einer veränderten Rollenverteilung. Der Konflikt mit Jukos signalisierte im Jahre 2003 aber eine neue Etappe im Verhältnis von politischer Führung und Wirtschaftselite.

Jukos – eine Erfolgsgeschichte

Der Mineralölkonzern Jukos und sein Chef Michail Chodorkowskij waren typische Produkte der Jelzin-Ära. Mitte der neunziger Jahre hatte die MENATEP-Gruppe unter Führung von Chodorkowskij das Unternehmen im Rahmen der Privatisierungs-Auktionen erworben. Damals hatte eine Reihe von Banken der Regierung hohe Kredite gegen Verpfändung der noch in staatlicher Hand befindlichen Aktien von Großunternehmen angeboten. Die Pfänder verfielen, als der Staat nicht in der Lage war, die Kredite zurückzuzahlen, und die Aktien wurden in meist recht zweifelhaften Verfahren verauktioniert. Für MENATEP fielen dabei die Ölfelder und die Förder- und Verarbeitungsanlagen von Jukos ab.

Jukos wurde die produktive Säule der MENATEP-Gruppe, die sich um den Mineralölkonzern neu organisierte. Unter dem Management von Michail Chodorkowskij wurde Jukos nach 1998 zu einem der erfolgreichsten Unternehmen auf dem russischen Erdölmarkt. Die Förderung wuchs rasch: Betrug sie 2000 noch 10,8% gegenüber dem Vorjahr, so waren es 2001 schon 17,3% und 2002 20,3%. Unter den russischen Erdölfirmlern lag Jukos an zweiter Stelle hinter Lukoil und galt Börsenfachleuten als die Gesellschaft mit der besten Unternehmenskultur und der intelligentesten Strategie. Auch 2003 setzte Jukos auf Ausbau der Förderung und Ausbau des Unternehmens. Es ging mit dem Mineralölunternehmen Sibneft eine Fusion ein, die im August des Jahres auch von der Regierung genehmigt wurde. Die neue Gesellschaft JukosSibneft übertraf Lukoil an Fördervolumen und Marktkapitalisierung und wurde damit zum größten russischen Erdölunternehmen. (siehe auch die Tabellen auf Seite 61) Gleichzeitig sah sich Jukos nach Partnern auf dem internationalen Markt um und führte Gespräche mit Exxon Mobile und Chevron Texas, die eine 25%-Beteiligung an Jukos ins Auge fassten. Das Vorgehen der Behörden gegen Jukos führte im Sommer 2003 allerdings zur Unterbrechung der Verhandlungen. Die Fusion mit Sibneft wurde im Dezember 2003 annulliert.

Mord, Steuerhinterziehung und Betrug?

Aber Jukos mit seinem Expansionsdrang und seinem dynamischen Chef, der keinen Hehl daraus machte, dass er liberale Parteien finanziell unterstützte und für sich selbst in Zukunft eine politische Rolle nicht ausschloss, weckte in der Umgebung des Präsidenten offenbar politische Besorgnis. Die Klimaveränderung im Verhältnis von Putin-Administration und großen Holdings wurde im Mai 2003 spürbar, als ein ominöser „Rat für nationale Strategie“ vor einer Verschwörung der „Oligarchen“ warnte, die Russland angeblich von einer präsidentiellen in eine parlamentarische Republik umwandeln wollten. Michail Chodorkowskij wurde als *master mind* dieser Kampagne genannt. Die russischen Medien fassten dies zunächst als Beginn des Wahlkampfes auf, der sich auch deshalb gegen Chodorkowskij richte, weil dieser oppositionelle Parteien wie „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ aber auch die Kommunistische Partei finanziell unterstützte.

Durch die Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos wegen Anstiftung zum Mord, kurz danach die des Finanzdirektors wegen Betrugs und Steuerhinterziehung und schließlich die des Vorstandsvorsitzenden wegen Betrug, Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung wurde aber deutlich, dass die Angriffe auf die „Oligarchen“ einen sehr viel ernsteren Hintergrund hatten. Die Finanz- und Strafverfolgungsbehörden gingen ernsthaft gegen Jukos und Chodorkowskij vor und gaben zu verstehen, dass sie auch vor einer Zerstörung des Unternehmens nicht zurückschreckten. Der Rahmen gewöhnlicher Ermittlungen wurde mehrfach überschritten. Die Position des Konzerns auf den Märkten im In- und Ausland wurde geschwächt, als die Staatsanwalt-

schaft fast die Hälfte der Unternehmensaktien vorläufig beschlagnahmte. Noch schädlicher war die Erklärung des Ministers für Bodenschätze, dessen Behörde für die Vergabe von Förderlizenzen zuständig war, er könne sich eine weitere Zusammenarbeit mit Jukos nur schwer vorstellen. Die Verbindung, die Judikative und Exekutive in ihrem Vorgehen gegen den Mineralölkonzern eingehen, macht die Jukos-Affäre zu einem Politikum.

Die Jukos-Affäre und die Zukunft des politischen Systems

Das Untersuchungsverfahren gegen Jukos hat offensichtlich nicht nur eine strafrechtliche, es hat auch eine gesellschaftliche und eine politische Dimension. So sind die Fragen, die sich stellen, nicht nur rechtlicher Natur:

- Soweit zu übersehen, hat Jukos nicht anders gehandelt als andere große russische Unternehmen. Die Motive dafür, dass die Justizbehörden gerade diesen Mineralölkonzern herausgegriffen haben, sind offensichtlich politischer Natur. Als Grund wird beispielsweise genannt, dass Jukos-Chef Chodorkowskij politisch agiert und offen oppositionelle Kräfte unterstützt. Es mag auch eine Rolle spielen, dass Jukos auf dem besten Wege ist, von einem nationalen zu einem internationalen Konzern zu werden – eine Entwicklung, die bei Politikern, die traditionellem, sowjetischen Autarkiedenken verhaftet sind, Ängste auslöst. Auch die Sorge, dass sich Jukos zu einem übermächtigen, durch die politische Führung nicht mehr kontrollierbaren Akteur entwickelt, kann ein Motiv sein. In jedem Fall haben wir es aber mit einer politischen Instrumentalisierung von Recht zu tun.
- Es ist unklar, wer eigentlich das Verfahren gegen Jukos betreibt. Gewiss wird es von der Generalstaatsanwaltschaft geführt, die dazu Hilfe von Finanz- und Lizenzierungsbehörden in Anspruch nimmt. Aber offenbar spielen auch Kräfte im Umfeld des Präsidenten eine Rolle. Die russische Presse nennt den „Tschekisten-Clan“, also die ehemaligen Geheimdienstler in der Präsidentialadministration, als Anstifter des Angriffs auf Jukos. Einer von ihnen, Wiktor Iwanow, soll die Veröffentlichung des Angriffs auf die „Oligarchen“ durch den „Rat für nationale Strategie“ initiiert haben. In diesem Fall wäre das Untersuchungsverfahren Teil einer politischen Kampagne, die sich nicht allein gegen Chodorkowskij richtet, sondern gegen eine Gruppe von Großunternehmen. Auch die Ablösung Alexander Woloschins, des Leiters der Präsidentialadministration, deutet auf einen Machtzugewinn antiliberaler Kräfte hin. Manche russischen Beobachter interpretieren die Demontage von Jukos gewissermaßen als „Kollateralschaden“ eines Konfliktes, in dem der Jelzin-Clan („die Familie“) endgültig von der Macht verdrängt wurde, so dass nun nur noch „Petersburger Liberale“ und „Tschekisten“ miteinander konkurrieren. Solche Erwägungen bleiben notwendig Spekulation. Bedenklich stimmt, dass politische Entscheidungen durch eine Hofkamarilla privatisiert werden und keiner öffentlichen Kontrolle unterliegen.
- Der Angriff auf Chodorkowskij hat schließlich auch eine gesellschaftspolitische Dimension. Er instrumentalisiert die Abneigung gegenüber „den Reichen“ und mobilisiert zudem antisemitische Ressentiments. Nach dem „fünften Punkt“ im sowjetischen Pass, der die ethnische Herkunft angibt, sind Gusinskij, Beresowskij und Chodorkowskij jüdischer Nationalität. Äußerungen aus den Sicherheitsorganen, die in den russischen Medien wiedergegeben werden, deuten auf Antisemitismus als zusätzliches Motiv für das Vorgehen gegen Jukos hin. Ein solches Anheizen von Vorurteilen bringt Putin und seiner Administration möglicherweise verstärkten Rückhalt in nationalkonservativen Kreisen ein, doch es ist gewiss nicht geeignet, eine demokratische und zivilgesellschaftliche Entwicklung in Russland zu fördern.

Das Vorgehen der russischen Behörden gegen den Jukos-Konzern gibt also zu Besorgnis Anlass, nicht nur wegen der Schwächung eines leistungsfähigen Unternehmens und der Verunsicherung möglicher Investoren, sondern auch wegen der antiliberalen Tendenzen, die im Verfahren gegen Jukos sichtbar werden.

Porträt: Michail Chodorkowskij

Michail Borisowitsch Chodorkowskij (*26.6.1963) studierte am Moskauer Mendelejew-Institut und machte 1986 seinen Abschluss als Ingenieur-Technologe. Während des Studiums arbeitete er als Zimmermann in einem Baukombinat. 1986–1987 war er Stellvertretender Komsomolsekretär des Mendelejew-Instituts. 1987 übernahm er die Leitung des „Zentrums für wissenschaftlich-technisches Schöpfertum der Jugend – Stiftung für Jugend-Initiative“ (NTTM), eines quasi-privatwirtschaftlichen Komsomol-Unternehmens. Die Gründung von NTTM war 1987 durch ein Gesetz möglich geworden, das privatwirtschaftliche Tätigkeit in Form von Genossenschaften zuließ. In Verbindung mit der Arbeit bei NTTM nahm Chodorkowskij ein Studium am Plechanov-Institut für Volkswirtschaft auf, das er 1988 abschloss. 1989–1990 übernahm er den Vorsitz der „Kommerziellen Innovationsbank für wissenschaftlich-technischen Fortschritt“, die mit dem Ziel gegründet wurde, Geldmittel für NTTM zu beschaffen.

1990 kaufte die „Kommerziellen Innovationsbank“ dem Exekutivkomitee des Moskauer Sowjets die Firma NTTM ab und benannte sich in MENATEP-Invest um. Chodorkowskij war nun Generaldirektor von MENATEP und 1991 ihr Vorstandsvorsitzender. Im Jahr 1992 erhielt er neben zu seinen privatwirtschaftlichen Aktivitäten einen quasi-amtlichen Posten: er wurde Vorsitzender des Investitionsfonds zur Förderung der Brennstoff- und Energieindustrie mit den Rechten eines Stellvertretenden Energieministers. Im März 1993 wurde er kurzzeitig zum Stellvertretenden Energieminister ernannt. 1993–1994 war er auch Mitglied des Rats für Industriepolitik bei der russischen Regierung. Am 30.3.1995 nahm er an der Kabinettsitzung teil, auf erstmals der das „loans for shares“-Programm vorgeschlagen wurde. Im Rahmen dieses Programms wurden in der Folge einige große Erdölunternehmen privatisiert. MENATEP konnte bei den „loans for shares“-Auktionen 1995/1996 45% der Aktien des Mineralölunternehmens Jukos in seinen Besitz bringen.

Im September 1995 fasst MENATEP ihre Industriebeteiligungen in der Holding „Rosprom“ zusammen, deren Führung Chodorkowskij übernahm. Im April 1996 gab er den Vorstandsvorsitz der Bank MENATEP ab und wechselte in die Führung von „Jukos“. Bei den Präsidentenwahlen 1996 setzte sich Chodorkowskij gemeinsam mit anderen Großunternehmern massiv für Jelzins Wiederwahl ein und wurde von diesem später für seine Unterstützung offiziell belobigt. Im Oktober 1996 wurde Chodorkowskij Mitglied des Konsultativrats für Bankwesen bei der russischen Regierung. Als sich Rosprom und Jukos 1997 zu einer Holding vereinigten, übernahm Chodorkowskij deren Führung. Eine Fusion mit dem Mineralölunternehmen Sibneft, die er bereits Anfang Januar 1998 anstrebte, kam damals nicht zustande. Im November 1998 wurde er zum Mitglied des Kollegiums der Energieministeriums berufen.

Im Oktober 1999 – inzwischen war Putin Ministerpräsident geworden – geriet Chodorkowskij mit dem Energieministerium, das die Verteilung der Erdölexportquote neu regelte, in Konflikt. Nachdem Chodorkowskij in der Zeitung „Vedomosti“ erklärt hatte, die Bildung eines Reservefonds für die Erdölexportquote fördere „Diebstahl“ und erlaube es, Exportrechte nach Gutdünken zu verteilen, verklagte ihn das Ministerium wegen Beleidigung. In Wirtschaftskreisen hingegen genoss er wachsendes Ansehen. Die „Assoziation zum Schutz der Investorenrechte“ ernannte ihn im Dezember 2001 zum besten Manager des Jahres. Die Forbes-Liste der reichsten Leute der Welt führte ihn Anfang 2003 für Russland auf Platz 1 und weltweit auf Platz 26.

Die Steigerung der Förderungsleistungen von Jukos, die Fusion mit Sibneft und die Verhandlungen mit den US-amerikanischen Ölkonzernen Exxon Mobile und Chevron Texas über eine Beteiligung an Jukos, illustrieren den großen unternehmerischen Erfolg Chodorkowskij. Indes eröffneten die Finanz- und Justizbehörden im Laufe des Jahres eine Reihe von Untersuchungsverfahren gegen den Mineralölkonzern. Am 25. Oktober 2003 wurde auch Chodorkowskij verhaftet unter der Anklage des schweren Betrugs, der Steuerhinterziehung, der Urkundenfälschung und der Zufügung von Eigentumsschäden durch Irreführung und Vertrauensmissbrauch.

Am 3. November gab er aus der Haft heraus bekannt, dass er seine Posten bei Jukos niederlege und sich aus dem Konzern zurückziehe.

Chodorkowskijs Karriere ist in vieler Hinsicht typisch für die Finanz- und Industriemagnaten der Jelzin-Ära. Auf bestem Weg zu einer klassischen sowjetischen Karriere im Komsomol-, später im Parteiapparat, erkennt der 24jährige die Chancen, die die Gorbatschowsche Liberalisierung bietet, und übernimmt die Leitung eines Komsomolbetriebes, dessen Finanzierung er durch die Gründung einer Bank sichert und den er später privatisiert. In der Gründerphase nach dem Zerfall der UdSSR gewinnt seine Bank rasch an Boden, nicht zuletzt infolge der engen Beziehungen zu Regierungskreisen und zum Umfeld Jelzins, die Chodorkowskij pflegt. Die Nähe zur Politik verschafft ihm Vorteile bei der Privatisierung der ehemals sowjetischen Staatsbetriebe und so baut er in kurzer Zeit aus dem Nachlass der UdSSR ein regelrechtes Finanz- und Industrieimperium auf. Mit dem Rücktritt Jelzins verliert er aber seinen wichtigsten politischen Beschützer.

Machtverschiebung in Russland

Kaum 40 Tage vor den Dumawahlen hat Präsident Putin eine der Schlüsselfiguren der russischen Politik ausgetauscht – den Leiter der Präsidialverwaltung. Alexander Woloschin wurde durch Dmitrij Medwedjew ersetzt. Der Personalwechsel signalisiert eine Machtverschiebung innerhalb der fragilen Koalition konkurrierender Gruppierungen, auf die sich die Putin-Administration stützt. Als wichtigste und einflussreichste Fraktionen galten bisher „die Familie“ und „die Petersburger“. Zur „Familie“ zählten die Kräfte, die unter Jelzin das Machtzentrum des Landes bildeten, und zu denen neben Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko eine Reihe Politiker und Finanzmagnaten gehörten – u.a. Boris Beresowski, der aber schon im Jahr 2000 ins Ausland abgedrängt wurde. Auch Ministerpräsident Kasjanow und der bisherige Leiter der Präsidialverwaltung Alexander Woloschin gelten als Mitglieder der „Familie“. Als „Petersburger“ werden jene Leute bezeichnet, die von Putin in die Administration geholt wurden. Allerdings ist diese Gruppe in Herkunft, Ausbildung, Interessen und Erfahrungshorizont sehr heterogen. Gewöhnlich unterscheidet man fünf Untergruppen: die Studienkollegen Putins von der Juristischen Fakultät der Leningrader Staatsuniversität, die Leningrader KGB-Kollegen der 1970er und 1980er Jahre, die „Kundschafter“, d.h. die KGB-Kollegen aus der Ersten Hauptverwaltung des KGB (Aufklärung), die Mitarbeiter der Petersburger Stadtverwaltung in der Ära des demokratischen Reformbürgermeisters Anatolij Sobtschak sowie die Bekannten aus dem Petersburg der Reformzeit. Neben Geheimpolizisten mit einem begrenzten Verständnis für marktwirtschaftliche Vorgänge sind unter den „Petersburgern“ auch Juristen mit Wirtschaftsverbindungen und Reformpolitiker. Putin hat diese heterogene Koalition aus Polizisten, Reformern und Managern mit Geschick zusammengehalten. Denn der russische Präsident verfügt zwar über das Image eines „starken Mannes“, doch im Laufe seiner Amtszeit hat er nur selten „durchgegriffen“ und rasch Entscheidungen gefällt. Vielmehr zeichnete ihn vor allem Delikatesse und taktisches Gespür im Umgang mit den konkurrierenden Kräftegruppen aus.

Das Vorgehen der russischen Strafverfolgungsbehörden gegen den Erdölkonzern JuKOS – die Verhaftung des Hauptanteileigners Michail Chodorkowski war nur der vorläufige Höhepunkt eines breit angelegten Untersuchungsverfahrens, das sich gegen zahlreiche JuKOS-Manager und mit JuKOS verbundene Unternehmen richtet – scheint zu signalisieren, dass die „Polizisten“ in Putins Umgebung an Einfluss gewonnen haben. Die Ablösung Woloschins, eines intelligenten Machtbrokers, der dafür sorgte, dass die Interessen „der Familie“ nicht zu sehr beschädigt wurden, bezeichnet das Ende der Koalition Putins mit den Kräften der Ära Jelzin. Dass dieser Bruch unmittelbar vor den Wahlen erfolgt, illustriert abermals, dass die Zusammensetzung des Parlaments für die Entscheidung über Kräftekonstellationen in der russischen Politik nur von begrenzter Bedeutung ist. Viel wichtiger ist die Aufstellung der Kräftegruppen im Umfeld des Präsidenten.

Welche Politik sich unter den neuen Bedingungen durchsetzen wird, steht abzuwarten. Man kann mit gutem Grund vermuten, dass die Demontage demokratischer und zivilgesellschaftlicher Ansätze, die bereits in den letzten Jahren zu beobachten war, in Zukunft verstärkt fortgesetzt wird. Immerhin signalisiert die Person des neuen Leiters der Präsidentialadministration, einem Juristen, der aus der Petersburger Verwaltung der Reformzeit kommt und zahlreiche Verbindungen in die Wirtschaft hat, dass die Präsidentialverwaltung ein ziviles Gesicht behält. Medwedjew nahm bereits in einem seiner ersten öffentlichen Auftritte als Chef der Präsidentialverwaltung Position gegen die „Polizisten“, als er das Vorgehen der Justiz im Falle JuKOS kritisierte und die vorläufige Beschlagnahme der Aktien als unbedacht bezeichnete.

Zur Person Dmitrij Medwedjews

Dmitrij Medwedjew (geb. 14.9.1965 in Leningrad) studierte noch zu Sowjetzeiten Recht an der Leningrader Staatsuniversität (LGU), machte 1987 sein Examen und schlug zunächst die Hochschullaufbahn ein. 1990 promovierte er in Zivilrecht und lehrte in der Folge bis zum Jahr 1999 an der Juristischen Fakultät der LGU. Neben seiner akademischen Tätigkeit beriet er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Komitee für Auswärtiges beim Petersburger Bürgermeisteramt. Dieses Komitee wurde damals von Putin geleitet, dem Medwedjew direkt zuarbeitete. 1993 übernahm Medwedjew auch den Posten eines Leiters der Rechtsabteilung von „Pulp Enterprises“, einem holzverarbeitenden Unternehmen in Petersburg. 1998 wurde er Mitglied des Aufsichtsrats des Papierkombinats Brazk. Im Jahr 1999 wechselte er nach Moskau und übernahm kurzzeitig das Amt des Stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats. In dieser Zeit übte Putin das Ministerpräsidentenamt aus. Im Januar 2000 wechselte Medwedew in die Präsidentialadministration, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Präsidentschaftswahlkampf Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidentialverwaltung verantwortlich. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des öffentlichen Dienstes. Am 28.6.2002 wurde Medwedjew zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Erdgasmonopolisten Gazprom gewählt. Am 30.10.2003 schließlich wurde er zum Leiter der Präsidentialadministration ernannt. Die russischen Medien beschreiben ihn als effizienten Manager und als „vernünftigen Menschen mit modernen Ansichten“.

Erdölförderung russischer Firmen in Mio. Tonnen, 1998–2002

Unternehmen	Haupt-eigentümer	1998	1999	2000	2001	2002
<i>Russland insgesamt</i>		303,370	304,994	323,224	348,067	379,630
Lukoil	Management	53,667	53,354	62,178	62,916	75,490
Jukos	Menatep	44,847	44,719	49,547	58,113	69,880
Surgutneftegaz	Management	35,171	37,573	40,621	44,028	49,200
TNK	Alfa-Gruppe	19,651	20,060	30,842	34,114	37,500
Tatneft	Regionale Administration	24,440	24,064	24,337	24,612	24,610
Sibneft	Millhouse	17,314	16,323	17,199	20,593	26,320
Sidanko	Alfa und BP	19,903	19,555	10,688	15,628	16,260
Rosneft	Staat	12,626	12,554	13,473	14,942	16,100
Slavneft	Alfa und Sibneft	11,784	11,929	12,267	14,928	16,230
Baschneft	Regionale Administration	12,891	12,261	11,940	11,864	12,000
Onako	Alfa-Gruppe	7,888	7,953	7,506	---	---
KomiTEK	Lukoil	3,512	3,629	---	---	---
Sonstige		39,676	41,020	42,626	46,329	36,040

Quelle: Firmenangaben

Erdölunternehmen weltweit: Reserven, Förderung, Finanzen

	<i>Nachgewiesene Reserven</i> (Mio. Barrel)	<i>davon entwickelt</i> (%)	<i>Förderung 2001</i> (Mio. Barrel pro Tag)	<i>Einnahmen 2001</i> (US \$ pro geförderten Barrel)	<i>Markt-kapitalisierung 2003</i> (Mio. US \$)
<i>Russland</i>					
Jukos	9.961	77,8%	1,207	11,73	24,9
Sibneft	4.646	68,2%	0,400	12,40	11,3
Lukoil	15.303	60,2%	1,458	12,60	14,0
Surgutneftegaz	8.610	62,5%	1,025	10,80	9,0
Tatneft	5.944	92,6%	0,477	10,90	1,9
TNK International	7.898	69,5%	0,778	11,58	0,0
<i>“Emerging Markets”</i>					
Petrobras	9.257	52,4%	1,547	18,24	20,0
Petrochina	17.038	67,3%	2,422	16,77	40,7
CNOOC	1.820	39,0%	0,263	19,82	10,7
<i>“Multinationals”</i>					
Exxon Mobile	21.636	63,8%	4,414	16,85	245,8
Chevron Texaco	11.759	69,1%	2,693	16,39	43,9
Royal Dutch Shell	19.374	44,5%	3,721	15,62	131,3
British Petroleum	16.072	62,0%	3,321	17,33	149,0
TotalFinalElf	10.616	53,1%	2,132	14,98	105,0

Quelle: Renaissance Capital. Russia Oil & Gas: Upstream Economics – 14.1.2003; UFG Russia Equity Strategy, 8.5.2003

Das Wahlergebnis

Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma

„Ein weiterer Schritt in Richtung auf Stärkung der Demokratie in Russland“, so bewertete der russische Präsident Putin vor dem Kabinett das Ergebnis der Duma-Wahlen. Das russische Volk habe abermals die Möglichkeit gehabt, das gesetzgebende Organ des Landes zu wählen und der Staat habe eine freie, ehrliche und demokratische Wahl gewährleistet.

Die Beobachtermission der OSZE, an deren Spitze die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth stand, sah das anders. In ihrer ersten Stellungnahme nach dem Wahlgang hieß es: „...die Wahlen zur Staatsduma verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. ... Das ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt.“

Der eklatante Widerspruch in der Bewertung der Wahlen zum russischen Parlament spiegelt die diametral entgegengesetzten Interessen wider: Der Präsident kann mit Genugtuung feststellen, dass die Wahlen das ihm ergebene Lager deutlich gestärkt haben, während die liberale und die kommunistische Opposition in eine schwere Krise geraten ist. Die westlichen Beobachter hingegen sind über die Methoden, mit denen dies Ergebnis erzielt wurde, irritiert. Und anders als im Jahre 1999 – wo bereits ähnliche Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung griffen – hat sich die OSZE diesmal entschieden, ihre Kritik offen auszusprechen.

Ein Erdrutschsieg für die „Partei der Macht“

In der Tat können der Präsident und seine Umgebung einen Erfolg verzeichnen, der in dieser Höhe wohl selbst für sie überraschend kam. Bei den Listenplätzen erreichte die Partei „Einiges Russland“ über 37% der Stimmen. Diese Partei war nach den Wahlen 1999 auf Drängen der politischen Führung durch Vereinigung zweier konkurrierender „administrativer Parteien“ geschaffen worden, die selbst beide erst knapp vor den Wahlen 1999 gebildet worden waren. „Administrative Parteien“ oder „Parteien der Macht“ sind Gründungen „von oben“, deren politische Bedeutung durch die Unterstützung aus der Regionalverwaltung und der zentralen Exekutive gesichert wird. Ihren Wahlerfolg verdanken sie in der Regel dem Einsatz „administrativer Ressourcen“, u.a. auch der exzessiven Nutzung der elektronischen Medien.

„Einiges Russland“ ist nicht der erste Versuch, eine „administrative Partei“ zu gründen, wohl aber der erfolgreichste. 1993 war die liberale Reformpartei „Russlands Wahl“, aus der später die „Union der Rechten Kräfte“ hervorging, die „Partei der Macht“, die 15% der Stimmen erhielt, aber weit hinter der rechtsradikalen, populistisch agierenden LDPR zurückblieb, für die knapp 23% der Wähler stimmten. 1995 trat eine neue „Partei der Macht“ an, doch diese, „Unser Haus Russland“, erhielt gerade 10% der Stimmen gegenüber 11% für die LDPR und 22% für die Kommunisten. 1999 gab es dann die bizarre Situation, dass drei „administrative Parteien“ gegeneinander antraten: neben „Unser Haus Russland“ das Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Russland“, das der Moskauer Bürgermeister Luschkow und der ehemalige Ministerpräsident Primakow anführten, und die Partei „Einheit (Bär)“, die der Finanzmagnat Beresowskij drei Monate vor den Wahlen zusammengeschmiedet hatte, um Jelzin und dem „Familien-Clan“ einen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen. „Unser Haus Russland“ scheiterte mit 1,2% und löste sich in der Folge auf, doch die beiden anderen erzielten mit 13% bzw. 23% aus dem Stand beachtliche Ergebnisse.

Nach der Wahl arbeiteten die „Polittechnologen“ der Präsidialverwaltung daran, die beiden Parteien zu vereinen und, nachdem dies im Herbst 2001 geglückt war, der neuen Partei „Einiges Russland“ einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der schärfsten Konkurrenz – den

Kommunisten – zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die elektronischen Medien eingesetzt, über die sich die Putin-Administration im Lauf der Jahre 2000–2001 die Kontrolle verschafft hatte, man förderte auch die Gründung von Parteien, die Stimmen von der KPRF abziehen sollten. Dazu gehörte etwa die „Partei der Pensionäre“, die bereits in ihrem Namen das Wählersegment nannte, das sie einwerben wollte, und die immerhin 3% der Stimmen erhielt. Noch erfolgreicher war die Partei „Heimat“, die erst im August 2003 von Glasjew, einem ehemaligen Reformier und zeitweiligem Kommunisten, und Rogosin, einem Außenpolitiker mit prononciert nationalem Profil gegründet wurde. Die Parteiliste stellt ein erstaunliches Sammelsurium aus namhaften Generälen und linksorientierten Politikern dar, garniert mit einem millionenschweren Banker, der als Moskauer Bürgermeister kandidierte, und dem bekannten Rechtsradikalen Sergej Baburin. „Heimat“ erreichte aus dem Stand 9% der Stimmen und war damit wohl weitaus erfolgreicher, als den Polittechnologien der Putin-Administration lieb sein konnte. Auf Kosten des Wählerpotentials der KPRF ging wohl auch die Stärkung der Schirinowskij-Partei LDPR, die ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 fast verdoppelte. Auch die Partei des rechtsradikalen Politclowns Schirinowskij ist dem präsidentialen Lager zuzurechnen, so dass die Putin-Administration über mehr als 50% der 225 Listenplätze verfügt. Wie sich die 225 Direktmandate verteilen, und wie viele der unabhängigen Kandidaten vom Präsidentenlager integriert werden können, lässt sich wohl erst im Januar nach dem Zusammentritt der neuen Duma absehen.

Liberaler und Kommunisten – die großen Verlierer

Außerordentlich bedenklich ist die Schwächung der demokratischen – und nicht so demokratischen – Opposition. Der Stimmenanteil der Kommunisten sank von 24% im Jahre 1999 auf 11,6% ab, die liberalen Parteien Jabloko (4,3%) und Union der Rechten Kräfte (3,97%) blieben beide unter der 5%-Grenze und werden in der neuen Duma nur durch einzelne Abgeordnete vertreten sein, die ein Direktmandat erringen konnten. Damit bleiben gerade jene Kräfte, die am ehesten einen am klassischen Parlamentarismus orientierten Politikstil repräsentieren, vor den Türen der Duma. Jabloko und KPRF sind zudem Organisationen, die am ehesten dem Modell einer echten Mitgliederpartei entsprechen. Während die Mehrheit der anderen Parteien meist bloße „Kopfgeburten“ ohne echte Mitglieder oder „administrative Parteien“ sind, verfügt die KPRF – und teilweise auch Jabloko – über eine Basis in den Regionen. Die Schwächung von Jabloko und Union der Rechten Kräfte ist zweifellos ein Rückschritt für die Entwicklung eines politischen Lebens mit demokratischen Zügen. Doch auch die Schwächung der KPRF zugunsten so obskurer Organisationen wie „Heimat“ und LDPR kann nicht positiv gewertet werden.

Allerdings muss man eingestehen, dass die Niederlage der Opposition nur teilweise dem rücksichtslosen Vorgehen der Putin-Administration geschuldet ist. Gewiss wurde die KPRF in den Medien verunglimpft und gewiss spürten die beiden liberalen Parteien auch die politischen Auswirkungen der Jukos-Affäre. Doch muss man allen dreien auch ein gerüttelt Maß an Mitschuld an der Niederlage geben. Die Kommunistische Partei hat sich bis heute nicht von ideologischen Fixierungen frei gemacht und hat es nicht fertig gebracht, ihren ebenso glanzlosen wie bornierten Spitzenkandidaten Gennadij Sjuganow durch jemand zu ersetzen, der für ein breiteres Wählerspektrum akzeptabel wäre. Jabloko und Union der Rechten Kräfte haben sich über lange Strecken hinweg bekämpft und gegenseitig beschädigt, anstatt sich miteinander zu verbünden. Das Überleben aller drei Oppositionsparteien wird davon abhängen, ob sie aus dieser Niederlage Lehren ziehen und sich in der politischen Landschaft neu positionieren. Wenn das nicht gelingt, wenn gerade jene Organisationen scheitern, die auf dem Weg zur Parteibildung am weitesten vorangeschritten sind, so stellt dies zweifellos einen Rückschritt dar – keine „Stärkung der Demokratie“.

Der Grad der Manipulation

Fragt man nach den Ursachen für den Wahlausgang, so ist das politische Versagen der Liberalen und der Kommunisten allerdings nur einer von mehreren Faktoren. Entscheidend war zweifellos die massive Manipulation der Öffentlichkeit vor und während der Wahlen. Sowohl Jabloko wie die KPRF zweifeln das offizielle Endergebnis an und legen ihrerseits Zahlen vor, die sie aus der Wahlbeobachtung gewonnen haben. Offensichtliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe waren aber nur in einem kleinen Teil der Regionen zu beobachten. Die OSZE-Mission hat erklärt, dass der Abstimmungsvorgang technisch im großen und ganzen regulär verlaufen ist. Ausnahmen bilden eine Reihe von Republiken, die sich durch eine besonders hohe Wahlbeteiligung auszeichnen. Sie betrug z.B. in Baschkortostan zwischen 73 und 78%, in Dagestan zwischen 80 und 87%, in Tschetschenien 88% bei einem landesweiten Durchschnitt von 55,6%. Es überrascht vielleicht nicht, dass „Einiges Russland“, das landesweit 37% der Stimmen erhielt, in einem Territorialwahlkreis von Baschkortostan 49% der Stimmen gewinnen konnte, in Dagestan zwischen 61 und 73% und in Tschetschenien 77%. Wenn man in Rechnung stellt, dass in Baschkortostan am Vorabend der Wahlen 50.000 falsche Stimmzettel entdeckt wurden und die regionalen Präsidentenwahlen, die auch am 7. Dezember stattfanden, annulliert wurden, so liegt der Verdacht schon nahe, dass in diesen Regionen auch technisch manipuliert wurde.

Allerdings reichen solche eher schlichten Machenschaften nicht aus, um den landesweiten Erd-rutschsieg der kremlnahen Parteien zu erklären. Hier schlägt wohl eher die wohldurchdachte und rücksichtslos umgesetzte Wahlkampfstrategie der Putin-Administration zu Buche. Die elektronischen Medien wurden eingesetzt, um flächendeckend für den Präsidenten und „Einiges Russland“ zu werben. Die Kommunisten wurden systematisch diffamiert, Jabloko und Union der Rechten Kräfte kamen vergleichsweise selten zu Wort. Auch in der Mehrzahl der Regionen konnte „Einiges Russland“ auf die Unterstützung durch die örtliche Administration rechnen. Dabei schlug zu Buche, dass die Putin-Administration nach 2000 die politischen Kräfteverhältnisse erfolgreich umgestaltet hatte: die Fernsehsender sind nach der Verdrängung von Beresowskij und Gusinskij durchgehend unter der Kontrolle der Exekutive. Die regionalen Eliten haben sich nach der Föderalreform und der Entmachtung des Föderationsrats angepasst – von ihnen geht keine Gefahr für den Präsidenten aus. Die Finanzmagnaten und Großunternehmer haben sich in das System integriert – das Vorgehen von Justiz, Sicherheitsdiensten und Steuerorganen gegen Beresowskij, Gusinskij und Chodorkowskij ist der Mehrheit der „Oligarchen“ eine Lehre. Damit sind aber jene Gruppen, die tatsächlich in der Lage sind, auf Politik einzuwirken, neutralisiert oder integriert. Der Rest der Gesellschaft ist Objekt von Politik, er handelt nicht. Verbände, Parteien, Interessengruppen müssen sich erst langsam herausbilden – und das System Putin bietet keinen guten Nährboden für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft.

Das Ergebnis der Dumawahlen ist insofern nicht wirklich eine Überraschung – es spiegelt die politischen Realitäten wider, wie sie sich in der ersten Amtszeit Putins herausgeformt haben.

Ausblick

Die Dumawahlen sind nur von begrenzter Bedeutung – die eigentliche Entscheidung fällt am 14. März 2004, wenn der Präsident gewählt wird. Doch die Dumawahlen geben eine gute Vorstellung vom politischen Klima und von den politischen Kräfteverhältnissen in Russland. Tatsächlich hat eine Konsolidierung der „Partei der Macht“ stattgefunden. Das Regime Putin hat eine Legitimation durch Wahlen erhalten, die im März noch einmal bestätigt werden wird. Dies ist keine demokratische Legitimation – allzu augenfällig manipuliert die Exekutive die öffentliche Meinung und beschneidet die Spielräume der Opposition. Doch es ist ein plebiszitäres Moment, das „der Macht“ zusätzliche Stabilität verleiht. Eine Verfassungsänderung, über die der-

zeit spekuliert wird, ist gar nicht notwendig. Mit Recht dementiert Putin jede Absicht dazu. Wie der Präsident richtig sagt – das Potential der gegenwärtigen Verfassung ist noch gar nicht ausgeschöpft. Abzuwarten ist, ob die Exekutive die plebiszitäre Legitimation nützt, um endlich lange ausstehende Reformen in Angriff zu nehmen. Sozialversicherung, Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Kriminalitätsbekämpfung, der Staatsapparat, der Elektrizitätssektor, die kommunalen Dienstleistungen – in all diesen Bereichen ist der Reformbedarf groß.

Vorläufige Ergebnisse im Vergleich zu 1993, 1995 und 1999

	1993	1995	1999	2003
Agrarpartei (1999 nicht angetreten)	7,99%	3,78%	–	3,65%
Unser Haus Russland (1995 und 1999)	–	10,13%	1,20%	–
Jabloko	7,86%	6,89%	5,93%	4,32%
Russlands Wahl (1995: Demokratische Wahl Russlands-Vereinigte Demokraten; ab 1999 Union der Rechten Kräfte)	15,51%	3,86%	8,52%	3,97%
Demokratische Partei Russlands	5,52%	–	–	–
KPRF	12,40%	22,30%	24,29%	12,65%
LDPR (1999: Block Schirinowskij)	22,92%	11,18%	5,98%	11,49%
PRES	6,73%	–	–	–
Frauen Russlands	8,13%	4,61%	2,05%	–
Vaterland-Ganz Russland (2003: Einiges Russland)	–	–	13,33%	37,40%
Einheit („Bär“) (2003: Einiges Russland)	–	–	23,32%	
„Heimat“	–	–	–	9,04%
Gegen alle Listen		2,77%	3,30%	4,72%
Andere Parteien	12,94%	34,48%	12,07%	12,76%
Wahlbeteiligung	54,37%	64,38%	60,43%	55,60%
Parteien unterhalb der 5%-Grenze	12,94%	49,50%	18,62%	29,42%

Protokoll der Zentralen Wahlkommission (Stand 10.2.2003)

1	In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte	108.348.596	
2	An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel	104.326.877	
3	An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel	68.485	
4	An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel	56.939.488	
5	An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel	3.310.911	
6	Entwertete Stimmzettel	44.005.361	
7	Stimmzettel in beweglichen Urnen	3.383.041	
8	Stimmzettel in stationären Urnen	56.858.551	
9	Ungültige Stimmen	943.622	
10	Gültige Stimmen	59.297.970	
11	Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden	1.624.299	
12	Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal abgegeben wurden	696.967	
13	Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten	577.780	
14	Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine	941.481	
15	Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission abgegeben wurden	29.069	
16	Zahl der verlorenen Stimmzettel	3.486	
17	Zahl der bei der Annahme nicht registrierten Stimmzettel	854	

Stimmen für die Parteilisten				
18	1.	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“	708.408	1,18%
19	2.	Union der Rechten Kräfte (SPS)	2.390.868	3,97%
20	3.	Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“	1.869.729	3,10%
21	4.	Jabloko	2.601.549	4,32%
22	5.	„Für die heilige Rus“	297.799	0,49%
23	6.	Vereinigte Russische Partei „Rus“	146.797	0,24%
24	7.	Wahlblock „Neuer Kurs – Automobilisten Russlands“	507.747	0,84%
25	8.	Volksrepublikanische Partei Russland	80.105	0,13%
26	9.	Russische ökologische Partei „Die Grünen“	252.938	0,42%
27	10.	Agrarpartei Russlands	2.201.806	3,65%
28	11.	„Wahre Patrioten Russlands“	148.655	0,25%
29	12.	Volkspartei der Russischen Föderation	707.434	1,17%
30	13.	Demokratische Partei Russlands	135.635	0,23%
31	14.	Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“	168.464	0,28%
32	15.	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft	107.188	0,18%
33	16.	Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)	5.443.053	9,04%
34	17.	Russische politische Partei für Frieden und Einheit	148.208	0,25%
35	18.	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	6.923.444	11,49%
36	19.	Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“	1.137.193	1,89%
37	20.	Einiges Russland	22.529.459	37,40%
38	21.	Russische Konstitutionell-demokratische Partei	112.678	0,19%
39	22.	Entwicklung des Unternehmertums	212.399	0,35%
40	23.	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	7.622.568	12,65%
41		Gegen alle	2.843.846	4,72%
		Wahlbeteiligung (gültige und ungültige Stimmen)	60.241.592	55,60%

(Angaben von der Website der Zentralen Wahlkommission am 10.12.2003 morgens <http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2>; auf Basis von 108.348.596 der 10.8404.870 Wahlberechtigten)

Prognosen und tatsächliche Resultate 2003

	<i>VCIOM-A</i>	<i>FOM</i>	<i>„VCIOM“^a</i>	<i>Wahlergebnis</i>
	<i>15.–16. November</i>	<i>29.–30. November</i>	<i>Ende November</i>	<i>7. Dezember 2003</i>
Union der Rechten Kräfte (SPS)	6%	3,4%	5,5–7%	3,97%
„Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“	2%	1,5%	k.A.	3,10%
Jabloko	6%	2,7%	5–6%	4,32%
Agrarpartei Russlands	2%	2,4%	k.A.	3,65%
„Heimat“ (volkspatriotische Union)	3%	4,4%	5–6%	9,04%
Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	8%	7,3%	7–9%	11,49%
Einiges Russland	29%	28,1%	40–43%	37,40%
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	23%	15,8%	12–15%	12,65%

k.A. = Keine Angabe in der Quelle

Kommentare zur Wahl

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember 2003, S. 1

Putins Sieg

Mit seinem Urteil dürfte der Wahlverlierer Jawlinskij die politische Wirklichkeit richtig beschreiben, selbst wenn sich darüber in Russland nur eine kleine Minderheit aufzuregen scheint. „Wir leben in einem autoritären Regime“, bringt der liberale Politiker den Ausgang der russischen Parlamentswahl auf den Punkt – einer Wahl, mit der Präsident Putin seine Machtstellung regelrecht zementiert hat und die seiner eigenen Wiederwahlambition etwas Unwiderstehliches gibt. Die Kommunisten gedemütigt, die ihm nahe stehenden Parteien an der Schwelle zum Triumph der Zweidrittelmehrheit – Putin hat seine Stellung ausgebaut, wie man es im nachsowjetischen, sich trotzdem nach einer starken Führung sehnenen Russland noch nicht gekannt hat. [...]

Im Westen werden sich viele fragen müssen, mit welchem Partner sie es eigentlich zu tun haben, der sich Parteien zur machtpolitischen Bereicherung hält, unter Marktwirtschaft Kreml-Kapitalismus versteht und im geopolitischen Konfliktsaum mehr denn je die Hand im Spiel hat. Von Tschetschenien ganz zu schweigen. Wenn Putin auf dem Weg nach Westen ist, wie er behauptet, dann bringt er ein Verständnis mit, das weniger westlich ist, dafür um so mehr einer traditionellen russischen Großmachtspolitik russischer Machart entspricht. Und das äußert sich nicht nur im Stil der Politik. Neulich hat der amerikanische Außenminister dunkel „Probleme“ im Verhältnis zu Russland angedeutet. Putin wird die Rückkehr Moskaus zu alter Weltmachtgröße mit aller Wucht betreiben. Die Parlamentswahl war ein Zwischenschritt.

POLITKOM.RU, 8. Dezember 2003 (www.politcom.ru)

Der Wunsch der Staatsmacht, die Verstöße, die bei diesen Wahlen zugelassen wurden, zu verheimlichen, erscheint gefährlich. Es ist ganz offensichtlich, dass ein solcher Erfolg von „Einiges Russland“ in einigen Bezirken und sogar Regionen keineswegs gesetzesmäßig ist. Die Tatsache, dass es am 7. Dezember unmöglich war, die Abteilungen der Zentralen Wahlkommission, die für die Verhinderung von Gesetzesverletzungen zuständig sind, telefonisch zu erreichen, weil niemand an Telefone und Faxe ging, sagt viel. „Politkom.Ru“ verfügt über Informationen, dass es sogar im ruhigen Moskau massenhaft Verletzungen gab. In einigen Wahlkreisen wurden Beobachter derjenigen Kandidaten, die zu Konkurrenten für die Vertreter von „Einiges Russland“ hätten werden können, zu Dutzenden Wahllokalen nicht durchgelassen. Genauso gab es „zusätzliche“ Stimmzettel nicht nur in Baschkirien, wo dies auch aufflog, sondern auch in vielen anderen Regionen, wenn auch nicht in einem solchen Maßstab. Es scheint, als ob die Kommunistische Partei, die eine solche Wahlschlappe erlitten hat, ohne große Schwierigkeiten genügend Anlässe finden wird, das Wahlergebnis anzufechten, sowohl in einzelnen Wahlkreisen wie auch im Land als Ganzes. Übrigens gab es die höchste Wahlbeteiligung in Russland in Wahllokalen, die in Untersuchungsgefängnissen gelegen sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

The Economist, 6. Dezember 2003, S. 23

Da dies Russland ist, geht es bei diesen Wahlen nicht um die Stimmabgabe. Die eigentliche Auseinandersetzung findet nicht zwischen Regierungs- und Oppositionskräften, sondern innerhalb des Regierungsblocks selber statt. Die eigentliche Kampagne wird auch nicht vor den Wahlen, sondern danach stattfinden.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

United Financial Group, Russia Morning Comment, 9. Dezember 2003, S. 3.

Natürlich hat das Urteil der OSZE-Wahlbeobachter, dass die Wahlen „frei, aber nicht fair“ waren, Aufsehen erregt. Diese Schlussfolgerung beruht auf verschiedenen Faktoren, aber der systemische Fehler ist natürlich die eklatante Voreingenommenheit der staatlichen Fernsehsender während des Wahlkampfes für Einiges Russland und gegen die Kommunisten. Putin antwortete gestern implizit hierauf, indem er sagte, dass die Wahl den Willen des Volkes reflektiere. Beide Seiten haben Recht. Obwohl die Fernsehkampagne offensichtlich etablierte Prinzipien verletzte, ist es zweifelhaft, ob das Ergebnis sehr viel anders gewesen wäre, wenn die Fernsehberichterstattung ausgewogener gewesen wäre. Die 37% der Stimmen sind keine übertriebene Reflektion der wahren Popularität Putins. Was die Kommunisten betrifft, erhielten sie 24% im Jahre 1999 und 22% dieses Mal – nur wurden die Stimmen dieses Mal zwischen den eigentlichen Kommunisten und der neuen kommunistischen Marke namens „Heimat“ (Rodina) aufgeteilt. Ein zweiprozentiger Rückgang der Stimmen erscheint hierbei ungefähr korrekt.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Stellungnahme der Internationalen Wahlbeobachtermission der OSZE

Moskau, 8. Dezember 2003 – Die Wahlen zur Staatsduma am 7. Dezember verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. Dies ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt, so lautete die Stellungnahme der Internationalen Wahlbeobachtermission. Mehr als 500 internationale Beobachter aus 42 Ländern beobachteten Stimmabgabe und -auszählung von Wladiwostok bis St. Petersburg.

Die Zentrale Wahlkommission verdient Anerkennung für die professionelle Organisation dieser Wahlen. Jedoch war der Vorwahlkampf von beträchtlichem Gebrauch des Staatsapparates und der Medien zur Begünstigung der größten pro-präsidentiellen Partei gekennzeichnet, was sich in Apathie der Wähler ausdrückte.

„Wenn man bedenkt, dass die Prozeduren am Wahltag technisch korrekt durchgeführt wurden, ist es noch bedauerlicher, dass der Haupteindruck der Wahlen insgesamt der einer Regression im Demokratisierungsprozess in Russland ist“, sagte der englische Parlamentsabgeordnete Bruce George, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der vom amtierenden OSZE-Vorsitzenden zum Sonderkoordinator für die Kurzzeitbeobachter ernannt worden war. „Wir hoffen, dass innerhalb der nächsten Monate Verbesserungen durchgeführt werden, um sicherzugehen, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen internationalen Standards entsprechen.“

Der englische Parlamentsabgeordnete David Atkinson, Leiter der Parlamentarischen Delegation des Europarates, fügte hinzu: „Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates begrüßt Verbesserungen bei der Durchführung dieser Wahlen gemäß unseren Empfehlungen von vor vier Jahren. Wir sind jedoch sehr über die unfairen Praktiken besorgt, die einer Partei zugute gekommen sind. Echter politischer Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Wähler sind unabdingliche Elemente in einem wahren demokratischen Prozess“.

Professor Rita Süßmuth, Leiterin der Langzeit-Beobachtermission, die vom OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte eingesetzt wird, sagte: „Wir sind ernsthaft über die mangelnde Medienunabhängigkeit besorgt. Es gab keine ausgewogene Berichterstattung in den Staatsmedien über den Wahlkampf und es wurde beträchtlicher Druck auf Journalisten ausgeübt, was die Informationen beschränkte, die dem Wähler zur Verfügung standen, um eine informierte Wahl zu treffen. Es sollten Schritte unternommen werden, die staatlichen Sendeanstalten in einen wirklich unabhängigen öffentlichen Dienst zu verwandeln.“

Trotz der Unzulänglichkeiten im Wahlprozess erkannte die Internationale Beobachtermission die Verbesserung eines umfassenden rechtlichen Rahmens an, der das Potential für einen demokratischen Wahlprozess liefert, wie auch die Tatsache, dass die Zentrale Wahlkommission auf effiziente und offene Art funktionierte. Als positiven Schritt gab es eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes, die die restriktivsten und kontroversesten Bestimmungen, die Medien im Wahlkampf betrafen, aufhob. TV-Debatten förderten den Austausch von Standpunkten, obwohl ihr Wert für die Wähler durch die Nichtteilnahme von Vereintes Russland gemindert wurde.

Der Wahltag ging in einer im Allgemeinen ruhigen und ordentlichen Art vor sich. Internationale Beobachter schätzten die Durchführung der Wahlen in der überwältigenden Mehrheit der Wahllokale als positiv ein. Es wurden jedoch Unregelmäßigkeiten in Bezug auf das Wahlgeheimnis festgestellt, während weitere Probleme während der Stimmauszählung festgestellt wurden. Die OSZE und der Europarat werden weiterhin den Prozess eingehend verfolgen und bereitstehen, die Behörden und die Zivilgesellschaft der Russischen Föderation bei der fortdauernden Verbesserung des demokratischen Prozesses zu unterstützen.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Sabine Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.
- Dr. Sabine Gladkov ist Publizistin, Dozentin für interkulturelle Kommunikation an der FH München und freiberufliche Kommunikationsberaterin (www.gladkov-kommunikation.de).
- Martina Glass ist Studentin der Soziologie an der Universität Leipzig.
- Angelika Nußberger ist Professorin für Öffentliches Recht und Ostrecht an der Universität zu Köln sowie Direktorin des Instituts für Ostrecht. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Entwicklung des Verfassungsrechts der Staaten Mittel- und Osteuropas, insbesondere der Russischen Föderation.
- Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.
- Prof. Lilija F. Schewzowa ist Professorin für politische Wissenschaften am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO). Seit 1995 ist sie *Senior Associate* der Carnegie Stiftung und koordiniert dort das „Politische Institutionen“-Programm. In russischen Politologenrankings wird sie zu den 20 führenden politischen Analytikern Russlands gezählt.
- Prof. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.
- Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.
- PD Dr. Silvia von Steinsdorff ist Gastprofessorin für die vergleichende Analyse politischer Systeme – Komparatistik Osteuropa an der Humboldt-Universität Berlin.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 43 **Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in Russland**
Die Banken in der Ära Jelzin
Von Heiko Pleines
(Februar 2003)
- No. 44 **Democracy in the Czech Republic**
An Assessment of Attitudes towards Democracy and Democratic Values of the
Czech population 1990–2001
By Zdenka Mansfeldová
(March 2003)
- Nr. 45 **Krisen und Konflikte im Osten Europas**
Beiträge für die 11. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von DGO / FKKS an der Universität Mannheim / FSO /
KonferenzCentrum Brühl
(April 2003)
- Nr. 46 **Globale Einflüsse und die corporate governance
des russischen Erdöl- und Erdgassektors**
Von Andreas Heinrich
(Juni 2003)
- Nr. 47 **Netzöffentlichkeit in Russland**
Die Nutzung des Internet durch die russländische Frauenbewegung
Von Monika Lenhard
(Juli 2003)
- Nr. 48 **Pilsudski-Kult**
Die Wiedergeburt einer charismatischen Persönlichkeit
in der Solidarnosc-Ära (1980 bis 1989)
Von Wolfgang Schlott
(August 2003)
- Nr. 49 **Die Infrastruktur der tschechischen Kultur im ostmitteleuropäischen Vergleich**
Museen, Denkmalobjekte, Kunsteinrichtungen und Bibliotheken 1989 – 2001
Von Ivo Bock
(September 2003)
- Nr. 50 **Lebensumstände und Einstellungen von Armen und Reichen in Russland.**
Ergebnisse einer landesweiten Umfrage
Vom Institut für Komplexe Sozialforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften
(IKSI RAN)
(Oktober 2003)
- Nr. 51 **Interaction of Interest Groups and Their Impact on Economic Reform
in Contemporary Russia**
By Andrei Yakovlev
(November 2003)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa (Edition Temmen)

- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingsholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992-2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90
- Bd. 13 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Kommerz, Kunst, Unterhaltung
Die neue Popularkultur in Zentral- und Osteuropa
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-345-0, Euro 20,90
- Bd. 12 **Hans-Hermann Höhmann, Jakob Fruchtman, Heiko Pleines (Hg.):**
Das russische Steuersystem im Übergang
Rahmenbedingungen, institutionelle Veränderungen, kulturelle Bestimmungsfaktoren
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-366-3, Euro 20,90
- Bd. 11 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):**
Wirtschaft und Kultur im Transformationsprozeß
Wirkungen, Interdependenzen, Konflikte
Edition Temmen (Bremen) 2002, 298 S., Hardcover, ISBN 3-86108-340-X, Euro 20,90
- Bd. 10 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):**
Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas
Konzeptionelle Entwicklungen – Empirische Befunde
Edition Temmen (Bremen) 2001, 312 S., Hardcover, ISBN 3-86108-337-X, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik (LIT Verlag)

- Bd. 33 **Heiko Pleines:**
Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)
LIT Verlag (Hamburg) 2003, 444 S., ISBN 3-8258-6561-4, Euro 30,90
- Bd. 32 **Jakob Fruchtman, Heiko Pleines:**
Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis
LIT Verlag (Hamburg) 2002, ISBN 3-8258-6257-7, Euro 20,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalysen zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Publications on Russia

„Publications on Russia“ informiert zweimonatlich über englisch- und deutschsprachige monographische Neuerscheinungen zu Rußland. Halbjährlich gibt „Publications on Russia“ zusätzlich einen Überblick über neue Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. Abgedeckt werden jeweils die Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Soziales, Transformation und Wirtschaftskultur, öffentliche Meinung sowie Kultur.

Publications on Ukraine

„Publications on Ukraine“ informiert vierteljährlich über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zur Ukraine. Erfasst werden wissenschaftliche Monographien und Aufsätze. Abgedeckt werden die Themenbereiche Geschichte, Politik, Außenpolitik, Wirtschaft, Nationalitäten und Kultur.

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfasst werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.